

Konsumerhebung:

Verbraucherpreisindex

Revision für Konsumenten von hoher Bedeutung 28

Modell Kombilohn:

Fehlkonstruktion

Subventionierte Wiedereinstiegshilfe als arbeitsmarktpolitisches Desaster 42

USA:

Sozialpolitik

Amerika wählt im November: Zufriedenheit mit Bush auf dem Tiefstand 44

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

N°10 | Oktober 2006 | 60. Jahrgang | € 2,- | www.arbeit-wirtschaft.at

Schwerpunkt

Sozialpartnerschaft:

Erfolgsstory Seite 8

Gemeinsame Antworten Seite 11

Deklaration Austria 2016 Seite 12

Herausforderung Sozialpartnerschaft Seite 14

Mobilität als Chance Seite 20

EU-Dienstleistungsliberalisierung Seite 32

Tabulose Diskussion Seite 38



ÖGB-Reform: Regionalkonferenzen 38

Foto: GüE

Schwerpunkt Sozialpartnerschaft:

Eine Erfolgsstory, um die Österreich beneidet wird

8 ^a

Die Rede des geschäftsführenden ÖGB-Präsidenten Hundstorfer in Bad Ischl: »Wenn wir das 60-Jahr-Jubiläum der österreichischen Sozialpartnerschaft feiern, dann sind damit untrennbar auch 60 Jahre sozialer Fortschritt und 60 Jahre soziale Sicherheit verbunden.«

Gemeinsame Antworten auf neue Bedingungen

11 ^a

Kurzkommentar zur Erklärung der Sozialpartner in Bad Ischl

Austria 2016 – Deklaration der Sozialpartner

12 ^a

Bad Ischl, im September 2006: 60 Jahre Sozialpartnerschaft in Österreich haben einen entscheidenden Beitrag zur Erfolgsgeschichte unseres Landes geleistet. 60 Jahre partnerschaftliche Zusammenarbeit haben Österreich zu einem der wohlhabendsten und stabilsten Länder der Welt gemacht

Herausforderung Sozialpartnerschaft heute

14 ^a

Gegen den Erfolg der Sozialpartnerschaft, ihre Rolle als elementarer Baustein für den beispiellosen wirtschaftlichen und sozialen Erfolg unseres Landes in der Nachkriegszeit wurden immer wieder relativierende Argumente vorgebracht ...

Hintergrund:

Mobilität ist keine Gefahr, sondern eine Chance

20 ^a

Der für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit zuständige Kommissar, Vladimír Špidla, betont im Interview die Vorteile einer erhöhten Mobilität für Europas Arbeitnehmer.

Konsumerhebung 2004/2005

28 ^a

Verbraucherpreisindex 2005 = 100: Mit Ablauf des Jahres 2005 wurden zwei wichtige statistische Basisdatenkörper einer Revision unterzogen. Die Bedeutung der Revisions-Ergebnisse kann für die KonsumentenInnen gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

EU-Dienstleistungsliberalisierung: Rechtliche und ökonomische Sackgasse

32 ^a

Von der »Frankenstein-Entwurf« genannten ursprünglichen Richtlinie des Frits Bolkestein bis zum typischen Kompromiss, der jetzt in zweiter Lesung ins Europäische Parlament kommt. Die Autoren sehen in dem umstrittenen Rechtsakt große juristische Fragezeichen.

Tabulose Diskussion zur ÖGB-Reform

38 ^a

Im September und Oktober führen die Gewerkschaften in ganz Österreich **27 Regionalkonferenzen** zur Einbeziehung der Mitglieder in den ÖGB-Reformprozess durch.

Unsere Gewerkschaft – unsere Zukunft: MitarbeiterInnen der GPA-Jugend haben sich aktiv in die ÖGB-Reformdebatte eingebracht. Mit einem offenen Diskussionspapier mit vielen Fragen.

Fehlkonstruktion Kombilohn

42 ^a

Die scheidende Regierung hat ein arbeitsmarktpolitisches Desaster hinterlassen. Das Kombilohn-Modell und die für Unternehmen vollsubventionierte Wiedereinstiegshilfe sind deutliche Beispiele.

Meinung

- 4 | Standpunkt: Hakelziehen und Terror
- 5 | Leserforum
- 26 | Kommentar: Fairer Handel mit China
- 37 | Kommentar: Ist es mein Schicksal?

Aus Arbeiterkammern&Gewerkschaften

- 6 | Digital TV: Was Sie wissen sollten
- 6 | Gesundheitsvorsorge am Arbeitsplatz:
Modernisierungsschub auf der Tagesordnung
- 7 | Ältere ArbeitnehmerInnen:
Nationales Aktionsprogramm notwendig
- 7 | Internationaler Betriebsrat:
Völlig neue Dimension
- 7 | ÖGB-Frauen: selbst.sicher.solidarisch
- 23 | Internationale Transportarbeiter Föderation:
ITF-Aktionswoche
- 23 | Siemens-Europa:
Priorität Arbeitsplätze
- 23 | Einkommensentwicklung:
Weniger als vor zehn Jahren

Wirtschaft&Arbeitsmarkt

- 31 | Verbraucherpreise

Internationales

- 24 | Gemeinsam weltweit stärker
 - 36 | Nicaragua: Arbeitskampf lohnt sich
 - 36 | Australien: Hoher Preis für Protest
 - 36 | Indien: Gift in Cola
 - 44 | Sozialpolitik in den USA ...
Die Zufriedenheit mit der Politik von Präsident Bush ist in der Mitte seiner zweiten Amtszeit auf dem Tiefstand. Gewählt wird in den USA am 7. November 2006.
 - 45 | Einkommensbericht der USA
-
- 46 | Man kann nicht alles wissen



So gekennzeichnete Beiträge sind im Internet abrufbar, man kann sie von dort zur Vervielfältigung ausdrucken oder an Interessierte versenden
www.arbeit-wirtschaft.at

Hallo Partner

Redaktion intern

Wie alle geschätzten Leserinnen und Leser wissen, sind Partnerschaften nicht immer glückliche Beziehungen, nicht immer eitel Wonne und Waschtrog. Sicher haben auch Sie persönlich eines schon herausgefunden: Worauf es wirklich ankommt, ist der Wille von beiden Teilen, an der Beziehung kontinuierlich zu arbeiten, sich einzubringen, manchmal auch sich zurückzunehmen oder besonders tolerant zu sein, vielleicht auch zu lernen, wie man richtig kommuniziert. Ein ständiger Prozess, der nie endet ...

Das sechzigjährige Jubiläum der Sozialpartnerschaft war für uns Anlass, einen Schwerpunkt zu gestalten. Der geschäftsführende

Präsident, die Deklaration der Partner, der Kommentar dazu, die kritische Analyse – alles Grundlagen, um darüber nachzudenken, wie es weitergehen soll und wird. Jubiläen dienen nicht nur dem »Jubel«, sondern sie sind ein Anlass für Rückblicke in die Vergangenheit, Umblicke in der Gegenwart und Ausblicke in die Zukunft. Dass alles zuckerlos ist, wäre gelogen. Aber ganz so schlimm, wie es manchen erscheint, ist es vielleicht auch nicht.

Neben diesem thematischen Schwerpunkt können wir mit einer Fülle von weiteren Themen aufwarten: Von der Sozialpolitik der mehr oder weniger geliebten Partner aus Übersee (das US-amerikanische Modell

wird uns immer wieder vorgehalten, wie schaut's denn wirklich aus) bis zur Konsumerhebung hier bei uns in Österreich, die zum wichtigen Argument bei Kollektivvertragsverhandlungen wird: jetzt bei der Herbstlohnrunde besonders aktuell! Der Handel mit China scheint weit hergeholt, aber ich bin ziemlich sicher, dass auch Sie einige dort produzierte Wäschestücke am Leibe tragen. Wussten Sie, dass Bolkestein im Jargon der Experten Frankenstein heißt? Ob unsere Diskussionen wirklich tabulos sind, können Sie selbst entscheiden ... Ich wünsche Ihnen auch namens unseres Redaktionskomitees Muse zum Lesen

Siegfried Sorz

Standpunkt

Siegfried Sorz
Chefredakteur



Hakelziehen und Terror des Profits

Eine neue AMS-Studie bestätigt, dass der Großteil des Beschäftigungswachstums auf Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen ist. Zum Jubeln besteht also kein Grund«, sagte der geschäftsführende ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer. Er präsentierte die ÖGB-Forderungen an die künftige Bundesregierung: mehr Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik, eine Milliarde Lohnsenkung sofort, ein einheitlicher ArbeitnehmerInnenbegriff.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist für Hundstorfer alles andere als rosig. Er betonte, dass Teilzeitarbeit großteils unfreiwillig ist und dass der Anteil dieser unfreiwillig Teilzeit Arbeitenden ständig steigt. Eine neue Synthesis-Studie, die das AMS in Auftrag gegeben hat, bestätigt, dass der Großteil des Beschäftigungswachses auf Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen ist. Außerdem prognostiziert diese Studie, dass die Arbeitslosigkeit bald nach den Wahlen wieder auf das hohe Niveau vom Jahresanfang steigen wird.

Empathie

Der Schreiber dieser Zeilen meint, dass zwischen den ziemlich abstrakten Warnungen der Experten und den persönlichen Erfahrungen von Betroffenen ein Gegensatz besteht, eine Kluft, die auch durch ausreichende Phantasie oder Empathie nur schwer überbrückt werden kann:

Wenn ich arbeitslos bin oder in meinem näheren Umfeld, meiner Familie einen Arbeitslosen habe, ist das was anderes als wenn ich die Arbeitsmarktstatistik lese. Das eine sind trockene Zahlen, das andere sind persönliche Schicksale, die Betroffenheit auslösen oder Empathie, wenn Betroffene mir nahe stehen.

Dass Zahlen dies bei uns auslösen, ist eher selten, obwohl wir glauben, sowohl mit dem nötigen Abstraktionsvermögen wie auch mit Phantasie ausgestattet zu sein.

Der Umbau unseres Sozialsystems – wir stecken mitten drin in diesem Prozess – geht munter fort. Die Versicherungen sind emsig dabei, die sogenannten »guten Versicherungsrisiken«, also die Besserverdienenden und die Gesunden einzusammeln.

Freuen Sie sich auch immer so, wenn Sie die diversen Werbespots sehen? Die greisen Rettungsschwimmer oder das Buberl, das nicht teilen will mit seinem Vater? Bei diesen Appellen an unsre Emotionen und an die (tief im Unterbewusstsein sitzenden?) Zukunftsängste gibt's wohl genug Erfolg.

Die Frage ist: Will man ein gut funktionierendes Sozialsystem oder will man möglichst viel an Profiten abschöpfen? Der Terror des Profitdenkens, hat schon alle unsere privatesten und persönlichsten Lebensbereiche erfasst und man kann ihm nicht entgehen (siehe Viviane Forrester: »Die Diktatur des Profits«).

Wie sieht die Zukunft für uns Lohnabhängige aus?

Transparenz

Hakelziehen ist angeblich ein beliebter Volkssport in den Alpenländern. Die ineinander verhakten Finger hat eine Tageszeitung zum Emblem gemacht für ihre Berichte über die Regierungsverhandlungen und über die Frage, wer wen wie über den Tisch zieht. Das Wahlergebnis ist so, dass das logischste eine große Koalition wäre. Wenn ich die Berichte zu den Verhandlungen lese, so mischt sich für mich die Realsatire oder die unfreiwillige

Kabaretteinlage mit Elementen aus der Tragödie. Möchten Sie, liebe Leserin, lieber Leser, dass ich mich bei Ihnen entschuldige? Vielleicht habe ich je hier, an dieser Stelle, etwas gesagt, dass Sie persönlich beleidigt hat? Ich bin zutiefst untröstlich und bitte unendlich aufrichtig um Ihre Vergebung (gschamster Diener!).

Jetzt bitte ich Sie, nochmals zum Anfang unseres Beitrags zu gehen, zur Beschäftigungssituation! Unser Land braucht dringend eine handlungsfähige Regierung, die stark genug ist, die anstehenden Probleme zu lösen und neue Lösungsansätze zu finden!

»Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muss für die neue Regierung Priorität haben«, fordert der ÖGB-Präsident namens des ÖGB-Bundesvorstandes: »Eine nachhaltige und dauerhafte Erhöhung des Budgets für aktive Arbeitsmarktpolitik ist unbedingt erforderlich.« Auch nach 2006 müssen die finanziellen und personellen Mittel für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bereitgestellt werden.

In diesem Sinne wünsche ich mir auch mehr Transparenz, was die Regierungsverhandlungen betrifft. Den schwarzen Peter »zuweisen«, das machen die Kinder beim Kartenspielen. Ich möchte eigentlich ganz gern wissen, welche Positionen die Verhandlungspartner einnehmen. Schachern ist ein Wort aus dem Jiddischen, das die Nazis oft gebraucht haben bei ihren antisemitischen »Sagern«: übles, feilschendes Geschäftemachen.

Wir wünschen uns alle, dass für mehr Arbeitsplätze verhandelt oder von mir aus auch übel gefeilscht wird, aber Hakelziehen, das machen doch nur diese Typen mit Lederhose und Gamsbart. Onzarrn Burschen (und Mäderl)! Oder sollen wir gleich noch einmal wählen?

Arbeit&Wirtschaft } – Leserforum

Arbeit&Wirtschaft-Leser interessieren sich für Hintergründe aus Wirtschaft, Gesellschaft, Arbeit. Bei der Arbeit wollen sie wissen, warum die Nehmer und die Geber wollen, was sie fordern, und – was die Experten dazu sagen. Für diese interessierten Leserinnen und Leser ist dieses Forum eine Plattform. Alle können hier zu Wort kommen. Vor allem, nachdem unser geschäftsführender Präsident rudolf Hundstorfer eine tabulose Diskussion angekündigt hat. Die einzige Einschränkung ist – der Platz. Wer sich kurz fasst, wird abgedruckt. Längere Zuschriften werden gekürzt. Adressen: aw@oegb.at / Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«, Hohenstaufengasse 10–12, 1011 Wien, Fax: 01 534 44-595

Druckfehler im Heft 11/06:

Berichtigung

Im Interview mit Clemens Schneider »Wir werden das schaffen!« auf Seite 8 sind zu unserem Bedauern Fehler unterlaufen.

Auf Seite 11 erscheinen Fragen des Interviewers durch fehlende Formatie-

rungen (*fett und kursiv*) als Antworten von Clemens Schneider:

Seite 10, erste Spalte, letzter Absatz »*In der Öffentlichkeit ist ja nicht einmal klar gewesen, dass es bei diesen Kürzungen um 70 Prozent nicht um die komplette Pension geht ...*«, mittlere Spalte, dritter Absatz »*Der ÖGB zahlt keine besonders hohen Gehälter ...*« und dritte Spalte, zweiter Absatz »*Der Zen-*

tralbetriebsrat des ÖGB meint – und da höre ich eine leichte Kritik heraus ...«.

Diese Passagen sind jeweils Fragen bzw. Einwürfe des Interviewers und nicht Antworten des Interviewten.

Wir bitten, diese Fehler zu entschuldigen. Auf unserer Internetseite www.arbeit-wirtschaft.at konnten wir das richtig stellen.

Die Redaktion



IMPRESSUM

Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«:

Hohenstaufengasse 10, 1011 Wien,
Telefon: (01) 534 44, Fax: (01) 534 44-595,
Siegfried Sorz (Chefredakteur): Klappe 304,
Sekretariat: Sonja Adler, Klappe 340 (von 8 bis 12 Uhr)

E-Mail: aw@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, 1231 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,
Telefon (01) 662 32 96-6344 Dw., Fax Dw. 6385;
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Arthur Ficzo (Vorsitz), Annemarie Kramser (Stellvertretender
Vorsitz), Thomas Angerer, Günther Chaloupek, Ortrun Gauper,
Karl Kollmann, Georg Kovarik, Sabine Letz, Fritz Luger, Ruth
Naderer, Brigitte Pellar, Alexander Schneider, Siegfried Sorz,
Andreas Gjecaj, Erik Türk

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe:

Siegfried Sorz (Chefredakteur), Lucia Bauer, Kai Biehl, Martin
Bolkovac, Thomas Delapina, Astrid Fadler, Ortrun Gauper, Andreas
Kolm, Wilfried Leisch, Gabriele Müller, Kathrin Niedermoser,
Thomas Plabmann, Werner Raza, Martin Reiter, Reinhold
Russinger, Tansel Terzioglu, Ernst Tüchler, Alice Wagner, Edgar Wolf

Gestaltung:

Medienservice, Stephanie Guberner (Artdirector);
Dietmar Kreuzberger (Grafik & Layout), Thomas Reimer
(Fotoredaktion, ÖGB-Archiv)

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer
Gewerkschaftsbund, 1011 Wien, Hohenstaufeng. 10–12

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
1230 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,
Tel. (01) 662 32 96, Fax (01) 662 32 96-6385,
E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at,
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller:

Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1231 Wien,
Altmannsdorfer Straße 154–156,
Tel. 662 32 96, Klappe 6344 (Dw.).

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von
Redaktion und Herausgeber. Jeder Autor trägt die Verantwortung
für seinen Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion,
die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter zu
erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die
Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-
sandte Manuskripte.
Leserzuschriften können auch gekürzt wiedergegeben werden.
Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der
Redaktion und mit Quellenangabe.

Digital TV:

Was Sie wissen sollten

Am 26. Oktober hat die digitale TV-Ära (DVB-T) in Österreich begonnen. Die AK schätzt, dass jeder zweite Fernsehapparat ein Zusatzgerät benötigt. AK-Infos zur Umstellung:

**DVB-T steht für »Digital Video Broadcas-
ting Terrestrial«.** Elektronische Bild- und
Tonsignale werden in digitale Signale um-
gewandelt und über die Antenne auf das
TV-Gerät übertragen. Für die Wiederga-
be ist dann ein DVB-T-Zusatzgerät nötig.
Betroffen sind laut AK rund 40 Prozent
der Haushalte, die derzeit ORF-Pro-
gramme und ATV über Antenne oder
analoge Satellitenanlage empfangen.
Nicht betroffen sind Haushalte, die über
einen Kabel-TV-Anschluss verfügen, den
ORF über eine digitale Sat-Anlage emp-
fangen oder bereits ein neueres TV-Gerät
mit integriertem digitaltauglichen Emp-
fänger haben. Alle anderen benötigen für
den Empfang eine DVB-T Box (Set-Top

Box) – auch der Zweit- und Drittfernse-
her! Als Alternative gibt es den Umstieg
auf Kabel-TV oder auf eine digitale Sat-
Anlage. Vier Monate läuft die Übertra-
gung digital und analog nebeneinander.
Die derzeit kostenpflichtige Hotline
0820 420 420 (12 Cent pro Minute) oder
unter info@dvb-t.at muss in eine kosten-
lose umgewandelt werden, fordert die
AK. Ebenso muss die Parallelphase (Ana-
log- und Digitalbetrieb) verlängert und
die Förderung von 40 Euro auch für ein-
fache Set-Top-Boxen gelten. Wichtig!
Detaillierte Informationen der AK findet
sich unter:

www.kaernten.arbeiterkammer.at/www-878-IP-30558-AD-30558.html#1 W. L.

Gesundheitsvorsorge am Arbeitsplatz:

**Modernisierungsschub
auf der Tagesordnung**

Bei Maßnahmen gegen Gesundheitsgefährdungen am Arbeitsplatz hinkt Österreich nach. Gezielte Prävention würde Leben und Arbeitskraft verlängern und das Gesundheitssystem entlasten.

»In Österreich ist ein Modernisierung-
schub für eine gesündere Arbeitswelt
dringend nötig«, sagt Christoph Klein,
Leiter des AK Bereichs Soziales: »Gut die
Hälfte aller Erkrankungen ist laut deut-
schen Forschungsergebnissen auf Belas-
tungen am Arbeitsplatz zurückzuführen.«
Hohe Arbeitslosigkeit, Ansteigen von
Teilzeit- und atypischer Beschäftigung
führen zu sinkenden Einnahmen der
Krankenkassen.

Weil aber die Behandlungskosten stei-
gen, schreien die Neoliberalen nach mehr
Selbstbehalten. Das sei aber nicht nötig,
würde mehr in Arbeitsplatzpolitik und
in die Prävention investiert, weist die AK
nach. Übertrage man nämlich die Er-

kennnisse der Studie der deutschen Bun-
desanstalt für Arbeitsschutz und Arbeits-
medizin (»Kosten arbeitsbedingter Er-
krankungen«, 2002) auf Österreich, be-
laufe sich die arbeitsbedingte finanzielle
Gesamtbelastung auf rund fünf Milliarden
Euro jährlich.

Das heißt, Vorbeugung wäre auch
ökonomisch klug, könnte das Defizit der
Krankenkassen wesentlich senken. Die
AK fordert ein eigenes Präventionsgesetz.
Dieses sollte Ziele und Maßnahmen zur
Prävention von Gesundheitsgefahren in
der Arbeitswelt, aber auch in anderen
Bereichen (Schulen, Wehr- und Zivil-
dienst, Vorsorgeuntersuchungen usw.)
zusammenfassen und vorgeben. W. L.

Ältere ArbeitnehmerInnen:

Nationales Aktionsprogramm notwendig

Länger arbeiten, später in Pension gehen ist das neoliberale Credo. Weil immer mehr ältere ArbeitnehmerInnen arbeitslos sind, fordern ÖGB und AK ein nationales Aktionsprogramm.

Die Chancen älterer ArbeitnehmerInnen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, ist für ÖGB und AK eine der zentralen Herausforderungen für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der nächsten Jahre. Daher muss eine künftige Bundesregierung besonders den älteren ArbeitnehmerInnen wesentlich mehr Bedeutung beimessen als das in den vergangenen Jahren üblich war. Um dem wachsenden Problem den richtigen Stellenwert zu geben, fordern

AK und ÖGB die Erstellung eines »Nationalen Aktionsprogramms für ältere ArbeitnehmerInnen«. Die Schwerpunkte sollen dabei folgende Problembereiche bilden:

- Förderung des lebensbegleitenden Lernens und der besseren Nutzung von Wissen und Erfahrung älterer Menschen.

- Etablierung eines altersgerechten ArbeitnehmerInnenschutzes.

- Ausweitung der betrieblichen Gesundheitsförderung.

- Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Erleichterung des Wiedereinstiegs nach einem Jobverlust.

- Maßnahmen, die den »Vorurteilen« gegenüber älteren ArbeitnehmerInnen und Altersdiskriminierung entgegenwirken.

Denn Tatsache ist: Ältere arbeiten nicht schlechter, sondern nur anders als Junge. W. L.

Internationaler Betriebsrat:

Völlig neue Dimension

Beim internationalen Papiererzeuger Mondi Business Paper wurde – erstmals in Österreich – ein internationaler Betriebsrat ins Leben gerufen.

Dieser erste grenzüberschreitende, über drei Kontinente (Europa, Afrika, Asien) wirkende Betriebsrat in Österreich vertritt weltweit an die 15.000 ArbeitnehmerInnen und stellt für alle Beteiligten Neuland dar. Die Vereinbarung wurde einvernehmlich mit dem österreichischen Management des weltweit tätigen Papierkonzernes sowie unter aktiver Beteiligung und mit Unterstützung der Gewerkschaft

der Chemiarbeiter und der Privatangestellten (GPA) unterzeichnet. Der internationale Betriebsrat (IBR) von Mondi Business Paper vertritt neben den Niederlassungen in Österreich die Standorte in Ungarn, der Slowakei, in Russland, Israel und Südafrika. Auf Basis des österreichischen Arbeitsverfassungsgesetzes hat man sich bei der Errichtung dieser neuen Belegschaftsvertretung an der EU-

Richtlinie 94/45/EG zum Europäischen Betriebsrat orientiert. Der derzeitige Vorsitzende des Zentralbetriebsrates von Mondi Business Paper in Österreich, Johann Rudelstorfer, führt auch den Vorsitz in dieser völlig neuen Art von Belegschaftsvertretung, von der sich alle Teilnehmer mehr Zusammenwirken sowie Erfahrungs- und Informationsaustausch erwarten. W. L.

ÖGB-Frauen:

selbst.sicher.solidarisch

Unter diesem Motto fand der 15. ÖGB-Frauenkongress statt. Der Wunsch nach einer gleichstellungsorientierten Gewerkschaftsbewegung stand an der Spitze der Forderungen.

Um dies zu erreichen, soll das ÖGB-Statut so geändert werden, dass der Frauenanteil in jedem Gremium mindestens aliquot der weiblichen Mitgliederzahl festgelegt wird. Die eigenständigen Frauenstrukturen im ÖGB müssen bestehen bleiben und Gender Mainstreaming soll ein Grundprinzip des ÖGB neu sein. Die Situation für Frauen auf dem Arbeitsmarkt: Immer mehr atypische Beschäftigung, immer mehr Probleme beim Wiedereinstieg in

den Beruf sowie unzureichende Situation bei Kindergeld, Kinderbetreuungseinrichtungen und Bildungskarenz. Deshalb fordern die ÖGB-Frauen Verbesserungen in diesen Bereichen und dass sich der ÖGB neu verstärkt diesen besonders für Frauen wichtigen Themen widmet. Freie DienstnehmerInnen und Neue Selbständige sollen in den vollen Schutz des Sozial- und Arbeitsrechts (Arbeitslosenversicherung, 13. + 14. Monatsgehalt, Anspruch auf

Krankengeld und Urlaub), alle Beschäftigungsverhältnisse ab 50 Euro im Monat in die soziale Pflichtversicherung aufgenommen werden. Für die 750.000 Teilzeitbeschäftigten soll es Zuschläge für Mehrarbeit und auf Kollektivvertragsebene ein Mindesteinkommen von 1100 Euro in allen Branchen geben. Renate Csörgits wurde von 78,71 Prozent der Delegierten für eine dritte Funktionsperiode als Vorsitzende wiedergewählt. W. L.

60 Jahre Sozialpartnerschaft:

Eine Erfolgsstory, um die Österreich beneidet wird – die Rede des geschäftsführenden ÖGB-Präsidenten Hundstorfer in Bad Ischl

Wenn wir das 60-Jahr-Jubiläum der österreichischen Sozialpartnerschaft feiern, dann sind damit untrennbar auch 60 Jahre sozialer Fortschritt und 60 Jahre soziale Sicherheit verbunden.

Dann steht dieses Jubiläum aber auch für 60 Jahre, in denen der ÖGB und seine Gewerkschaften beharrlich, ausdauernd, mit viel Augenmaß und vor allem erfolgreich dafür gekämpft haben, dass es den Menschen in Österreich heute gut geht und sie auch ihren gerechten Anteil am wirtschaftlichen Erfolg erhalten.

Fünf Wochen Urlaub, Pflegegeld, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Abfertigung, Kollektivvertrag, Mitbestimmung: Das sind nur einige Beispiele für eine erfolgreiche Sozialpartnerschaft.

Doch es geht nicht nur darum, auf Erfolge in der Vergangenheit zu schauen, sondern auch darum, die Gegenwart erfolgreich zu gestalten und was noch viel wichtiger ist, die Zukunft zu gestalten. Das Betätigungsfeld ist dabei breit gestreut und reicht vom Individualarbeitsrecht über die soziale Absicherung bis zur Arbeitsverfassung, in der die Rechte der arbeitenden Menschen schwarz auf weiß niedergeschrieben sind.

Die Ära des modernen Sozialstaates

Vor nunmehr 60 Jahren begann die Ära zur Entstehung eines modernen österreichischen Sozialstaates, die bis in die Sechzigerjahre vor allem darauf ausgerichtet

war, die Nachkriegswirren zu ordnen, an deren Umsetzung die österreichischen Sozialpartner großen Anteil hatten. Damals wie heute gilt für uns: Ein moderner Sozialstaat muss die Absicherung der ArbeitnehmerInnen sowohl durch individualarbeitsrechtliche, sozialrechtliche und arbeitsverfassungrechtliche Gesetze ermöglichen.

Als Blütezeit der großen Sozialreformen gelten die Siebziger- und Achtzigerjahre, in denen es nicht zuletzt auf Grund der sehr guten wirtschaftlichen Entwicklung möglich war, viele sozialpolitische Forderungen zu realisieren. Österreich erreicht in diesem Zeitraum in fast allen Bereichen den sozialpolitischen Standard westeuropäischer Industriestaaten und wird auf manchen Gebieten sogar beispielgebend.

Mindesturlaub

Seit 1986 gibt es nicht nur einen fünfwöchigen Mindesturlaub, sondern zusätzlich mehr Freizeit für die ArbeitnehmerInnen. Denn nicht nur auf gesetzlicher, sondern auch auf kollektivvertraglicher Ebene wurden wesentliche Verbesserungen für ArbeitnehmerInnen erzielt: Die Arbeitszeit wurde in vielen Branchen mittels Kollektivver-

trag von 40 auf 38,5 bzw. 38 Stunden gesenkt. 1986 für mehr als eine halbe Million ArbeitnehmerInnen, zwei Jahre später bereits für mehr als eine Million und 1990 waren es schon mehr als 1,1 Millionen ArbeitnehmerInnen.

Mit dem Antritt einer neuen Bundesregierung im Jahr 2000 beginnen sich die Konflikte zu verschärfen. Statt der bisher bewährten Konsenspolitik steht »Speed kills« am Programm, und in rasender Geschwindigkeit werden gegen besseren Wissens Gesetze verabschiedet, die eindeutig Richtung Zerschlagung des österreichischen Sozialstaates gehen.

Fortschritte konnten nur dort erzielt werden, wo die Sozialpartner aktiv wurden. So einigten sich ÖGB und Wirtschaftskammer beispielsweise 2002 auf ein neues Abfertigungsgesetz und 2004 auf eine Reform der Zumutbarkeitsbestimmungen in der Arbeitslosenversicherung.

Partnerschaft wichtiger denn je

Soll der Sozialstaat auch in Zukunft funktionstüchtig sein, so muss er soziale Sicherheit dauerhaft sicherstellen. Alle europäischen Industriestaaten stehen in den nächsten Jahren vor ähnlichen Problemen. Die Arbeitswelt ist im Umbruch

begriffen. Neue Arbeitsplätze, neue Qualifikationsanforderungen, neue Branchen, neue Arbeitsbeziehungen entstehen, andere gehen auch verloren. Für die Mehrheit der ArbeitnehmerInnen geht die Entwicklung dahin, dass Arbeitszeit, Arbeitsort, Arbeitsbeziehungen nicht mehr so klar strukturiert sind, wie dies in der Vergangenheit der Fall war.

Dass die Bundesregierung in deutlichem Unterschied zu früheren Zeiten vielfach nicht bereit war, von ihr geplante Maßnahmen mit den Betroffenen zu diskutieren und statt dessen die parlamentarische Mehrheit meist ohne Umschweife einsetzte, hat natürlich die Rahmenbedingungen für die Sozialpartnerschaft geändert. Vor allem das Verhältnis zwischen den Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen und der Bundesregierung war von Spannungen geprägt.

Im Gegensatz dazu blieb die Gesprächsbasis zwischen ArbeitnehmerInnen und Arbeitgebern intakt. Die Zusammenarbeit der Sozialpartner hat trotz der schwierigen Rahmenbedingungen auch in den vergangenen vier Jahren viel zustande gebracht. Die Kollektivvertragsverhandlungen, die jedes Jahr im Schnitt mehr als 100 Milliarden Euro Lohnsumme bewegen, blieben das absolute Erfolgsmodell der Sozialpartner.

Meilensteine

Mit dem neuen ArbeitnehmerInnen-schutz-Reformgesetz 2002 haben die Sozialpartner ein Modell entwickelt, bei dem es gelungen ist, neue Arbeitsformen und neue Arbeitsmethoden in den ArbeitnehmerInnenschutz aufzunehmen. Mit der »Abfertigung neu« gelang den Sozialpartnern 2003 ein zukunftsorientiertes Abfertigungsrecht, das durchaus als Meilenstein der Arbeitsrechtsentwicklung bezeichnet werden kann, weil es gelungen ist, völlig unterschiedliche Erwartungshaltungen und Bedürfnisse der Wirtschaft einerseits und der ArbeitnehmerInnen andererseits zu vereinbaren.

Gegen Ende des Jahres 2003 gelang es letztlich, im äußerst sensiblen Bereich der Zumutbarkeitsbestimmungen in der Arbeitslosenversicherung gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. Gelungene Ver-

ÖBB/Th. Reimer



mittlerrolle der Sozialpartner bei Arbeitskampfauseinandersetzungen bei AUA und ÖBB rundeten das Bild ab.

Anhand dieser Beispiele wird aber auch deutlich, dass die Sozialpartnerschaft keine »Nebenregierung« ist, sondern in ihrer Rolle als »Co-Regulator« auch in Zukunft bestehen muss.

Heute wissen wir auch anhand vieler Beispiele, dass die Bundesregierung gut beraten gewesen wäre, auf die Propheten

im eigenen Land – gemeint sind die Sozialpartner – zu hören. Es ist der falsche Weg, die Sozialpartner hinaus zu komplimentieren, um fünf Minuten später wieder ihre Expertisen einzufordern und als Krisenfeuerwehr einzusetzen. Eine »Just-in-Time«-Sozialpartnerschaft gibt es nicht. Sie setzt auf Kontinuität im Sinne der Bevölkerung, denn es geht um die Gestaltung der Lebensbedingungen in unserem Land.

Zukunftsprojekt

Die Sozialpartnerschaft ist jedenfalls ein Zukunftsprojekt.

ÖGB und AK bilden mit der Wirtschafts- und Landwirtschaftskammer gemeinsam die österreichische Sozialpartnerschaft, die nicht nur wesentlich am Wiederaufbau Österreichs mitgewirkt hat, sondern bis heute Basis dafür ist, dass es den Menschen in Österreich gut geht und dass die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs vor allem dadurch bestimmt wird, dass eine auf Konsenslösung hin orientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik möglich ist, die letztlich den sozialen Frieden garantiert.

Gerade die Erfahrungen in den vergangenen Jahrzehnten haben gezeigt, dass der soziale Frieden im internationalen Wettstreit ein wichtiger Wettbewerbsvorteil ist.

Es ist daher auch kein Zufall, dass Umfragewerte der Sozialpartnerschaft hohes Ansehen in der Bevölkerung bestätigen.

Denn die Menschen wissen, dass die Sozialpartnerschaft ein Schlüssel zur sozialen Sicherheit eines Landes ist. Dort wo es eine Sozialpartnerschaft gibt, kön-

nen Krisen und Rezessionen weit besser als anderswo bewältigt werden.

Konflikt oder Konsens

Wenn die Sozialpartnerschaft als Zukunftsprojekt gesehen wird, dann kann sie sich um die Fragen Gesundheit und soziale Sicherheit, Beschäftigung für alle, der gemeinsamen Gestaltung der Zukunft Europas, kurz die Fragen der Wirtschafts- und Sozialentwicklung unseres Landes – wo wollen wir mit der Wirtschaft im Jahre 2010 stehen – nicht herumdrücken.

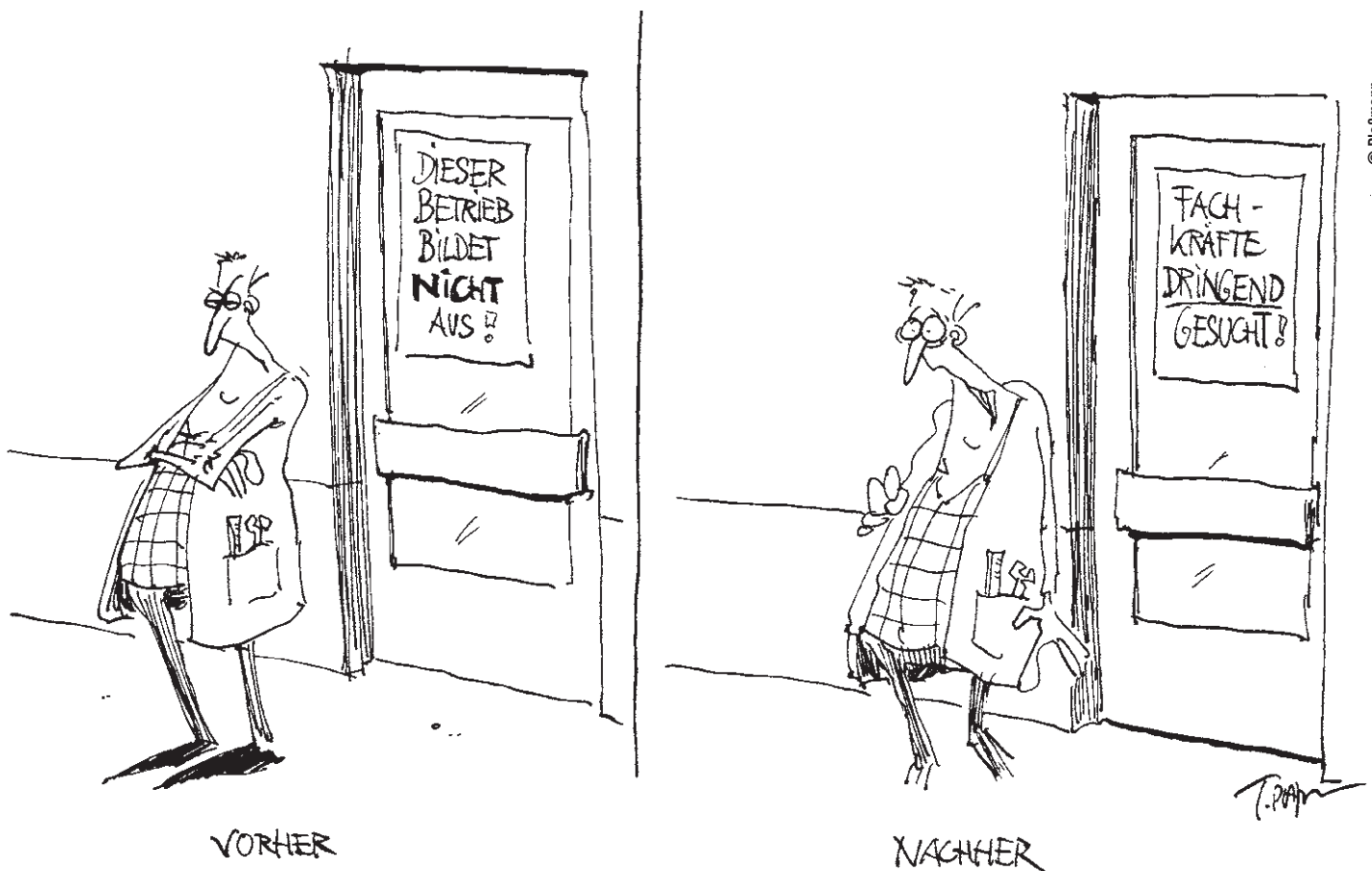
Die Frage, wie erreichen wir unsere Ziele in der Zukunft, ist eine sehr spannende: Mit Konflikt oder Konsens? Es hängt von den handelnden Personen ab und davon wie man miteinander umgeht. Jede Bundesregierung tut gut daran, Gewerkschaften in den Veränderungsprozess einzubinden und mit ihnen gemeinsame Lösungsmöglichkeiten auf der Grundlage der sozialen Ausgewogenheit zu suchen. Denn es geht nicht nur um den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen, sondern ebenso um die Bewältigung des Wandels mit sozialer Sicherheit. Ich glaube aber, dass für die Sozialpart-

nerschaft das Wesentlichste darin besteht, wie ihre Akzeptanz in der Öffentlichkeit ist. Wie sie bei den Bürgerinnen und Bürgern selbst ankommt, bei den Menschen in unserem Lande, seien sie ArbeitnehmerInnen oder UnternehmerInnen. Sozialpartnerschaft steht für »Sicherheit, soziale Geborgenheit, Zusammenleben in einer Gemeinschaft«.

Die Sozialpartnerschaft auf überbetrieblicher Ebene nützt den Unternehmen, indem sie Konflikten vorbeugt oder sie ausräumt. Sie stabilisiert die gesamtwirtschaftliche Lage und macht wirtschaftliche Entwicklungen berechenbarer.

Denn eine hohe Zufriedenheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeuten auch weniger Streiks und weniger Verluste für die Unternehmen. Eine Tatsache, von der der Wirtschaftsstandort Österreich seit Jahrzehnten profitiert.

Die Sozialpartnerschaft ist und bleibt ein österreichisches Erfolgsmodell. Die Stärkung dieser traditionsreichen und erfolgreichen Beziehung ist eine wichtige politische Aufgabe, und von der Stärke der Partnerschaft wird schließlich auch die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Österreich abhängen.



Kommentar

Thomas Delapina

Mitarbeiter der Abteilung
Wirtschaftswissenschaft in
der AK-Wien



Gemeinsame Antworten auf neue Bedingungen

Austria 2016 – Deklaration der österreichischen Sozialpartner

Am 6. September 2006 verabschiedeten die vier österreichischen Sozialpartnerorganisationen (Bundesarbeitskammer, Landwirtschaftskammer Österreich, Österreichischer Gewerkschaftsbund, Wirtschaftskammer Österreich) anlässlich des 60-jährigen Jubiläums der Sozialpartnerschaft die »Bad Ischler Deklaration«.

Denn EU-Erweiterung, Globalisierung und neue Technologien stellen neue Anforderungen an Wirtschaft und Gesellschaft, weshalb eine gemeinsame Neupositionierung der Sozialpartner erforderlich schien, um zeitgemäße gemeinsame Antworten auf die neuen Bedingungen zu finden. In der Deklaration definieren die Sozialpartner daher ihr Bekenntnis zur Zusammenarbeit sowie ihre gemeinsamen Grundwerte, allen voran das Ziel der Vollbeschäftigung.

Unterschiedliche Interessen

Die Sozialpartnerschaft war zweifellos ein wichtiger Faktor dafür, dass Österreich innerhalb weniger Jahrzehnte aus den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges den Aufstieg zu einem der wohlhabendsten und stabilsten Länder der Welt geschafft hat.

Sozialpartnerschaft bedeutet dabei nicht nur Harmonie oder gar das Verleugnen unterschiedlicher Interessen, sondern vielmehr eine Methode, wie mit den naturgemäß unterschiedlichen Interessen von Kapital und Arbeit umgegangen wird. Dazu bedarf es gemeinsamer Ziele und der Bereitschaft, auf

dem Verhandlungsweg Kompromisse zu suchen, die allen Beteiligten mehr bringen als eine mit hohen Verlusten für beide Seiten verbundene offene Konfliktaustragung.

Zentrales Ziel der österreichischen Sozialpartner ist weiterhin die Absicherung und Steigerung des Wohlstandes aller Bevölkerungsschichten. Durch eine Stärkung des Wirtschaftsstandortes, durch eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik soll Vollbeschäftigung bis zum Jahr 2016 erreicht werden.

Da es durch den beschleunigten wirtschaftlichen Wandel sowohl Gewinner als auch Verlierer gibt, bekennen sich die Sozialpartner dazu, ihre Verantwortung besonders auch gegenüber jenen Menschen wahrzunehmen, die dadurch negativ betroffen sind. Gleichrangig mit Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit wird daher die Bedeutung von Solidarität und sozialer Sicherheit betont.

Mitgestaltung

Die Sozialpartner stehen für eine umfassende Mitgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik auf allen Ebe-

nen, also global, auf EU-Ebene, national und regional. Nachdem das bisherige Spitzengremium der Sozialpartner mit der Regierung, die Paritätische Kommission, seit dem Jahr 1998 vom Bundeskanzler einberufen wurde, soll auch eine neue Gesprächsbasis mit der Bundesregierung etabliert werden.

Gemeinsame Basis

Der Wert solcher in unregelmäßigen Abständen (zuletzt im Jahr 1992) verabschiedeten generellen Sozialpartnererklärungen kann darin liegen, eine gemeinsame Basis zu entwerfen, auf welcher die Sozialpartnerschaft agiert.

Dazu ist es notwendig, über den eigenen Tellerrand zu blicken, ein gesamthaftes Bild der eigenen Politik und deren Konsequenzen zu entwickeln sowie übergeordnete gesamtwirtschaftliche und längerfristige Zielsetzungen zu berücksichtigen.

Es ist zu hoffen, dass dies nun auch wieder in jenen Gruppen der Arbeitgeberseite geschieht, deren Verständnis für gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge und Notwendigkeiten in jüngerer Vergangenheit deutlich abgenommen hat.

Austria 2016

Deklaration der Sozialpartner – Bad Ischl, im September 2006

60 Jahre Sozialpartnerschaft in Österreich haben einen entscheidenden Beitrag zur Erfolgsgeschichte unseres Landes geleistet. 60 Jahre partnerschaftliche Zusammenarbeit haben Österreich zu einem der wohlhabendsten und stabilsten Länder der Welt gemacht.

EU-Erweiterung und Globalisierung, neue Technologien und Kommunikationsmethoden stellen völlig neue Anforderungen an die Gesellschaft. Einerseits entstehen neue Chancen, andererseits auch Verunsicherungen durch verstärkte Anpassungsnotwendigkeiten. Betroffene Menschen bei den damit verbundenen Veränderungen zu begleiten, Risiken bestmöglich zu beseitigen, und die großen Chancen zu nutzen, ist die wichtigste Aufgabe der Sozialpartner in den kommenden zehn Jahren.

Österreich kann keinen Kostenwettbewerb gewinnen. Unsere Stärken sind vielmehr unsere Begabungen, Kreativität und Innovationen. Dazu kommen soziale Sicherheit, sozialer Frieden, gute Infrastruktur, gute Ausbildung, hohe Produktivität und Stabilität.

Der Zukunftserfolg Österreichs hängt daher von der bestmöglichen Nutzung und Förderung dieses Potenzials ab. Das bestmöglich einzusetzen und allen Beteiligten dabei neue Chancen zu eröffnen und in einer Welt voller Unsicherheiten Zuversicht, Mut und Optimismus zu vermitteln, ist Aufgabe der österreichischen Sozialpartner im kommenden Jahrzehnt.

Die Sozialpartner stehen für eine umfassende Mitgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik durch faire Zusammenarbeit und Partnerschaft mit allen verantwortlichen Entscheidungsträgern. Sie sehen sich als Mitgestalter der Zukunft und werden ihre Expertise, Praxisorientiertheit und Handlungskompetenz in so wichtigen Bereichen wie der

Aus- und Weiterbildung, der Wirtschaftspolitik, dem Arbeitsmarkt und der sozialen Sicherheit verstärken.

Die Sozialpartner nehmen ihre Verantwortung besonders auch gegenüber jenen Menschen wahr, die vom Wandlungsprozess und dessen Tempo betroffen sind. Neben der Förderung des Wachstums und der nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft haben daher Solidarität und Sicherung des sozialen Zusammenhalts hohe Priorität.

Darüber hinaus soll die Sozialpartnerschaft auf allen Ebenen, insbesondere in den Betrieben und auf regionaler Ebene, aber auch auf europäischer und internationaler Ebene, eine Vernetzung der Handlungsebenen und damit nachhaltige Entwicklungen ermöglichen.

Ziel

Zentrales Ziel der österreichischen Sozialpartner ist die Absicherung und weitere Steigerung des Wohlstandes für alle Bevölkerungsschichten durch eine Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich. Durch eine nachhaltige Wachstumspolitik soll Vollbeschäftigung bis zum Jahr 2016 erreicht werden.

Maßnahmen

■ **Österreich hat ein gutes Aus- und Weiterbildungssystem.** Dieses soll weiterentwickelt werden im Sinne überschaubarer Zusammenhänge und Über-

gänge, in welchem erworbene Fähigkeiten und Kenntnisse durchgängig berücksichtigt und anerkannt werden. Es gilt, die Ausbildungswege insbesondere zwischen den höheren Schulen und der Berufsausbildung miteinander zu vernetzen und zusätzlich mit einem systematischen lebensbegleitenden Lernen zu verbinden. Egal, von wo man startet, sollen allen alle Bildungswege offen stehen, kombinierbar sein und sozialen Selektionen entgegenwirken. Jeder Teil des Bildungssystems hat Qualitätsstandards zu erfüllen. Begabte sind besonders zu fördern, weniger Begabte bestmöglich zu unterstützen. Mehr Chancengleichheit soll durch verstärkte Förderung sowie Offenheit für spätere Ausbildungswegentscheidung und ein Angebot ganztägiger Schulen erreicht werden.

■ **Ein kontinuierlich starkes Wirtschaftswachstum** durch eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik und eine verstärkte aktive Arbeitsmarktpolitik soll zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen. Die Sicherung benötigter Qualifikationen, auch durch ständige betriebliche und überbetriebliche Bildungsmaßnahmen, ist vorrangiges Ziel.

■ **Arbeitsverfassung und Arbeitsrecht** sind angesichts veränderter Arbeitsorganisation und daraus resultierender veränderter Arbeitsverhältnisse zu überarbeiten. Ziel ist eine Kodifizierung des individuellen Arbeitsrechts zur Beseitigung der derzeitigen Rechtszersplitterung.

■ **Die Veränderungen in der Demographie** sind für die Sozialpartner eine besondere Herausforderung. In der Jugend liegt die Zukunft jeder Gesellschaft. Ihre volle Integration in qualitativ hochwertige Beschäftigung ist Voraussetzung für gerechte Einkommen der Jungen und deren umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Chancengleichheit der Frauen ist durch verbesserte Erwerbsbeteiligung und Einkommensperspektiven sowie die dazugehörige Entwicklung der Rollenbilder voranzutreiben. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Beschäftigung zu halten ist ebenso ein Aktivitätsfeld wie ein zwischen den Generationen faires Pensionsystem und die Sicherstellung von Pflege und Betreuung im Alter.

■ **Im Bereich Technologie und Wissenschaft** muss Österreich verstärkt auf Schwerpunkte setzen und sich auf den anwendungsorientierten Bereich konzentrieren. Technologie- und Infrastrukturentwicklung sowie deren Umsetzung werden die Sozialpartner begleiten. Darüber hinaus müssen dringende Maßnahmen gesetzt werden, um den Anteil der Studierenden in den technisch-naturwissenschaftlichen Fächern zu steigern.

■ Kernstück der Sozialpartnerschaft war und ist eine **funktionierende Lohnpolitik auf der Grundlage von Branchenkollektivverträgen**. Im Rahmen der Kollektivvertragsautonomie sollen aber künftig innovative Weiterentwicklungen, auch unter Berücksichtigung der betrieblichen Ebene z. B. in den Bereichen Entlohnung, Bildung oder Arbeitszeit, erfolgen.

■ Die Sozialpartner bekennen sich in der Frage der Ladenöffnungszeiten zu einem **arbeitsfreien Sonntag**. Begründete Ausnahmen sollen unter Einbindung der regionalen Sozialpartner länderspezifisch zulässig sein.

■ Die Lebensqualität der Menschen hängt von einer **ausreichenden regionalen Versorgung mit privaten und öffentlichen Gütern und Dienstleistungen** insbesondere für den täglichen Bedarf ab. Einer Stärkung der Nahversorgung und der darin involvierten kleinen und mittleren Unternehmungen sowie regio-

nal Entwicklungskonzepten kommt dabei hohe Bedeutung zu. Die Kooperation zwischen Wirtschaft und Landwirtschaft wird wesentlich verstärkt.

■ Die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen mit einer nachhaltigen Strategie bedarf einer **gesunden Landwirtschaft**. Ihre Chancen liegen in einer qualitativ höchstwertigen Nahrungsmittelproduktion welche auch verstärkt international zu vermarkten ist. Die Land- und Forstwirtschaft wird in Zukunft einen großen Beitrag in der Bereitstellung von nachwachsenden Rohstoffen und Bioenergie leisten. Der ländliche Raum in Österreich ist ein attraktiver Standort für Tourismus und Erholung und bietet gute Erwerbsmöglichkeiten in der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Landwirtschaft.

■ In den kommenden zehn Jahren stehen zehntausende Betriebe zur **Betriebsnachfolge** an. Hunderttausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind davon betroffen. Betriebsnachfolge und Betriebsgründung wird daher von Seiten der Sozialpartner ein erhöhter Stellenwert in der Begleitung zugemessen.

■ Die Sicherung weltbesten **Gesundheits- und Sozialstandards** ist gemeinsames Ziel. Die Organisation soll weiterhin durch Selbstverwaltung und die Finanzierung solidarisch erfolgen.

■ Die Sozialpartner werden **auf europäischer Ebene** ihre Zusammenarbeit verstärken. Wenn Europa eine Herzensangelegenheit für seine Bürgerinnen und Bürger sein will, muss es nicht nur ein Europa der Märkte, sondern auch ein Europa der Menschen sein.

■ Ein wesentlicher Teil unseres Wohlstandes wird außerhalb der Grenzen Österreichs verdient. Die Sicherung und der Ausbau der **internationalen Wettbewerbsfähigkeit** sowie die Begleitung unserer Betriebe auf nicht österreichische Märkte ist daher wesentliche Sozialpartner-Aktivität.

■ Globalisierung soll nicht nur globalen Wettbewerb, sondern auch **globale Solidarität** ermöglichen. Eine globale

Sozialpartnerschaft, die ein globales Ethos im Sinne einer gemeinsamen sozialen Verantwortung mitentwickelt, auf Fair Trade setzt, einen globalen Marshall-Plan unterstützt und die Sozialpartnerorganisation ILO (International Labour Organisation) einbezieht, soll angestrebt werden und besondere österreichische Entwicklungsimpulse erhalten.

Instrumente

Die Sozialpartner sind bereit, ihren Beitrag zu einer Strategie der Vollbeschäftigung durch Wirtschaftswachstum zu leisten. Eine der Grundlagen für diese Strategie wird das vom WIFO im Herbst 2006 vorzulegende »Weißbuch« sein, das die Sozialpartner als Kompass für ihre Arbeit heranziehen.

Danach wird es periodische Evaluierungen geben, mit denen das WIFO oder der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen beauftragt werden.

In den Bereichen, in denen die Sozialpartner im Rahmen der sozialen Selbstverwaltung tätig sind, bekennen sie sich zu einem partnerschaftlichen Konsens bei allen Entscheidungen. Sollten Arbeitgeber und Arbeitnehmer dies in einzelnen Fällen nicht bewerkstelligen können, werden die jeweils zuständigen Sozialpartnertoppen als Mediatoren tätig.

Mindestens zweimal im Jahr tagt die Präsidentenrunde, die jeweils strategische Entscheidungen vornehmen wird. Mindestens viermal im Jahr tagt die Generalsekretärerunde, um operative Entscheidungen zu treffen. Eine enge Kooperation der Sozialpartnerbüros auf nationaler und internationaler, insbesondere auch europäischer Ebene, wird vereinbart.

Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen soll sich um Spezialfragen annehmen und Lösungen zur Umsetzung durch Expertisen erstellen.

Zu Wiederherstellung einer regelmäßigen Gesprächsplattform der Sozialpartner mit der Bundesregierung soll im Sinne der früheren Rolle der Paritätischen Kommission mindestens zwei Mal im Jahr ein Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialpolitischer Dialog zwischen Sozialpartnern und Bundesregierung stattfinden.

Text im Internet abrufbar:
www.sozialpartner.at

Herausforderung Sozialpartnerschaft heute

Gegen den Erfolg der Sozialpartnerschaft, ihre Rolle als elementarer Baustein für den beispiellosen wirtschaftlichen und sozialen Erfolg unseres Landes in der Nachkriegszeit wurden immer wieder relativierende Argumente vorgebracht.

Autor: Ernst Tüchler

Mitarbeiter im Volkswirtschaftlichen Referat
des ÖGB

Etwa, dass sich kleine Länder leichter organisieren können als große, das mache Erfolge leichter und auch wahrscheinlicher. Oder, dass die damalige geopolitische Situation eine solche erfolgreiche Organisationsmethode begünstigte. Oder auch, dass von einem wirtschaftlichen, sozialen und politischen Nullpunkt ausgehend auch kleine Erfolge als bedeutend erscheinen mögen. Am anderen Ende des Spektrums der Kritik an der Sozialpartnerschaft fielen Argumente, wonach die Erfolge der Sozialpartner zu Lasten Dritter zustande kamen – etwa der Umwelt.

Oder, dass die Sozialpartnerschaft strukturkonservierend bzw. -versteinern wirke. Oder, dass es im Hinblick auf die demokratischen Grundpfeiler bedenklich sei, wenn sich die Sozialpartner als »Nebenregierung« etablierten. Trotzdem: Ihr verdankt das Land bzw. die Bevölkerung ganz wesentlich den Sprung vom Armen-

haus Europas zu einem der reichsten und stabilsten Staaten der Welt.

Spannungen

Dabei war das Verhältnis der Sozialpartnerorganisationen zueinander oft genug nicht spannungsfrei. Stellvertretend für viele Mitstreiter sei an Hans Seidl erinnert, der zur Diskussion über die Wirtschaftsordnung zu Beginn der 1950er-Jahre schrieb:

»Eine ›Restauration‹ der Wirtschaftsordnung der Vorkriegszeit, bestenfalls ergänzt durch eine keynesianische Makropolitik und einen Ausbau der Sozialpolitik, befriedigte (jedoch) die Arbeitnehmervertreter nicht, weil sie kein gesellschaftlich hinreichendes Wirtschaftswachstum zu gewährleisten schien. Sie wollten, dass sich an der Wiederaufbauplanung eine Wachstumsplanung anschließt, für die die in Frankreich entwickelte ›planification‹ als Vorbild dienen sollte. Dazu waren die Unternehmensverbände und die bürgerlichen Parteien nicht bereit. Die Gründung der Paritätischen Kommission für Preis- und Lohnfragen 1957 und fünf Jahre später des Beirates waren bis zu einem gewissen Grad Kompromisse. Sie wurden von den Arbeit-

nehmervertretern als Minimallösung, von den Arbeitgebervertretern hingegen als Maximallösung betrachtet.«¹⁾

EU-Beitritt

Heute kann man ohne Übertreibung sagen, dass der österreichische EU-Beitritt ohne die Mitwirkung der Sozialpartnerorganisationen nicht möglich gewesen wäre. Auf der Basis detaillierter Analysen hinsichtlich der möglichen (insbesondere negativen) Auswirkungen – auf einzelne Bevölkerungsgruppen – sowie über die bei einem Beitritt notwendigen Übergangsregelungen und Hilfestellungen, empfahlen die Sozialpartner in einem gemeinsamen Gutachten des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen der damaligen Bundesregierung, ein Beitrittsansuchen zu stellen. Dabei stellte der ÖGB klar, welche Bedingungen für einen Beitritt zu erfüllen sind und welche Notwendigkeiten es in weiterer Folge geben wird.

Unterschätzt wurde beim EU-Beitritt damals trotz sehr gründlicher Analysen der Umstand einer zunehmend erstarken-

1) Hans Seidl: »Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen«, Wien, 1993



Ernst Tüchler: »Das nach wie vor sehr große Vertrauen der Bevölkerung in die Lösungskompetenz der Sozialpartnerorganisationen formuliert beinahe den Auftrag dafür, dass man sich – nach einer gewissen Phase des gegenseitigen Kennenlernens – damit auseinandersetzt, wie angesichts der großen eingetretenen Veränderungen im Interesse der künftigen Wohlfahrtssteigerung für das Land und seines sozialen Zusammenhaltes die weitere gemeinsame Arbeit gestaltbar ist und welche möglichen Arbeitsweisen dabei gewählt werden können.«

den Beamtschaft, die sich in den komplexen europäischen Angelegenheiten, Arbeitsprozessen und Institutionen mehr und mehr von den Sozialpartnern emanzipierte. Das zog tiefe Auswirkungen auf das politische System in Österreich nach sich, das nunmehr Mitglied in der Europäischen Union war, aber im europäischen Konzert zwar eine wichtige aber doch auch lediglich nur eine von mehreren Aktionsebenen darstellt. Und der Durchbruch des Neoliberalismus, der den Wohlfahrtsstaat – auch überall sonst in Europa – regelrecht an die Wand drückte, stand erst unmittelbar bevor.

Hebelkeynesianismus

Anzeichen für die Veränderungen, die letztlich zu diesem fundamentalen Paradigmenwechsel führten, gab es dennoch bereits einige Zeit davor. Hans Seidl beschreibt die elementaren Verschiebungen im Denken – das schließlich auch die Sozialpartner erreichte:

»Meine Generation glaubte, dass die modernen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften maßgeblich dazu beitragen könnten, eine bessere Welt zu schaffen. Dieser Glaube geriet ins Wanken, als sich Phänomene einstellten, die es nach unserem Verständnis eigentlich nicht geben durfte, wie etwa die Koexistenz von Inflation und Arbeitslosigkeit, die zunehmende Kluft zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern oder die beschämende Hilflosigkeit der Weltwirtschaft gegenüber externen Schocks wie den Energiekrisen. Das trug zur Neuorientierung der Wirtschaftstheorie und der Wirtschaftspolitik bei. Der ›Hebelkeynesianismus‹ (früher stolz ›Mainstream Economics‹) genannt, stand plötzlich allein im Regen: Die Neoklassiker und die fundamentalen Keynesianer setzten sich ab. Die neoklassische Mikroökonomie mit ihrem hohen Abstraktionsgrad deckte einen Großteil des Forschungsfeldes der Ökonomen ab. Die Wirtschaftspolitik wurde spätestens seit Beginn der achtziger Jahre konservativer und (oder) liberaler.«

Glacehandschuhe

Was Seidl beschrieb, mündete schließlich in jenen heute vorherrschenden Zeitgeist des totalen Individualismus, den Neoliberalismus, gekoppelt mit einer starken,

kurzfristigen Medienorientierung in der Politik. Beides, neoliberaler Zeitgeist und Medienorientierung, schränkt den Spielraum für nachhaltige, konstruktive Lösungen sowohl für die Parteien als auch für die Sozialpartner ein.

Zeithistoriker weisen darauf hin, dass die ÖVP-Alleinregierung in der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre die Sozialpartner mit »Glacehandschuhen« anfasste. Stellvertretend zum Ausdruck gebracht wurde das, indem der ÖGB damals durch Gesetz in viele wirtschaftspolitische Gremien aufgenommen wurde. Nach der

»Ein Paradigmenwechsel muss zwangsläufig für die Sozialpartner massive Auswirkungen nach sich ziehen, umso mehr, wenn maßgebliche Vertreter aus Regierung und Regierungsparteien die Zerschlagung der gesetzlichen Interessensvertretung der ArbeitnehmerInnen zum Programm erheben.«

Wahl 1999 trat aber nun erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg eine Regierung auf den Plan, die anstatt des bisher gewohnten Konsenskurses eine einseitige Strategie fuhr – nämlich: »The winner takes it all.« Flankenschutz dazu gab es aus Kreisen der Unternehmenseite, die den Standpunkt vertraten und vertreten, dass eine Konfliktstrategie gegenüber der Arbeitnehmerseite nicht zum Schaden des Landes sei.

Paradigmenwechsel

Ein derartiger Paradigmenwechsel muss zwangsläufig für die Sozialpartner massive Auswirkungen nach sich ziehen, umso mehr, wenn maßgebliche Vertreter aus Regierung und Regierungsparteien die Zerschlagung der gesetzlichen Interessensvertretung der ArbeitnehmerInnen zum Programm erheben. Gegenüber die-

ser überaus aggressiven Vorgangsweise ist die ökonomische Performance des »Kurswechsels« bescheiden: fünf Jahre ununterbrochenes Wirtschaftswachstum unter dem langfristigen Trend; Rekordarbeitslosigkeit, massive Jugendarbeitslosigkeit und weniger Vollzeitarbeitsplätze, verschärfter Verteilungskonflikt und die Vernachlässigung der Zukunftsfragen (F&E, Investitionen, Bildung, Infrastruktur etc.). Als »Bedrohung« verstanden wurden noch eine Dekade zuvor die Ängste der »Modernisierungsverlierer« – deren Verluste wenigstens temporär von den Modernisierungsgewinnern kompensiert wurden. Nach dem Regierungswechsel im Gefolge der Nationalratswahl 1999 fühlten sich jedoch breite Bevölkerungsschichten – ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen – von der Politik im Stich gelassen. Das erzeugte ein Klima, das es heute niemand leicht macht zu sagen – etwa: »Schwamm drüber«.

Der Umstand, dass unter der vorangegangenen Regierung die Arbeitgeberseite sozialpartnerschaftliche Beziehungen in geringerem Ausmaß als die informellen Kanäle zur Regierung nutzte, hat fallweise auf der Arbeitnehmerseite Befürchtungen genährt, dass arbeitgeberseitig der umfassende Mitgestaltungsanspruch auf der Basis einer gemeinsamen Weltsicht – also das, was man den Geist der Sozialpartnerschaft nennen könnte – mehr und mehr verloren gehen könnte. Mit dem abrupt geänderten Regierungskurs nahm fast zeitgleich in der Wirtschaftskammer Österreich eine neue Führungsmannschaft ihre Arbeit auf und setzte eine weitgehende Organisationsreform um. Nunmehr, im Gefolge der BAWAG-Ereignisse, ist der ÖGB am Zug.

Lösungskompetenz

Das nach wie vor sehr große Vertrauen der Bevölkerung in die Lösungskompetenz der Sozialpartnerorganisationen formuliert beinahe den Auftrag dafür, dass man sich – nach einer gewissen Phase des gegenseitigen Kennenlernens – damit auseinandersetzt, wie angesichts der großen eingetretenen Veränderungen im Interesse der künftigen Wohlfahrtssteigerung für das Land und seines sozialen Zusammenhaltes die weitere gemeinsame

Arbeit gestaltbar ist und welche möglichen Arbeitsweisen dabei gewählt werden können.

Die Spannungsfelder, in denen sich die Sozialpartner bewegen, sind schon im 1992er-Sozialpartnerübereinkommen skizziert.

Die Dynamik dieser Spannungsfelder hat sich in der letzten Dekade verschärft, neue Entwicklungen sind dazu gekommen andererseits zeichnen sich aber auch die Grenzen dieser Entwicklungen durch wirtschaftliche und soziale Verwerfungen ab.

Sehr eindrucksvoll hat das Egon Matzner²⁾ beschrieben: Entfall der Bedrohung bzw. Systemkonkurrenz UdSSR, die schnelle Verbreitung von Technologien, auf globalen Märkten operierende Unternehmen, zunehmend von den Kapitalmärkten abhängig werdende Märkte oder die politischen Instrumente der Nationalstaaten, die zunehmend durch

2) Egon Matzner: »Monopolare Weltordnung«, Marburg 2000

IMF, WTO, ersetzt bzw. ausgehöhlt werden – unter der Dominanz monetärer Stabilitätsziele.

Was geht und was nicht

Die daraus zu ziehende Schlussfolgerung ist die unbedingte Notwendigkeit, einen neuen Katalog öffentlicher Aufgaben – »am besten dort, wo kooperatives Verhalten nicht entsteht« – zu erstellen, auch wenn in unserer stark veränderten Welt noch nicht wirklich klar ist, »was Politik auf welchen Ebenen zu leisten vermag und was nicht geht.« Eine wesentlich stärkere Rolle als bisher muss die effektive Nachfrage einnehmen und dabei wieder die öffentliche Nachfrage – die ebenfalls zur Konkurrenzfähigkeit von Volkswirtschaften gehört. Sie ist überall in Europa zu niedrig.

Die daraus für die Akteure der Wirtschaftspolitik notwendigerweise zu ziehenden Konsequenzen sind die Konzentration auf mehr Wirtschaftswachstum,

mehr Beschäftigung und Fairness bei der Einkommensverteilung. Dazu kommt das Bekenntnis zum Ausbau des Sozialstaates in Österreich und eine europäische Perspektive sowie eine positive Zukunft der Selbstverwaltung. Die Sozialpartner haben im Rahmen des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen bereits 1998 die Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik unter den geänderten Verhältnissen ausgelotet – ein politisches Programm für die Regierungarbeit zusammen mit den maßgeblichen politischen Parteien konnte daraus bislang trotz aller Regulierungsnotwendigkeiten weder geschrieben noch in die Praxis umgesetzt werden.

Mitbestimmung

Zentral für die Gewerkschaften – aber ebenso für die Qualität unserer Demokratie – ist die Mitbestimmung und die überbetriebliche Vertretung der Arbeitnehmerseite. Weil die Qualität des Arbeitsvertrages und die Qualität der Mit-



bestimmung bzw. Vertretung der Arbeitnehmerseite unser tägliches Leben so entscheidend mitbestimmen, ist damit direkt die Qualität unserer Demokratie verbunden. Je schlechter der Arbeitsvertrag bzw. die Arbeitsverhältnisse, desto größer ist die Gefahr der realen Erosion unserer Demokratie. Es besteht real die latente Gefahr eines schleichenden politischen Erosionsprozesses. Auch deshalb, weil der politische Prozess im Neoliberalismus über weite Strecken das sehr kurzfristig orientierte Modell der Unternehmensführung in seine Arbeitsweisen übernommen hat. Damit wird eine längerfristig ausgerichtete Politik zunehmend in den Hintergrund gedrängt. Wenn aber schon in der Unternehmensführung strittig ist, was effizient und was nicht effizient ist, wie soll es dann in der Politik – noch dazu über den kurzen Horizont hinausgehend – stimmig sein?

Neoliberalismus bedeutet eine Rückwärtsbesinnung und -entwicklung und darin liegt ein wesentlicher Grund für den gegenwärtigen, tief ausgeprägten Pessimismus in Europa. Von einem von Neoliberalen provozierten Zustand permanent forcierter Gegensätze ist der Weg nicht weit bis zum »Ausschluss« als Prinzip: Ausschluss von der Mitverantwortung, von der Mitentscheidung und auch von der Auswahl derjenigen Themen, die überhaupt zur Vorbereitung, zur Entscheidung und letztlich zur Verantwortung anstehen. Sofern das zur Substanz der Regierungspraxis gehört, sollte man sich nicht wundern, dass man bei Wahlen an rechte Parteien verliert.

Kurzfristige und langfristige Interessen

Die Gefahr von Deformation wird strukturell durch andere Phänomene noch verstärkt: Wahlzyklen verlagern die eigentliche Regierungstätigkeit immer mehr in die Anfangsphase einer Legislaturperiode – dann folgt schon der nächste Wahlkampf. Das eröffnet extrem kurzfristigen, tagespolitischen Themen und deren Protagonisten eine Bedeutung, die ihnen unter vernünftigen Gesichtspunkten betrachtet gar nicht zukommt. Von professionellen Meinungsforschern werden »Themen« in der Öffentlichkeit abgetestet. Tests werden maßgeblich dafür, was

im politischen Prozess zum Reifestadium gelangen wird. Wie überall im Marketingwesen, ist die Akzeptanz wesentlich auch eine Frage der hierfür eingesetzten Mittel. Im Vergleich dazu haben Parteiprogramme und auch die Programme der Interessensvertretungen mittel- und längerfristigen Charakter und vertragen sich

»Neoliberalismus bedeutet eine Rückwärtsbesinnung und -entwicklung und darin liegt ein wesentlicher Grund für den gegenwärtigen, tief ausgeprägten Pessimismus in Europa.«

meist nicht mit punktuellen kurzfristigen Tests, die in erster Linie eine aktuelle Akzeptanzfrage zum Inhalt haben.

Deshalb sind Österreichs EU-Beitritt, die Globalisierung der Wirtschaft, die EU-Osterweiterung, rasanter technologischer Wandel als Rahmen keine hinreichende Erklärungen für den tief greifenden Wandel in politischen Prozessen und das um sich greifende diffuse Bedrohungsgefühl in der Bevölkerung.

Legitimation

Zweifellos betreffen diese Prozesse, die unsere gewohnte Welt schnell und massiv verändern, alle Länder und Gesellschaften. Aber diese Prozesse sind nicht autonom und sie sind von der Politik beeinflussbar. Daher sollte man sie nicht als Legitimation akzeptieren, wenn es darum geht, dass nunmehr politische Entscheidungsregeln in unserem Land oder auch in der EU anders strukturiert zu sein hätten bzw. dafür, dass die Regeln des täglichen Zusammenlebens geändert werden müssten. Man darf die eigentliche Bedeutung dieses Rahmens nicht unterschätzen, denn es geht hier um die Schnittstelle, an der jene fundamentalen täglich zu bewältigenden Interessenslagen unserer mittlerweile europäisch gewordenen Zivilisation zusammenlaufen und wo sie mit der Zukunft in Berührung kommen.

Modernisierungsverlierer

Nichts wird in Zeiten großen Wandels mehr verlangt als Stabilität. Im öffentlichen Diskurs sind jedoch die zu kurz gekommenen Interessen der »Modernisierungsverlierer« massiv unterrepräsentiert, während jene der Unternehmer, der Aktionäre oder der Finanzmärkte, ein geradezu erdrückendes Gewicht eingenommen haben. Die Variante einer »Just in Time-Sozialpartnerschaft«, die immer dann, wenn es Probleme gibt, zur Verfügung stehen soll, ist angesichts dieser Aspekte zum Scheitern verurteilt. Die zurückliegende, längere Periode verketteter öffentlicher Herabstufungen durch Regierungsprogramme, gepaart mit wiederholten zangenartigen Reflexen aus Krisen der Wirtschaft gegen die Institution der Sozialpartnerschaft an sich, verweist, sofern das fortgesetzt wird, in die Richtung einer insgesamt deutlich instabileren Zukunft.

Bekennnis zur Kooperation

Die Sozialpartnerorganisationen haben angesichts dieser Spannungsbögen Grundlagen für ihre zukünftige Zusammenarbeit ausgearbeitet, mit einem Bekenntnis zur Kooperation im Interesse unserer Bevölkerung. Niemand sonst würde in Zukunft da sein, um ausgestattet mit dem Rückhalt der Bevölkerung und den notwendigen Ressourcen, die Zukunft unserer Gesellschaft bei geringsten möglichen Reibungsverlusten in geordnete Bahnen lenken zu können. Meinungsforschungsinstitute, Unternehmensberater, Konsulenten können diese wichtige Aufgabenstellung nicht bewältigen. Dabei kann man aus der Geschichte durchaus auch lernen: Die amerikanische Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft leiden dort heute noch an den Folgen des vor einem knappen Jahrhundert erfolgten Frontalangriffes auf die Gewerkschaften.

Wirtschaftskreise wollen bei uns eine Verlängerung der Arbeitszeiten – meinen damit aber Lohnkürzungen und Abbau von Beschäftigung im großen Stil. Die Zukunft wird Klarheit darüber schaffen, ob das in das psychologische unternehmerseitige Repertoire vor dem Auftakt wichtiger Verhandlungen einzustufen



oder als gezielter Hieb gegen die ureigenen Sozialpartnerbelange zu werten ist. Kollektivvertragsverhandlungen sind jener ureigene Bereich der Sozialpartner, von dem große Teile der Bevölkerung nicht wissen, wer was wie macht. Gegenwärtig gibt es in Österreich 1155 gültige Kollektivverträge, im Jahr 2005 wurden 542 Kollektivverträge verhandelt, damit werden rund 95 Prozent der Beschäftigten erfasst.

Den Wohlfahrtsstaat leisten

Regierungen und Kreise der Wirtschaft argumentieren immer wieder, infolge des gestiegenen Wettbewerbsdrucks etc. könne sich unsere Gesellschaft »das alles« – den Wohlfahrtsstaat – nicht mehr leisten und verbinden das unterschwellig mit Abwanderungsszenarien. Im gleichen Atemzug kommt aus denselben Quellen, dass die Globalisierung bzw. die in den globalen Institutionen gesetzten (neoliberalen) Regeln vorteilhaft für die ArbeitnehmerInnen wären. Tatsache ist, dass die wirtschaftliche Leistungskraft zunimmt. Beim technischen und organisatorischen Fortschritt gehört Österreich seit über einem Jahrzehnt im OECD-

Raum zu den Spitzenreitern: Wir zählen zu denjenigen Ländern mit den höchsten Produktivitätsraten überhaupt. Möglicherweise ist eine ältere Gesellschaft weniger produktiv – es muss aber nicht so sein. Nichts spricht dagegen, dass es künftig weniger wissenschaftlich-technischen Fortschritt geben sollte, die Frage in der Zukunft wird jedoch sein, was wir als fortgeschrittenste Zivilisationsstufe der Menschheit mit unserem täglich wachsenden Wissen und mit unseren täglich zunehmenden Fertigkeiten zur Lösung der drängenden Probleme tatsächlich anzufangen wissen.

Denn Fragen nach dem Sinn stellt jede junge Generation. Aber Sinnfragen stellen sich historisch immer dann besonders drängend, wenn die wirtschaftlich-technische Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft mit der Verteilung der Ergebnisse und auch Verteilung der zukünftigen Chancen nicht im Einklang steht. Der rasante Wandel unserer Gesellschaft im globalen Kontext betrifft besonders die Arbeitswelt. Dieser Wandel schafft Erleichterungen – aber auch neue Entfremdungen und Bedrohungen für arbeitende Menschen. Solidarität ist ebenso gefragt wie gefährdet. Bewährte, aber

auch neu zu schaffende Allianzen für Solidarität sind notwendig. Wir haben selbst die Wahl über die Zukunft der Sozialpartnerschaft. Ist sie Innovation oder Sklerose? Die Arbeitnehmerseite stand immer auf der Seite des Fortschritts.

RESÜMEE

Gegen die Sozialpartnerschaft wurden aus sehr verschiedenen Blickwinkeln immer wieder Vorbehalte geäußert. In der Bevölkerung genießt die Sozialpartnerschaft aber nach wie vor großes Vertrauen.

Dieses **Vertrauen** besteht nach dem EU-Beitritt, bei dem die Sozialpartnerorganisationen eine tragende Rolle einnahmen, weiter. Seitdem hat sich in der Politik ein Paradigmenwechsel vollzogen.

Wir nehmen den »**kalten Krieg**« nicht mehr als tägliche Bedrohung wahr und sind Mitglied der Europäischen Union geworden.

Als **neue Bedrohung** in einer Zeit großer Veränderungen ist der die Solidarität untergrabende Neoliberalismus zum direkten Gegner des Prinzips der Sozialpartnerschaft aufgestiegen.

Mobilität ist keine Gefahr, sondern eine Chance

Der für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit zuständige Kommissar, Vladimír Špidla, betont im Interview die Vorteile einer erhöhten Mobilität für Europas Arbeitnehmer.

Arbeit & Wirtschaft: Herr Kommissar, warum braucht Europa bewegliche und vielseitige Arbeitskräfte?

Vladimír Špidla: Wir befinden uns in der paradoxen Lage, dass die Arbeit mobiler geworden ist, nicht aber die Arbeitskräfte.

»Alle EU-Regierungen haben sich darauf geeinigt, dass es für mehr Wachstum und Beschäftigung notwendig ist, den Arbeitskräften in ganz Europa zu helfen, anpassungsfähiger zu werden.«

dabei zu helfen, gemeinsam vereinbarte Ziele zu erreichen. Alle EU-Regierungen haben sich darauf geeinigt, dass es für mehr Wachstum und Beschäftigung not-

EURES

Eine Million Jobs europaweit online

Bei der offiziellen Startkonferenz des Europäischen Jahres der Arbeitnehmermobilität ist auch das neue EU-Job-Portal von EURES lanciert worden. Über das Portal sollen die Bürger Zugriff auf eine Million Ausbildungs- und Stellenangebote haben, die von Arbeitsagenturen veröffentlicht werden. Man kann in EURES aber auch seinen eigenen Lebenslauf hinterlegen (auf Wunsch auch anonym) und warten, dass Arbeitgeber auf einen zukommen.

EURES (die Abkürzung steht für »**EU**ropean **E**mployment **S**ervices«) ist ein Kooperationsnetz, dem die Europäische Kommission, die öffentlichen Arbeitsverwaltungen der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) und der Schweiz sowie andere, mit Beschäftigungsfragen befasste nationale und regionale Akteure angehören, etwa Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, regionale und lokale Gebietskörperschaften.

europa.eu.int/eures/home.jsp?lang=de

Die Globalisierung verändert die Arbeitsumgebung und zwingt die Arbeitnehmer, flexibler und anpassungsfähiger zu werden. Der gegenwärtige Mangel an einer echten Mobilitätskultur erweist sich daher als Hindernis. Indien und China sind weit entfernt, aber wir spüren die Auswirkungen ihrer wirtschaftlichen Erfolge in ganz Europa auf lokaler Ebene. Wir können nicht einfach wegschauen und versuchen, weiterzumachen wie bisher.

Warum hat die EU 2006 zum Europäischen Jahr der Mobilität der Arbeitnehmer erklärt?

Das Europäische Jahr zielt in erster Linie darauf ab, die Bürgerinnen und Bürger der EU für die Rechte und Möglichkeiten von Arbeitnehmern zu sensibilisieren, die an einem Jobwechsel oder Umzug ins Ausland interessiert sind. Die Rolle der EU in all dem ist nicht, den Leuten zu sagen, was sie tun sollen, sondern ihnen

JOB B Ö R S E N

Veranstaltungen, Aktionen, Jobbörsen

Für das Mobilitätsjahr stehen Mittel in Höhe von 10 Millionen € bereit, die für Projekte zur Sensibilisierung für die Mobilität sowie für Großveranstaltungen (z. B. die Europa-Stellenbörse »**Job Fair Europe**« mit Jobbörsen in über 50 europäischen Städten am 29. und 30. September) eingesetzt werden sollen.

Die Projekte umfassen »Themenabende« (in einem europäischen Fernsehsender und in Paris im Dezember 2006), eine Werbekampagne in allen europäischen U-Bahnen, neue Filme zur Veranschaulichung der Vorteile der Mobilität sowie einen Blog auf der Website zum »Europäischen Jahr der Arbeitskräftemobilität«.

Verschiedene Studien über die Auswirkungen der Mobilität sind ebenso geplant wie Versuche zur Erfassung entsprechender aussagekräftigerer statistischer Daten. Ein europäischer Preis wird für die Organisation ausgeschrieben, die am meisten für die Arbeitskräftemobilität getan hat.

Webseite:

europa.eu.int/comm/employment_social/workersmobility2006/index_de.htm

APA-IMAGES/pa/Olivier Hoslet



EU-Kommissar Vladimír Špidla:
»Wir müssen den Menschen klarmachen,
dass Mobilität keine Bedrohung ist,
sondern eine Gelegenheit.«

wendig ist, den Arbeitskräften in ganz Europa zu helfen, anpassungsfähiger zu werden. Mobilität und Vielseitigkeit wird den Arbeitern, ihren Wirtschaften und der EU als Ganzes helfen.

Was sind die Gründe für die geringe Arbeitskräftemobilität in der EU?

Es bestehen noch rechtliche, administrative und sprachliche Hindernisse. Dazu kommt oft mangelnde Kenntnis der bestehenden Informations- und Unterstützungsmöglichkeiten, und viele Arbeitskräfte sind nicht von den Vorteilen einer Beschäftigung im Ausland und/oder in einem anderen Sektor überzeugt. Da müssen wir ansetzen.

»Wir müssen den Menschen klarmachen, dass Mobilität keine Bedrohung ist, sondern eine Gelegenheit.«

Warum vergleicht man diesbezüglich immer Europa mit den USA? Wieviele Arbeitslose hätten wir weniger, wenn die Mobilität in Europa gleich hoch wäre wie in den USA?

Das wird niemals der Fall sein. Die geographische Mobilität ist sehr niedrig, aber das ist nicht das eigentliche Problem Europas, denn die Auswirkungen dieser Art von Mobilität werden immer sehr begrenzt sein. Unser wirkliches Problem ist die berufliche Mobilität. Wir müssen die Fähigkeit der Europäer verstärken, sich beruflich zu verändern, Neues zu erlernen, etc. Denn wenn sie sich nicht bewegen und nach 10 bis 15 Jahren dazu gezwungen sind, weil diese Arbeit nicht mehr gebraucht wird, dann stehen sie vor enormen Schwierigkeiten. Wir müssen den Menschen klarmachen, dass Mobilität keine Bedrohung, sondern eine Gelegenheit ist.

Worin liegt die Bedeutung der beruflichen Mobilität, und wie wollen Sie diese fördern?

In den USA wechselt man alle sechs bis sieben Jahre den Beruf oder den Arbeits-

platz. In Europa hingegen alle zehn Jahre. Das ist ein enormer Unterschied. Es ist auch klar, dass die Stabilität des Ar-

»Das Gesundheitssystem war nie Teil der Bolkestein-Direktive.«

beitsplatzes abnimmt. Warum? Weil nach fünf Jahren ihre Kenntnisse und ihre Kapazität, eine Arbeit zu machen, zu 80 Prozent veraltet sind. Man muss das System der lebenslangen Ausbildung und des lebenslangen Lernens vorbereiten und mit Hilfe der europäischen Instrumente wie dem Europäischen Sozialfonds oder dem Anpassungsfonds, der jetzt in Vorbereitung ist, den Menschen helfen, die im Übergangsprozess sind. Für mich stehen die lebenslange Ausbildung und die Änderung der Ausbildungssysteme im Vordergrund. Die Kontakte zwischen den Ausbildungssystemen und dem Arbeitsmarkt müssen verstärkt werden durch eine höhere Akzeptanz und Teilnahme seitens der Sozialpartner.

Ist die Bolkestein-Richtlinie nicht kontraproduktiv für das Mobilitätsprogramm, indem sie weite Teile vor allem

»Im Prinzip waren alle Systeme, die durch öffentliche Gelder finanziert werden, niemals in der Dienstleistungsrichtlinie inkludiert, denn nach dem europäischen Konzept sind sie nicht Teil des europäischen Binnenmarkts.«

der höher gebildeten Arbeitskräfte ausschließt, wie z. B. medizinische Berufe?

Das ist ein Missverständnis, denn das Gesundheitssystem war nie Teil der Bolkestein-Direktive. Im Prinzip waren alle

Systeme, die durch öffentliche Gelder finanziert werden, niemals in der Dienstleistungsrichtlinie inkludiert, denn nach dem europäischen Konzept sind sie nicht Teil des europäischen Binnenmarkts. Alle diese Bereiche waren von Anfang an ausgenommen. Ich sehe den erreichten Kompromiss über die Dienstleistungsrichtlinie als positiven Schritt vorwärts.

Danke für das Gespräch.

ARBEITSKRÄFTEN HELFEN

2006 Europäisches Jahr der Arbeitnehmermobilität

Das Jahr 2006 ist zum Europäischen Jahr der Arbeitnehmermobilität ausgerufen worden. Mobilität wird von vielen Europäern als eine der wichtigsten Errungenschaften der EU wahrgenommen.

Laut einer von Eurobarometer im Herbst 2005 durchgeführten Umfrage sind 53 Prozent der Europäer der Ansicht, dass »die Reise- und Arbeitsfreiheit innerhalb der EU« für sie widerspiegelt, was Europa ausmacht.

Derzeit leben ungefähr 1,5 Prozent der EU-Bürger im EU-Ausland, und über die letzten 30 Jahre hat diese Zahl sich nicht nennenswert geändert, obwohl verschiedene Maßnahmen es den Bürgern leichter machen sollten, in einem anderen EU-Land zu arbeiten.

Das Europäische Mobilitätsjahr soll die Mobilität der Arbeitskräfte – gerade angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen in vielen EU-Ländern – erhöhen und ihnen so den Erwerb neuer Fertigkeiten ermöglichen.

Die Eurobarometer-Umfrage bestätigt die Ansicht der Kommission, dass Mobilität ein entscheidender Faktor bei der Jobsuche ist. 59 Prozent der Arbeitssuchenden fanden innerhalb eines Jahres eine Anstellung außerhalb ihrer Heimatregion, während dies nur 35 Prozent im gleichen Zeitraum in ihrer Heimatregion gelang.

Bei »Mobilität der Arbeitnehmer« muss man unterscheiden zwischen beruflicher Mobilität, die etwas über die Häufigkeit des Arbeitsplatzwechsels aussagt, und geographischer Mobilität, die den Umzug von Arbeitnehmern innerhalb eines Landes oder ins Ausland betrifft.

Internationale Transportarbeiter Föderation:

ITF-Aktionswoche

Mit einer internationalen Aktionswoche will die ITF die unorganisierten ArbeitnehmerInnen ansprechen.

Die Situation im Straßenverkehr ist für Gewerkschaften besonders schwierig: Lkw-Fahrer sind oft bei Kleinfirmen oder als Scheinselbständige beschäftigt. Das erschwert es den Gewerkschaften, sie zu organisieren und ihre Rechte durchzusetzen. Die ITF-Woche zum Erreichen der nicht organisierten ArbeitnehmerInnen findet jährlich statt. Die ITF unterstützt die Mitgliedsgewerkschaften dabei mit Know-how, Materialien und Beratung. Die Eisenbahnergewerkschaft (GdE) wird auch heuer wieder an der Aktion

teilnehmen. Auch im Autobusverkehr ist international der Druck sehr hoch. Weltweit wird privatisiert, die Leidtragenden sind KundInnen und ArbeitnehmerInnen. »Die Unternehmen wollen Geld machen. Da ist ihnen egal, ob die Fahrer ihre Lenk- und Ruhezeiten einhalten. Die Mitarbeiter müssen immer mehr Kilometer fahren, egal wie«, sagt der GdE-Delegierte, Zentralbetriebsrat Franz Altenburger von der ÖBB-Postbus GmbH, der auch Ansprechpartner für die Aktionswoche ist.

Anliegen der Gewerkschaft ist es, jene Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen, die Lenk- und Ruhezeiten nicht einhalten. Franz Altenburger. »Wir merken beim Postbus den Druck immer stärker, dass uns die Privaten unter Druck bringen, die auf Lenk- und Ruhezeiten pfeifen. Einige Regionalmanager bedeuten uns immer stärker, dass wir wegschauen sollen, weil wir sonst nicht konkurrenzfähig sind. Und schon stehen unsere Lenker mit beiden Beinen in der Illegalität. Diesen Wettbewerb müssen wir verhindern.« G. M.

Siemens-Europa: Priorität Arbeitsplätze

Nach angekündigter Fusion der Siemens Kommunikationssparte mit Nokia gehen die europäischen Gewerkschaften gemeinsam vor.

Unter dem Dach des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB) hatten sich bereits Mitte September 2006 insgesamt 25 GewerkschaftsvertreterInnen aus Ländern mit Niederlassungen von Siemens und Nokia getroffen. Nach der angekündigten Fusion der Siemens Kommunikationssparte mit Nokia wollen sie europaweit koordiniert vorgehen.

Die Fusion soll zum 1. Jänner 2007 rechtswirksam vollzogen sein. Zusammen wird der neue große »Global Player« dann

rund 50.000 Beschäftigte haben. Laut Managern der beiden Konzerne sollen bis 2010 zirka zehn bis 15 Prozent der Arbeitsplätze abgebaut werden.

»Wir sehen auch Chancen in dieser Fusion, aber für die europäischen Metallgewerkschaften hat der Erhalt und die dauerhafte Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze eindeutig höchste Priorität«, so Peter Scherrer, der Generalsekretär des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes. Gesichert werden sollen

auch die Arbeitnehmervertretungsrechte und die Mitbestimmungsregelungen an den einzelnen Standorten der beiden Konzerne. »Solch eine Fusion kann nur erfolgreich sein, wenn die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften informiert und beteiligt werden und die bestehenden Rechte und Vereinbarungen erhalten bleiben«, so Scherrer weiter. Die VertreterInnen der Gewerkschaften werden nun an der Entwicklung einer europäischen Rahmenvereinbarung arbeiten. G. M.

Einkommensentwicklung:

Weniger als vor zehn Jahren

Obwohl die die Gewinne steigen, haben die ArbeitnehmerInnen weniger Lohneinkommen als vor zehn Jahren. Daher forderte die AK Oberösterreich kräftige Lohn- und Gehaltssteigerungen.

Die Gewinne der börsennotierten Unternehmen in Österreich sind in den letzten zehn Jahren im Schnitt um zwei Drittel angestiegen. Nach einer Analyse der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung stiegen die Gewinne nach Steuern der wichtigsten 30 börsennotierten Unternehmen Österreichs von 2001 bis 2005 sogar um 318 Prozent. Gleichzeitig ist die Zahl der Beschäftigten

kaum gestiegen oder sogar gesunken. Die Einkommenssteigerung bei den ArbeitnehmerInnen beläuft sich auf nur ein Drittel. Laut WIFO hat sich die Kaufkraft nicht belebt und für Oberösterreich stellt die AK fest: »Netto und real, also inflationsbereinigt, hatte ein oberösterreichischer Arbeitnehmer im Jahr 2004 durchschnittlich um 1,8 Prozent weniger auf dem Lohnkonto als zehn Jahre zuvor. Mehr als

41 Prozent der oberösterreichischen ArbeitnehmerInnen verdienten im Jahr 2004 weniger als rund 1000 Euro netto im Monat, bei den Frauen waren es sogar 60 Prozent.« »Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen daher durch kräftige Lohn- und Gehaltserhöhungen am wachsenden Wohlstand beteiligt werden«, fordert der Präsident der AK Oberösterreich, Johann Kalliauer. W. L.



Delegierte am IBFG-Kongress 1955 in Wien

Gemeinsam weltweit stärker

180 Millionen Mitglieder unter einem Dach

Die beiden größten internationalen Gewerkschaftsverbände, der Internationale Bund freier Gewerkschaften (IBFG) und der Weltverband der ArbeitnehmerInnen (WVA), verschmelzen am 1. November in Wien zum Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB).

Fünf Tage lang, vom 30. Oktober bis 3. November, blicken ArbeitnehmerInnen aus aller Welt mit Spannung nach Wien, wenn WVA und IBFG sich zunächst formal auflösen und schließlich eine neue internationale Gewerkschaftsorganisation begründen werden. Rund 180 Millionen Mitglieder wird der neue Internationale Gewerkschaftsbund umfassen.

In Zeiten wie diesen ...

Für die MitarbeiterInnen im Organisationssteam bedeutet die Betreuung der rund 1500 Delegierten eine große Herausforderung. Menschen aus rund 160 Ländern weltweit werden in Wien erwartet und insgesamt drei Kongresse müssen reibungslos abgewickelt werden. »Dass dieser bedeutende Kongress in Wien stattfindet

und vom ÖGB organisiert wird, bedeutet in Zeiten wie diesen auch viel Motivation für uns«, meint Tanja Buzek vom Referat für internationale Verbindungen im ÖGB. »Im Verlauf der Vorbereitungen hatten wir mit GewerkschafterInnen aus Ländern zu tun, in denen Gewerkschaftsrechte unterdrückt und GewerkschafterInnen massiv bedroht werden. Manchmal geht es tatsächlich um Leben und Tod. Dagegen er-

scheinen so manche aktuellen Probleme in einem ganz anderen Licht.« Mit dem Zusammenschluss geht eine langjährige Forderung des ÖGB in Erfüllung. »Der neue Dachverband ermöglicht den Gewerkschaften weltweit – mit einer gemeinsamen Stimme – für internationale Solidarität zu sprechen«, sagt Karl-Heinz Nachtnebel, Leiter des Internationalen Referats des ÖGB.

Weltgewerkschaftsbund

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs sahen viele die Chance gekommen, über nationale und ideologische Grenzen hinweg einen einheitlichen Gewerkschaftsverband zu gründen. Schließlich scheiterte dieser 1945 gegründete Weltgewerkschaftsbund (WGB) als einheitliche Vertretung aller Gewerkschaften an der wachsenden Kluft zwischen Ost und West.

Bis heute ist der WGB die dritte große Gewerkschaftsvereinigung, in der vor allem linke, kommunistische und unabhängige Gewerkschaften organisiert sind. Am Vereinigungsprozess von IGB und WVA nimmt der WGB nicht teil.

IBFG

1949 wurde schließlich der IBFG gegründet. 67 Organisationen beteiligten sich am Gründungskongress. Inzwischen ist die Organisation auf 241 Mitgliedsorganisationen angewachsen. Das anlässlich seiner Gründung einst verabschiedete »Gründungsmanifest« schrieb Ziele fest, für deren Umsetzung auch der neue Dachverband kämpfen muss: gerechte Löhne, soziale Sicherheit, bessere Arbeitsbedingungen, unbeschränkte Gewerkschaftsrechte, Frieden, Abrüstung und nicht zuletzt international gültige Arbeitsstandards.

Der ÖGB ist seit 1949 Mitglied des IBFG. Tanja Buzek erzählt: »Nur die wenigsten werden sich noch erinnern, aber bereits der vierte IBFG-Weltkongress fand in Wien statt – im Mai 1955, nur wenige Tage nach Unterzeichnung des Staatsvertrages.«

WVA

Als Vereinigung der christlichen ArbeitnehmerInnen wurde 1929 der Internati-

onale Bund Christlicher Gewerkschafter gegründet und 1968 in Weltverband der ArbeitnehmerInnen umbenannt. Der WVA hat 144 Mitgliedsorganisationen. Eine davon ist die Fraktion Christlicher GewerkschafterInnen im ÖGB.

Zu den Grundprinzipien des WVA gehören unter anderem: Ablehnung von Imperialismus und Kolonialismus, Vereinigungs-, Aktions- und Meinungsfreiheit für ArbeitnehmerInnen, Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Frieden. Neben dem IBFG ist der WVA der zweite große Akteur für eine weltweite Gewerkschaftspolitik.

Fast 60 Jahre sollte es nach dem Scheitern des Weltgewerkschaftsbundes dauern, bis 2004 am 18. Kongress des IBFG in Japan der offizielle Entschluss zur Gründung des Internationalen Gewerkschaftsbundes 2006 gefasst wurde.

Und noch ein interessantes Detail am Rande: Nach der Auflösung von IBFG und WVA am 31. Oktober bleiben die etwa 400 Mitgliedsorganisationen bis zur Neugründung eine Nacht lang ohne Dachverband. *Lucia Bauer*

Fachbuchhandlung
für Arbeit und Recht



**So kommen Sie
zu Ihrem Recht**
Umfangreiches Sortiment
und bester Service

- Vertrieb der Publikationen des ÖGB-Verlags
- Umfangreiches Buchsortiment zum Thema Arbeit und Recht
- Besorgungsgeschäft
- Außendienst-Kundenbetreuung

Unser thematischer Fokus
ArbeitnehmerInnen-interessens-
orientierte Fachliteratur

- Arbeitsrecht
- Sozialrecht
- Konsumentenschutz
- Geschichte – Österreich
- Politik
- Soziologie
- Wirtschaft
 - Globalisierung
 - Management
 - Büroorganisation
 - Berufsalltag



Unsere Öffnungszeiten:
Mo-Do 9-18 Uhr, Fr 9-15 Uhr

ÖGB VERLAG



**Mythos Rotes Antiquariat
aus Berlin**

... denn das Linke liegt so nah

Man muss nicht mehr nach Berlin reisen. Zumindest nicht, um die legendären Werke des Roten Antiquariats zu erwerben.

Gesammelte Werke und Prunkausgaben aus dem „Roten Antiquariat“ – die Standardwerke der Arbeiterbewegung, Marx, Engels & Co wurden vom Team der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags nach Wien geholt. Soeben ist eine neue Lieferung von 2.000 Exemplaren eingetroffen.

Schauen Sie einfach in der Wipplingerstraße 37 vorbei!

GARANTIERT GUT INFORMIERT
www.oegbverlag.at

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH

Buch-Media-Service
Wipplingerstraße 37, A-1010 Wien

Telefon: 01/534 44/132, Fax: 01/534 44/136
E-Mail: buchmedia@oegbverlag.at

Kommentar

Ortrun Gauper

Politische Sekretärin des
Vorsitzenden der GPA



Fairer Handel mit China

Eine Strategie mit Zukunft?

Die Diskussion über Strafzölle auf Schuhimporte aus China und Vietnam schlägt neue Wellen. Dieses Thema spaltet Europa, denn während der Süden dies als gerechtfertigte wirtschaftspolitische Maßnahme sieht, ist es ein Tabubruch für freihandelorientierte Länder wie Großbritannien, die Niederlande oder Deutschland.

Die Debatte zeigt aber nur eines deutlich auf: die wirtschaftliche Auseinandersetzung Europa gegen Asien spitzt sich zu.

Asien kontra Europa, ist das ein Nullsummenspiel? Wird China in 10 bis 15 Jahren Europa und die USA als big player in der Wirtschaft ablösen? Was können wir dagegen tun?

Sehen wir uns Chinas Weg in die Marktwirtschaft etwas näher an, dann wird klar, dass China den asiatischen Kapitalismus als Weg gewählt hat. Dieser Weg war deshalb so erfolgreich, weil es nicht dem neoliberalen Ideal der radikalen Liberalisierung aufsaß, wie Internationaler Währungsfonds und Weltbank propagieren.

Bis heute folgt China einem zweigleisigen Wirtschaftsmodell: hohe Investitionen, schrittweise Marktöffnungen, eine strategische Industriepolitik (auch durch staatliche Eingriffe), einen regulierten Kapitalverkehr mit dem Ausland und eine späte Privatisierung der Staatsunternehmen.

Dadurch unterscheidet sich der chinesische Weg in die Marktwirtschaft fundamental von der neoliberalen Schocktherapie mancher mittel- und osteuropäischer Länder. Während in diesen Ländern das Bruttoinlandsprodukt ein Jahrzehnt nach der politischen Wende auf rund 50 Prozent des Niveaus der Planwirtschaft geschrumpft war, bewältigte China den Übergang mit hohen Wachstumsraten (8 bis 10 Prozent). So konnte China von 1990 bis 2000 die Armut im Lande um 9,4 Prozent pro Jahr senken.

Unter der Armutsgrenze

Trotz aller Wirtschaftserfolge leben aber noch etwa 16,6 Prozent der chinesischen Bevölkerung unterhalb der international anerkannten Armutsgrenze von einem US Dollar pro Tag. Das Problem Chinas ist das Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land. Jedes Jahr müssen zehn Millionen neue Arbeitsuchende auf dem Arbeitsmarkt untergebracht werden. Und

durch dauernde Migration bleibt in China der Druck auf den Arbeitsmarkt und die Löhne bestehen.

Die Wirtschaftswelt ist nervös geworden, seit China der Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 2001 beigetreten ist. Heute ist China nach den USA und Deutschland auf Rang drei der wichtigsten Welthandelsnationen.

Aber: Der Außenhandelsanteil Europas und Österreichs mit China ist nicht größer als mit der Schweiz. Das Problem ist nur die Angst vor dem schnellen Wachstum Chinas und seiner Bevölkerungsgröße.

Erhebliche Probleme schafft Chinas Marktmacht vielen Entwicklungsländern, die auf den Export von Textilien und Bekleidung angewiesen sind. Viele kleinere Konkurrenten werden durch die Kosten- und Größenvorteile Chinas vom Markt gefegt. Größtes Problem dabei: in vielen chinesischen Produktionen gibt es Verletzungen von Menschen- und Arbeitnehmerrechten. Von freien Gewerkschaften kann in China nicht die Rede sein.

Sonderwirtschaftszonen

Der All-Chinesische Gewerkschaftsbund (ACGB) ist eine Vorfeldorganisation der kommunistischen Partei. Gewerkschafts-, Partei- und Managementfunktionen sind oft miteinander verwoben. Der ACGB akzeptiert »Sonderwirtschaftszonen«, bei denen ArbeitnehmerInnen – überwiegend Frauen – zu billigsten Löhnen und schlechtesten Arbeitsbedingungen beschäftigt sind. Die Folge: In den letzten zwei Jahren haben Tausende Textilfabriken weltweit zugemacht und Hunderttausende Menschen ihre Arbeitsplätze und Verdienstmöglichkeiten verloren. Viele Entwicklungsländer überlegen nun das Einführen von Sonderwirtschaftszonen, um gegenüber ausländischen Investoren attraktiv zu bleiben.

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IBFG) fordert deshalb die WTO dazu auf, Schutzmaßnahmen von betroffenen Ländern zuzulassen – dies vor allem für betroffene Entwicklungsländer. Die USA überlegt in diesem Sinne nie lange – sobald ein Wirtschaftssektor unter starkem Anpassungsdruck vom globalen Wett-

bewerb kommt, werden die »Schotten dichtgemacht« – und zwar mit Strafzöllen, welche die heimische Industrie schützen.

Verletzung von Arbeitnehmerrechten

Auch die Europäische Union setzt Taten gegen den Widerstand von Schuhimporteuren und Einzelhändlern, wenn der Wettbewerb zu unfairen Bedingungen verzerrt wird. Und auch Proteste, dass die höheren Kosten auf den Verbraucher abgewälzt werden, helfen da nichts. Dasselbe soll für Produkte gelten, die aufgrund der Verletzung von Arbeitnehmerrechten, Sozial- und Umweltstandards hergestellt werden. Denn dies stellt für China einen ökonomischen Vorteil dar. Meinen Überlegungen nach könnte ein fairer Handel mit China so ausgestaltet sein.

Wir benötigen:

- Einen Wettbewerb auf gleicher Augenhöhe, das heißt ohne sozial-ökologisches Dumping.
- Die international anerkannten ILO-Kernarbeitsnormen und Mindestum-

weltstandards sind in das Welthandelsystem zu verankern. Dies ist vor allem deshalb wichtig, um eine ressourcenintensive Industrialisierung Chinas zu vermeiden.

■ Die Europäische Union muss eine führende Rolle übernehmen, damit Folgendes geändert wird. Die WTO darf nicht nur ausschließlich die Marköffnung, das heißt das Freihandelsziel verfolgen.

Ökonomen befürchten, dass der Schuhstreit eine Belastungsprobe der EU in ihren Handelsbeziehungen mit China ist. Ich glaube, dass es an der Zeit ist, dass die Europäische Union ihre politische Rolle wahrnimmt und für eine soziale Marktwirtschaft in der WTO sorgt.

Tut sie das nicht, dann wird China mit Dumpingpreisen und einer Politik mit Sonderwirtschaftszonen Europa und die USA in ihrer Wirtschaftsgröße überholen. Das können wir mit Niedriglöhnen und längeren Arbeitszeiten dann nicht mehr aufhalten.



Konsumerhebung 2004/2005

Verbraucherpreisindex 2005 = 100

Mit Ablauf des Jahres 2005 wurden zwei wichtige statistische Basisdatenkörper einer Revision unterzogen. Die Bedeutung der Revisions-Ergebnisse kann für die KonsumentenInnen gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Zum einen veranschaulichen sie in hohem Maße die eigene Position etwa bezüglich Einkommen, Haushaltsausstattung, Haushaltsausgaben usw. Darüber hinaus ist mit den Ergebnissen vielfach die eigene unmittelbare Betroffenheit verbunden: Bei Mietverträgen etwa infolge der Gebundenheit von Mietzinszahlungen an den Verbraucherpreisindex (VPI).

Entscheidungskriterien

Zum anderen aber stellen Informationen aus der KE und des VPI wichtige wirtschaftspolitische Entscheidungskriterien dar. Für öffentliche Entscheidungsträger und WirtschaftsforscherInnen, Interessenvertretungen sind Daten aus der Konsumentenerhebung (KE) und des VPI unentbehrliche Entscheidungs- und Argumentationsgrundlagen. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI = europäischer VPI) und die daraus abgeleitete Inflationsrate ist ein wichtiger makroökonomischer Parameter. Er gehört für die Europäische Zentralbank zu den Bewertungskriterien zur Geldmengensteuerung. Seit Mitte 2006 liegen nun die wichtigsten Ergebnisse der KE und der VPI-Revision in ihrer endgültigen Version vor, und sie sollen im Folgenden detailliert dargestellt werden.

Seit der letzten KE (1999/2000) wird die Erhebung in fünfjährigen Intervallen durchgeführt. Eine derzeit geltende EU-Norm verpflichtet die Mitgliedstaaten zu einer fünfjährigen Revision des Warenkorbes der Konsumausgaben. Der daraus resultierende neue Warenkorb bildet dann die Basis für die Berechnung des VPI und des HVPI. Daraus lässt sich bereits eine wichtige Verwendung der Ergebnisse der KE ableiten: Sie ist Grundlage für die Festlegung des VPI/HVPI-Warenkorbes. Viele KE-Ergebnisse liegen in unterschiedlichsten Dimensionen vor. So sind die Haushaltsausgaben unter anderen sowohl regi-



bilderbox

Auch die Pizzapreise werden erhoben

onal als auch nach sozioökonomischen Gesichtspunkten gegliedert (z. B. Anzahl der PensionistInnenhaushalte, Anzahl der Haushalte mit zwei Kindern, Anzahl der Haushalte geschichtet nach Einkommenshöhen usw.). Man kann sich leicht vorstellen, dass aus einem so mächtigen Datenkörper ein relativ umfangreiches Analysepotenzial erwächst. Mit geeigneten Rechenverfahren lassen sich die Daten verknüpfen und daraus diverse Aussagen ableiten.

Durchschnittliche Inflationsbelastung

Als Beispiel sei hier nur die Berechnung der durchschnittlichen Inflationsbelastung eines PensionistInnenhaushalts, eines Mehrkinderhaushalts oder eines

Haushalts mit einer speziellen Einkommenshöhe angeführt. Neben den Haushaltsausgaben wurden auch noch diverse Ausstattungsmerkmale erhoben. Ein interessantes Ergebnis ist zum Beispiel, dass 41 Prozent der Haushalte über einen Internetzugang verfügen; das ist mit 16 Prozent vor fünf Jahren mehr als doppelt so viel. Vor fünf Jahren telefonierten zwei Drittel der österreichischen Haushalte mobil – 2004/2005 bereits 80 Prozent der Haushalte. Und noch einige weitere interessante Ergebnisse zur

76 Prozent aller Haushalte besitzen ein Auto, in ländlichen Gebieten sogar 83 Prozent. Etwa ein Viertel der Haushalte besitzt kein Auto. Zweitwägen besitzen etwa 26 Prozent der Haushalte – diese Ergebnisse unterscheiden sich nicht

Konsumerhebung 2004/2005

1

Zeitvergleich der Haushaltsausgaben – Konsumerhebungen 1999/2000 und 2004/2005

Ausgabengruppen	Konsumerhebung 1999/2000		Konsumerhebung 2004/05		Veränderung in %
	Haushaltsausgaben				
	in Euro	in %	in Euro	in %	
Anzahl der Erhebungsunterlagen	7.098		8.400		
Anzahl der Haushalte hochgerechnet (in 1.000)	3.241,30		3.490,00		
Haushaltsausgaben insgesamt	2.440	100,0	2.540	100,0	4,3
Ernährung, Alkoholfreie Getränke	323	13,2	326	12,8	1,1
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	66	2,7	71	2,8	7,3
Bekleidung, Schuhe	160	6,6	141	5,5	-12,2
Wohnen, Energie	572	23,5	574	22,6	0,3
Wohnungsausstattung	173	7,1	157	6,2	-9,0
Gesundheit	58	2,4	79	3,1	37,6
Verkehr	366	15,0	409	16,1	11,9
Kommunikation	65	2,7	67	2,6	3,0
Freizeit, Sport, Hobby	300	12,3	322	12,7	7,2
Bildung	6	0,3	14	0,6	122,1
Café, Restaurant, Hotel	135	5,6	144	5,7	6,3
Sonstiges	207	8,5	238	9,4	15,3

Quelle: Statistik Austria

sehr wesentlich von jenen der KE 1999/2000.

Etwas verwunderlich mutet das KE-Ergebnis bezüglich der Ausstattung mit Fahrrädern an: 1999/2000 besaßen noch 72 Prozent aller Haushalte eines, 2004/2005 waren es 68 Prozent. Spitzenreiter ist Vorarlberg (82 Prozent), Schlusslicht Wien mit 50 Prozent aller Haushalte, die ein Fahrrad besitzen.

Die mit Abstand wichtigsten Ergebnisse betreffen die Ausgabenprofile der Haushalte. Eine Gliederung nach Ausgabenkategorien findet sich in Tabelle 1, gleichzeitig bietet sie auch einen Vergleich mit den Daten der KE 1999/2000 (siehe **Tabelle 1: »Konsumentenerhebung 2004/2005«**).

Durchschnittliche monatliche Ausgaben

Tabelle 1 ist zu entnehmen, dass der Stichprobenumfang der KE 04/05 8400 Haushalte betrug. Zwei Wochen lang haben diese Haushalte ihre Ausgaben in ein Haushaltsbuch eingetragen. Die Erhe-

bung fand von September 2004 bis September 2005 statt. Somit schließen die Aufzeichnungen auch Ausgaben für besondere Anlässe mit ein (z. B. Weihnachten). **Die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben eines Haushalts betragen € 2540,-.**

Die mit Abstand größten Ausgabenpositionen sind die des Wohnens und der Energie. Beinahe ein Viertel der Gesamtausgaben entfallen auf diese Positionen (22,6 Prozent). Die Verkehrsausgaben schlagen immerhin noch mit 16 Prozent der Gesamtausgaben zu Buche. Am wenigsten geben die österreichischen Haushalte für Bildung aus, nämlich nur 0,6 Prozent der Gesamtausgaben. Zieht man noch einen Vergleich der KE 99/00 mit der KE 04/05, so zeigt sich, dass die Ausgaben für Bildung gegenüber der KE 99/00 um 122,1 Prozent gestiegen sind. Dieser große Anstieg geht überwiegend auf die Einführung der Studiengebühr zurück.

Die Ausgaben für Gesundheit sind mit 37,6 Prozent am zweitstärksten gestiegen. Die Gründe dafür liegen einerseits in der tendenziellen Verteuerung der

Gesundheitsleistungen (Medikamente, Rezeptgebühren, Honorare usw.) als auch bei Mehrausgaben, die wohl auf ein gesteigertes Gesundheitsbewusstsein zurückzuführen sind. Ein zusätzlicher interessanter Aspekt ist folgender: Berücksichtigt man die allgemeine Preissteigerung von 2000 bis 2005 (+10,6 Prozent), so ergibt sich gegenüber den Ausgaben des Jahres 2000 ein Rückgang der realen Haushaltsausgaben um 5,8 Prozent. Andererseits haben im selben Zeitraum die realen Äquivalenzausgaben (vergleichbar mit »Pro-Kopf-Ausgaben«) um 9 Prozent zugenommen.

Verbraucherpreisindex 2005 = 100

Wie bereits erwähnt, steht die Revision des Warenkorb des VPI in enger Beziehung zur Konsumentenerhebung. Aus der Ausgabenstruktur der KE lässt sich in weiterer Folge ein für den Durchschnittskonsumenten typischer Warenkorb ableiten. Aber nicht nur die Konsumerhebung, sondern auch Zusatzinformationen aus verschiedenen Bereichen

fließen in die Warenkorbspezifikation ein. Zu nennen sind Marktforschungsdaten, Daten aus den periodisch stattfindenden Konjunkturerhebungen der Statistik Austria, den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Umsatzprofile großer Einzelhandelsunternehmen, Experten der Fachwelt, der Arbeitsgruppe VPI usw. Die jeweiligen Ausgaben-Positionsgewichte ergeben sich ebenfalls aus den oben genannten Quellen.

Warenkorb

Der Warenkorb des VPI 2005 umfasst 770, die monatlich erhobenen Preise umfassen 39.200 Positionen. Die Preiserhebungen finden in 20 Städten und 4200 Geschäften statt. Aufgrund der monatlich stattfindenden Preiserhebung lassen sich so genannte **Messzahlen (Indexzahlen)** ableiten. Im Jahr 2005 – dem Basisjahr – beginnt man mit der Messzahl 100 (daher auch VPI 2005 = 100). Das heißt, die Preisniveaus aller Warenkorbpositionen werden zu Beginn der Berechnungsperiode (Durchschnitt des Jahres 2005) mit 100 fixiert und dann Jahr für Jahr (Monat für Monat) unter Berücksichtigung der Positionsgewichtung zu einer Messzahl verdichtet. Ein Beispiel: Steigt das allgemeine Preisniveau des Jahres 2005 auf 2006 um 2,3 Prozent, so beträgt die Messzahl für das Jahr 2006 102,3 (Verbraucherpreisindex 2005 = 100 für das Jahr 2006). Die durchschnittliche jährliche Inflationsrate für das Jahr 2006 beträgt somit 2,3 Prozent. Die gleiche Rechnung lässt sich natürlich auch für monatliche Preisvergleiche anstellen. Bei den monatlich veröffentlichten Inflationsraten handelt es sich um durchschnittliche Preisveränderungen im Jahresabstand (**siehe Tabelle 2: »Verbraucherpreisindex 2005«**).

Gebrauchtwagen und Pizza

Tabelle 2 zeigt die VPI-Waren- und Dienstleistungspositionen, gegliedert nach den international üblichen 12 Verbrauchsgruppen. Die meisten der 770 Positionen versammeln sich unter dem Warencode Verkehr (141 Positionen): So zum Beispiel Pkw-Gebrauchtwagen, Pkw-Neuwagen, Mofa, Fahrrad, verschiedene Kraftstoffsorten, Winterreifen,

Verbraucherpreisindex (VPI) 2005

2

Waren und Dienstleistungen	Gewicht in %	Anzahl der Einzelpositionen
Gesamtverbrauchsausgaben	100	770
Ernährung, Alkoholfreie Getränke	12,2	129
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	2,9	10
Bekleidung, Schuhe	5,5	66
Wohnen, Energie	17,9	49
Wohnungsausstattung	8,4	75
Gesundheit	4,6	33
Verkehr	15,1	141
Kommunikation	2,7	12
Freizeit, Sport, Hobby	12,4	117
Bildung	1,1	13
Café, Restaurant, Hotel	7,3	47
Sonstiges	9,9	78

Quelle: Statistik Austria

Scheibenwischer, Autoapotheke, Bahnkarte für Erwachsene, Bahnkarte für Kinder, Taxifahrt, motorbezogene Versicherungssteuer, Kfz-Mechanikerstunde, Flugticket, Parkgaragekosten usw.

Der Nahrungsmittelbereich umfasst 129 Positionen. Auch hier ist wiederum eine sehr detaillierte Liste von Produkten vorzufinden: z. B. Pizza, Butterkekse, Selchfleisch, Thunfisch, Vollmilch, Gouda, Kiwi, Karfiol, Eistee, Bienenhonig, Zwiebeln, Reis usw. All diese Aufzählungen sind ein kleiner Ausschnitt aus dem Konsummuster eines durchschnittlichen österreichischen Haushalts.

Basis für Lohnverhandlungen

Es wurde bereits festgestellt, dass der VPI eine Maßzahl ist, die unter anderem zur Wertsicherung von Mietzahlungen und als Basis für Lohnverhandlungen dient. Der HVPI hingegen dient überwiegend zur Bewertung der Geldwertstabilität und als Inflationsvergleichsmaßstab innerhalb der EU-Mitgliedstaaten. Die Datengrundlage ist für beide Indizes dieselbe. Kleine Unterschiede gibt es lediglich bei der Berechnung (HVPI ist Kettenindex, der VPI ist ein Index mit festem Basisjahr) und Abgrenzung einzelner Warenpositionen (HVPI: z. B. keine Glücksspiele, Nettokonzert bei den

Versicherungen, Touristenkonsum enthalten ...).

Abschließend noch einige Worte zur Qualität des VPI/HVPI.

Innerhalb der Fachwelt gilt der VPI/HVPI als robuster und qualitativ hochstehender Teuerungsmaßstab. Er ist der am meisten verwendete ökonomische Parameter. Um die Qualität des VPI/HVPI sicherzustellen, finden permanente Evaluierungen statt. Diese betreffen sowohl die Zusammensetzung der Produktpalette (Warenkorb) als auch deren Gewichtung. Zu diesem Zweck wurde ein Beratungsgremium installiert, in dem Vertreter aus den Erhebungsgemeinden, den Interessenvertretungen, der OeNB, der Wirtschaftsforschung und den Ministerien beratend wirken.

Regelmäßig erscheinende Qualitätsberichte dokumentieren u. a. Mängel und Verbesserungen. Der Index ist somit ein sehr dynamisches Produkt, das sich dem Messobjekt (Konsumverhalten, Preise der Waren und Dienstleistungen) im Zeitablauf stets anpassen muss. Das heißt, dass dem VPI letztlich ein hoher Grad an Aktualitätsbezug zukommt, und dies ist ein besonderes Qualitätsmerkmal einer Teuerungsmaßzahl.

*Reinhold Russinger
Mitarbeiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaften und Statistik, AK Wien*

Statistiken sind Argumente

	Verbraucherpreisindex Veränderungen in Prozenten gegenüber dem Vorjahresmonat			
	Nationale VPI		Harmonisierte VPI	
	Juli 06	Aug. 06	Juli 06	Aug. 06
Belgien	1,6	1,6	2,4	2,4
Deutschland	1,9	1,7	2,1	1,8
Finnland	1,9	1,9	1,4	1,3
Frankreich	1,9	1,9	2,2	2,1
Griechenland	3,8	3,5	3,9	3,4
Irland	4,2	4,5	2,9	3,2
Italien	2,2	2,2	2,3	2,3
Luxemburg	2,9	2,8	3,4	3,1
Niederlande	1,3	1,4	1,8	1,9
Österreich	1,5	1,8	2,0	2,1
Portugal	2,8	2,7	2,2	2,0
Spanien	4,0	3,7	4,0	3,8
VPI-EWU	—	—	2,4	2,3
Dänemark	2,0	2,0	2,0	1,9
Estland	4,5	5,0	4,5	5,0
Lettland	6,9	6,8	6,9	6,8
Litauen	4,4	4,2	4,4	4,3
Malta	3,6	3,0
Polen	1,4	1,7
Schweden	1,7	1,6	1,8	1,6
Slowak. Rep.	5,0	5,1	5,0	5,0
Slowenien	1,9	3,2	1,9	3,1
Tschech. Rep.	2,9	3,1	2,4	2,6
Ungarn	3,0	3,5	3,2	4,7
UK 2,4	2,5	2,4	2,5	—
Zypern	3,2	3,1	2,8	2,7
EU 25	—	—	2,4	2,3
Island	8,4	8,6	6,3	7,1
Norwegen	2,2	1,9	2,3	2,1
VPI-EWR	—	—	2,4	2,3
Schweiz	1,4	1,5	—	—
USA	4,1	...	—	—

Der Arbeitsmarkt im August 2006				
	Stand Aug. 06	Veränderung zum Vormonat	Vorjahresmonat	
Unselbständige Beschäftigung	3.365.902	-14.511	58.241	
ohne KUG/Präsenzieller	3.246.830	-12.231	59.698	
Arbeiter	1.365.465	-7.087	23.507	
Angestellte u. Beamte	2.000.437	-7.424	34.734	
Männer	1.826.061	-4.579	31.070	
Frauen	1.539.841	-9.932	27.171	
Ausländer	408.631	288	18.128	
Inländer	2.957.271	-14.799	40.113	
Vorgemerkte Arbeitslose	200.802	4.103	-18.475	
Männer	100.681	435	-11.094	
Frauen	100.121	3.668	-7.381	
Ausländer	31.035	1.312	-3.722	
Inländer	169.767	2.791	-14.753	
Jugendliche (bis unter 19)	9.188	546	-1.142	
Jugendliche (19 bis unter 25)	25.023	1.085	-3.157	
Ältere (50 bis unter 55)	18.455	-73	-1.064	
Ältere (55 bis unter 60)	15.205	-214	-857	
Ältere (über 60)	3.601	-111	-683	
Arbeitslosenquote	5,6	0,1	-0,6	
Offene Stellen	37.042	-451	8.293	
Lehrstellensuchende	10.023	-619	-893	
Offene Lehrstellen	4.671	539	1.489	
Geringfügige Beschäftigung *)	229.819	-5.476	4.909	
Männer	67.974	-2.613	2.188	
Frauen	161.845	-2.863	2.721	
Arbeiter	132.650	-2.122	2.220	
Angestellte	97.169	-3.354	2.689	

*) nicht in der unselbständigen Beschäftigung enthalten

Die monatlichen Übersichten über die Beschäftigungslage und die Kaufkraft sollen die Orientierung erleichtern. Die Tabellen sind wichtige Informationen für Interessenvertreter und jeden politisch Interessierten.

Datenquellen: Statistik Austria/EUROSTAT, laufender Monat;
Anmerkung: Der Harmonisierte VPI ist der zentrale Indikator für die Währungs politik der EZB. Er stellt auch die beste statistische Basis für internationale Vergleiche unter europäischem Gesichtspunkt dar.
 ... = Bei Redaktionschluss keine Werte bzw. für Luxemburg zum Teil nur mehr HVP-Werte verfügbar.
 EWU = Europäische Währungsunion; EWR = Europäischer Wirtschaftsraum

Eine rechtliche und ökonomische Sackgasse

EU-Dienstleistungsliberalisierung: Von der »Frankenstein-Entwurf« genannten ursprünglichen Richtlinie des Frits Bolkestein bis zum typischen Kompromiss, der jetzt in zweiter Lesung ins Europäische Parlament kommt. Die Autoren sehen in dem umstrittenen Rechtsakt große juristische Fragezeichen.

AutorInnen:

Werner Raza, Experte der Abteilung EU und Internationales der AK Wien
Alice Wagner, Expertin der Abteilung EU und Internationales der AK Wien

Die Dienstleistungsrichtlinie – jener derzeit wohl umstrittenste Rechtsakt der Europäischen Gemeinschaft – dürfte noch dieses Jahr beschlossene Sache sein. Zugegebenermaßen hat die ursprünglich von Frits Bolkestein vorgelegte und zum »Frankenstein-Entwurf« proklamierte Richtlinie durch die Überarbeitung, welche vor allem auf das Europäische Parlament zurückzuführen ist, erheblich an Schärfe verloren. Die nun vorliegende Fassung der Dienstleistungsrichtlinie ist ein typischer europäischer Kompromiss, der weder aus rechtlicher noch aus ökonomischer Betrachtungsweise zu überzeugen vermag.

Für manche BeobachterInnen überraschend und in dieser Qualität neu war die Vehemenz der politischen Auseinandersetzung. Der wirtschaftspolitische Mainstream in der EU war sichtlich irritiert, dass die theoretische Grundüberzeugung, wonach der Abbau von Marktzugangshemmnissen zu mehr Handel und damit Wettbewerb führe, was wie-

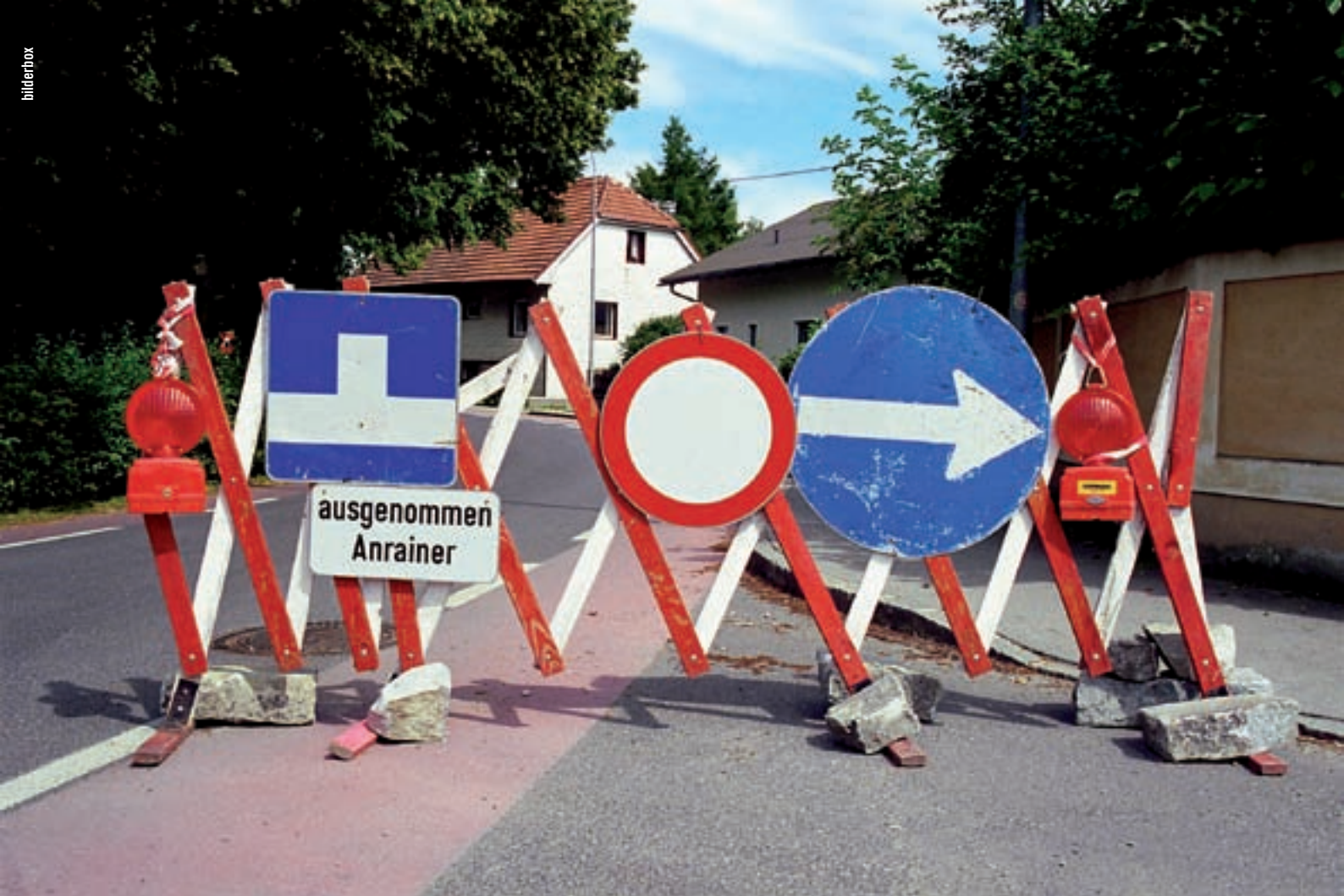
derum über Preissenkungen und Innovation sich in einem Mehr an Wachstum und Beschäftigung niederschlägt, so massiv angezweifelt werden konnte. **Die Einwände von Gewerkschaften und anderen, wonach der zu erwartende Deregulierungswettbewerb nicht die erhofften Wachstums- und Beschäftigungseffekte zeitigen würde, sondern zu einem Absinken der Löhne und einer Erosion von Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards führen würde, wurden als irrationale Ängste abgetan.**

Großes juristisches Fragezeichen

Der Entfall des viel kritisierten Herkunftslandprinzips wurde als großer Erfolg und Zugeständnis an die KritikerInnen der Richtlinie verkauft. Aber ist es das wirklich? Aus einer ersten oberflächlichen Betrachtungsweise wäre dies wohl zu bejahen. Das Herkunftslandprinzip in seiner ursprünglichen Ausgestaltung hätte geheißen, dass Erbringer von Dienstleistungen – mit einigen Ausnahmen – lediglich dem Recht ihres Herkunftslandes unterlegen wären und dass auch nur die Behörden des jeweiligen Herkunftsmitgliedstaats Kontrollen durchführen und Sanktionen verhängen hätten dürfen. Vor allem der Druck der ArbeitnehmervertreterInnen hatte dazu geführt, dass sich das Europäische Parla-

ment – und in der Folge auch Europäische Kommission und Rat – vom radikalen Herkunftslandprinzip abgewandt haben.

Rechtlich bedeutet das »neue« unter dem Titel »freier Dienstleistungsverkehr« firmierende Grundprinzip eine Fortschreibung der bereits heute vorhandenen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes. Es sieht vor, dass die Mitgliedstaaten Erbringern von Dienstleistungen im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr nur solche Beschränkungen auferlegen dürfen, welche nicht-diskriminierend, erforderlich und verhältnismäßig sind. Alle anderen Beschränkungen müssen aufgehoben werden. Das neue Regime ist also grundsätzlich kein Systembruch im Vergleich zum heutigen. Es stellt aber dennoch eine erhebliche Radikalisierung dar, weil in Zukunft nur mehr Beschränkungen aus Gründen der öffentlichen Ordnung, öffentlichen Sicherheit, öffentlichen Gesundheit und zum Schutz der Umwelt geltend gemacht werden dürfen. Im Unterschied dazu anerkennt der Gerichtshof in seiner bisherigen Rechtsprechung in etwa 30 verschiedene Rechtfertigungsgründe: Einerseits jene bereits im europäischen Primärrecht enthaltenen Rechtfertigungsgründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit (Art 55 iVm 49 EGV), andererseits jene in ständiger Rechtsprechung vom Gerichtshof



Der »Frankenstein-Entwurf« des Frits Bolkestein: Die Einwände von Gewerkschaften und anderen, wonach der zu erwartende Deregulierungswettbewerb nicht die erhofften Wachstums- und Beschäftigungseffekte zeitigen würde, sondern zu einem Absinken der Löhne und einer Erosion von Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards führen würde, wurden als irrationale Ängste abgetan.

darüber hinaus entwickelten Gründe wie Verbraucherschutz, Sozialpolitik, Schutz der ArbeitnehmerInnen oder Schutz der DienstleistungsempfängerInnen.

Kritisch sehen

Das neue Prinzip ist umso kritischer zu sehen, als der Gerichtshof in seiner bisherigen ständigen Rechtsprechung entschieden hat, dass die im Primärrecht enthaltenen Beschränkungen »öffentliche Ordnung und Sicherheit« eng auszulegen sind. Der Gerichtshof hat erstmals in der Rechtssache »van Binsbergen« für die Dienstleistungsfreiheit anerkannt, dass neben jenen ausdrücklich im Primärrecht anerkannten Gründen »öffentliche Ordnung, Sicherheit und Gesundheit« auch andere verhältnismäßige Gründe des Allgemeininteresses zur Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit anzuerkennen sind. Zudem erachtet der Gerichtshof den bisher anerkannten Katalog an Rechtfertigungsgründen als nicht ab-

schließend. Es steht den Mitgliedstaaten also frei, in Verfahren andere als die bisher anerkannten Gründe des Allgemeininteresses vorzubringen. Somit konnten in der Vergangenheit mit der Ausnahme von protektionistischen wirtschaftlichen Zielen beliebige Allgemeinwohlbelange verfolgt werden, wengleich mit der Beschränkung, dass nationale Maßnahmen dem Gebot der Verhältnismäßigkeit zu entsprechen hatten.

Willkür?

Die vorgenommene Einschränkung von in etwa 30 vom Europäischen Gerichtshof anerkannten Rechtfertigungsgründen auf lediglich vier erscheint willkürlich. Etwa ist es in keiner Weise nachvollziehbar, warum nach Inkrafttreten der Dienstleistungsfreiheit zahlreiche Rechtfertigungsgründe nur für die »anderen Grundfreiheiten« Warenverkehrs-, Arbeitnehmer- und Niederlassungsfreiheit anerkannt werden, nicht mehr jedoch für

die Dienstleistungsfreiheit. Als Argument für die neue Regelung wird immer wieder angeführt, dass zum Beispiel unter dem Deckmantel des Konsumentenschutzes oft protektionistische Ziele verfolgt würden. Dieses Argument ist vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs nicht richtig. Denn schon in der Vergangenheit hat der Gerichtshof Vorschriften der Mitgliedstaaten, die mit Verbraucherschutzgründen argumentiert wurden, auf ihre Proportionalität (Notwendigkeit, gelindestes Mittel) überprüft – ein ohnehin bereits strenger Maßstab.

Zu diesen grundsätzlichen Kritikpunkten kommt für Österreich hinzu, dass trotz der mehr als zweijährigen Verhandlungsdauer nach wie vor keine Rechtsfolgevaluierung zu dieser Frage vorliegt. Welche konkreten österreichischen Gesetze und Verordnung nach Inkrafttreten der Richtlinie abgeändert bzw aufgehoben werden, ist daher im Detail noch vollkommen unklar.

Grundsätzliche Frage

Aus wirtschaftspolitischer Sicht stellt sich die grundsätzliche Frage, ob die Öffnung der Dienstleistungsmärkte zu mehr Wachstum und Beschäftigung führt. Zweifel daran sind sowohl aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit dem Binnenmarkt als auch auf analytischer Ebene angebracht.

Liberalisierung = mehr Wachstum und Beschäftigung? Die Europäische Kommission hat im Zuge der Diskussion um die Dienstleistungsrichtlinie eine Reihe von **Studien** zur Abschätzung der wirtschaftlichen Effekte beauftragt. Die bekanntesten wurden vom **niederländischen Centraal Planbureau** und der **dänischen Forschungsgesellschaft Copenhagen Economics** erstellt. Eine Studie jüngerer Datums legte **das Europeaninstitut der WU Wien im Auftrag des BMWA** vor. Die Studien kommen zum Ergebnis, dass der zu erwartende – einmalige – Wachstumseffekt einer Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie unter einem Prozent liegen wird. Für das zusätzliche Beschäftigungswachstum wird ein mittlerer Wert von 600.000 Stellen für die EU-25 angegeben. Gewiss, 600.000 Arbeitslose weniger wäre wünschenswert, so sich die Prognose erfüllt. Aber nur zur Erinnerung: die offene Arbeitslosigkeit in der EU-25 liegt bei rund 18,5 Millionen Personen. Die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie würde die Zahl der Arbeitslosen im besten Fall also um rund 3,25 Prozent verringern. Angesichts dieser Zahlen fällt es schwer, die von der Europäischen Kommission, aber auch der österreichischen Regierung vorgebrachte Argumentation, wonach von der Durchsetzung der Dienstleistungsfreiheit in Europa ein entscheidender Impuls für Wachstum und Beschäftigung ausgehen würde, ernst zu nehmen.

Schlechte Wachstumsperformance

Die trotz Binnenmarkt und Währungsunion schlechte Wachstumsperformance der EU der letzten zehn Jahren gehört zu den mittlerweile auch von Mainstream-Ökonomen anerkannten wirtschaftlichen Rätseln der jüngeren Wirtschaftsgeschichte. Allen optimistischen Prognosen zum Trotz lässt sich ein direkter Effekt

des Binnenmarkts auf Wachstum und Beschäftigung nicht nachweisen. Woran liegt das? Es sei die These gewagt, dass dies maßgeblich mit der einseitigen theoretischen Konzeptualisierung des Binnenmarkts zu tun hat. Auf den entscheidenden Punkt hatte schon der Cecchini-Bericht im Jahr 1988 hingewiesen: »Macroeconomic policy has to be set on a coherent, growth-oriented strategy. The White Paper [Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarkts 1985, Anm. d. Verf.] represents a policy aimed at making the supply potential of the Community economy more flexible and competitive. The counterpart in terms of the demand side needs to be clearly agreed among policymakers and credibly communicated to business and public opinion.«¹⁾

Demgegenüber ging die Mehrzahl der ÖkonomInnen von einem angebotsseitigen Wirkungsmechanismus aus. Demzufolge führt der Abbau von Marktzugangsschranken zu einer Zunahme der Handelsflüsse. Ausweitung des Handels führt nun zum einen infolge des verbesserten Ausnützens von Größenvorteilen der Produktion und der internationalen Arbeitsteilung zu einem Wachstum der Produktivität.

Ohne Betrachtung der Nachfrageseite muss sich dies auch in einem Mehr an Output, Beschäftigung und Investitionen niederschlagen. Der zweite angenommene Wirkungskanal gesteigerter Handelsströme führt über die Zunahme des Wettbewerbs. Die Beseitigung von Marktein- bzw. austrittsbarrieren führt demnach zu mehr Wettbewerb zwischen den Unternehmen. Das schlägt sich in sinkenden Preisen und Gewinnspannen nieder. Gesunkene Preise erhöhen wiederum die Produktnachfrage und damit den Output.

Zum anderen reagieren die Unternehmen auf den gestiegenen Konkurrenzdruck durch technologische Innovation, um ihre Gewinnziele wieder realisieren zu können. Dies bedingt eine vermehrte Investitionstätigkeit.

1) Übersetzung: »Die makroökonomische Politik muss auf eine kohärente, wachstumsorientierte Strategie ausgerichtet werden. Das Weißbuch basiert auf einer Politik, welche darauf zielt, das Angebotspotenzial der Gemeinschaft flexibler und wettbewerbsfähiger zu machen. Über das Gegenstück auf der Nachfrageseite sollte es ein klares Einverständnis unter den wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern geben, das der Wirtschaft und der öffentlichen Meinung glaubwürdig kommuniziert wird.«

Angstsparen

Diese Analyse übersieht aber wesentliche makroökonomische Zusammenhänge. Erstens ist nicht zwangsläufig davon auszugehen, dass VerbraucherInnen den ihnen zufallenden Realeinkommenseffekt infolge Preissenkungen für zusätzlichen Konsum verausgaben. VerbraucherInnen sind in ihrer Mehrzahl auch ArbeitnehmerInnen. Als solchen ist ihnen der massive Beschäftigungsabbau in der verarbeitenden Industrie und den Infrastrukturdienstleistungen der 1990er Jahre nicht entgangen. Ganz zu schweigen von der Verunsicherung, welche von den wiederholten so genannten »Reformen« der sozialen Sicherungssysteme ausgegangen ist. Befürchten die Arbeitnehmer daher, in Zukunft von Arbeitslosigkeit oder stagnierenden Einkommen betroffen zu sein, werden sie das infolge Preissenkungen lukrierte zusätzliche Einkommen sparen. Dieses so genannte **Angstsparen** ist nicht reine Schimäre, sondern ein während der letzten Jahre durchaus beobachtbares Phänomen.

Gedämpfte Erwartungen

Das steigende Sparaufkommen der Haushalte müsste aber über das Bankensystem zu einem günstigen Zinssatz den Unternehmen für Investitionskredite zur Verfügung stehen, möchte man meinen. Auch hier lehrt ein Blick in die Investitionsstatistik, dass die Unternehmen trotz niedriger Realzinsen in den letzten Jahren ihre Investitionstätigkeit nicht merklich ausgeweitet haben. Unternehmen investieren eben nur dann, wenn sie erstens davon ausgehen, in Zukunft einen Markt für die mit der Investition erzeugten Produkte vorzufinden, und zweitens wenn die aus der Investition zu erwartende Rendite jene aus alternativen Finanzveranlagungen übersteigt. Sind die allgemeinen wirtschaftlichen Zukunftserwartungen gedämpft, verringert sich auch die Risikobereitschaft der Unternehmen. Kurzfristige Finanzveranlagungen gewinnen an Attraktivität. Wieder zeigt ein Blick in die rezente Wirtschaftsstatistik, dass ein steigender Anteil der Gewinne der produzierenden Unternehmen aus Finanzveranlagung stammt.

Die Schlussfolgerung aus rund 15

Jahren Binnenmarkt lautet daher, dass die Unternehmen die Liberalisierung der Märkte offenbar dafür nutzen, durch Organisationsreformen, Rationalisierungen und den Abbau von Beschäftigung ihre Produktivität und damit Profitabilität zu erhöhen. Die so erzielten Gewinnsteigerungen wurden aber nicht – oder zumindest nicht in gesamtwirtschaftlich relevanter Größenordnung – für die Ausweitung der Investitionstätigkeit und damit für zusätzliches Wachstum und Beschäftigung verwendet, sondern veranlagt bzw. für das Auffüllen der »Kriegskassa« verwendet. Dem Konkurrenzdruck versuchten die Unternehmen primär durch Unternehmensübernahmen und Fusionen zu begegnen. Davon zeugt die Flut an einschlägiger Mergers & Acquisition-Berichterstattung in der Wirtschaftspresse.

Eine einseitig auf Strukturreformen und Liberalisierung ausgerichtete Wirtschaftspolitik führt also keineswegs automatisch zu einer expansiven Wirtschaftsdynamik. Wie die Realität zeigt, ist eher wirtschaftliche Stagnation, steigende bzw. hohe Arbeitslosigkeit und soziale Polarisierung die Folge. Die Gegenstrategie bestünde in der Stimulierung der effektiven Nachfrage durch eine expansive Geld-

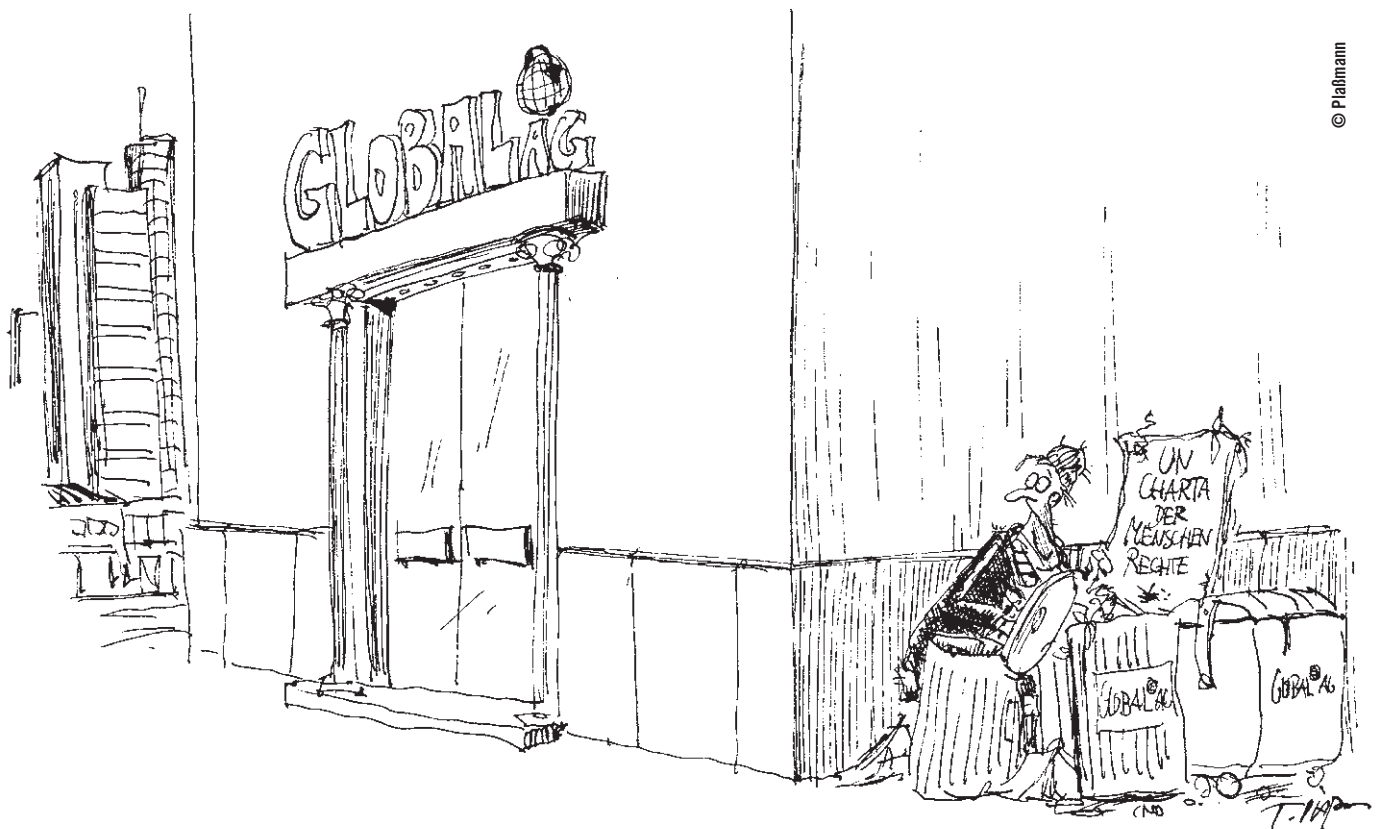
und Fiskalpolitik. Dem entgegen steht aber nicht nur der Stabilitätskult der Europäischen Zentralbank und das fiskalpolitische Korsett des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Vermutlich schwerer wiegt die notorische Weigerungshaltung führender ÖkonomInnen und WirtschaftsberaterInnen in der Europäischen Union – zuvorderst in Deutschland – den theoretischen Standpunkt zu wechseln. Stattdessen verordnen sie dem Patienten Europa immer wieder dieselbe Therapie: mehr Strukturreformen, mehr Liberalisierung, mehr Flexibilität und Eigenverantwortung. Freilich ohne zu merken, dass jeder Aderlass den Patienten weiter schwächt.

Fazit und Ausblick

Als Fazit bleibt, dass die Dienstleistungsrichtlinie ein Kompromiss ist, der weder aus juristischer noch aus ökonomischer Sicht überzeugt. Dennoch ist mit der Beschlussfassung der Richtlinie noch in diesem Jahr zu rechnen. Zwar hat das Europäische Parlament im Herbst die Möglichkeit in seiner zweiten Lesung Veränderungen am Richtlinienentwurf vorzunehmen, jedoch sind nur kleinere Modifikationen zu erwarten. Zumindest beim sensiblen Be-

reich der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse, welcher nach derzeitigem Verhandlungsstand der Dienstleistungsrichtlinie unterliegt, besteht noch etwas Hoffnung auf Schaffung einer Ausnahmeklausel. Dass die grundsätzliche Systematik, die in diesem Beitrag kritisiert wird, durch das Europäische Parlament abgelehnt bzw. wesentlich überarbeitet wird, liegt jedoch fern der politischen Realität.

Auch für die Europäische Kommission scheint die Dienstleistungsrichtlinie bereits beschlossene Sache zu sein. Mit einer öffentlichen Konsultation zur »Zukunft des Binnenmarktes« wendet sie sich bereits einem neuen Projekt zu, wenn auch unter den gleichen Vorzeichen: So gibt das Konsultationsdokument zwar vor, sich an »alle interessierten Kreise« zu richten, ist aber sowohl in der Analyse des Ist-Zustandes des Binnenmarktes als auch in der Formulierung der Fragen einseitig auf die Unternehmenseite ausgerichtet. Wiederum bleiben soziale Aspekte der Binnenmarktpolitik vollkommen ausgeblendet, und in ihrer Analyse setzt die Kommission neuerlich einzig auf das Kredo, dass Liberalisierung automatisch zu mehr Wachstum und Beschäftigung führt.



Nicaragua:

Arbeitskampf lohnt sich

Gekündigte Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen einer Textilfabrik wurden wieder eingestellt.

Acht Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilfabrik Istmo in der nicaraguanischen Stadt Masaya waren im April wegen Gründung einer Gewerkschaft gekündigt worden. Das Arbeitsministerium zeigte kein besonderes Interesse an einer Lösung des Konflikts. Nach vier Monaten war die Gewerkschaft immer noch nicht amtlich eingetragen, obwohl dies rechtlich bereits binnen zwei Wochen hätte erfolgen müssen. Die Internationale Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung (ITBLAV)

drohte daher, Klage bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu erheben.

Die nicaraguanische Textilgewerkschaft ersuchte die ITBLAV, mit dem koreanischen Mutterhaus Singung Tongsang in Dialog zu treten. Auch die Kunden der Fabrik – darunter die Kaufhäuser GAP, Walmart und Target – und mehrere Menschenrechtsorganisationen schlossen sich der Suche nach einer Lösung an. Vor allem der Druck durch die Kunden dürfte gewirkt haben. Die Firma Istmo und die Gewerk-

schaften vereinbarten die Rücknahme der Kündigung inklusive Lohnnachzahlung. »Die Wiedereinstellung der Gewerkschaftsführer zeigt, wie entscheidend sich die Kombination von Gewerkschaftsaktion und Druck von Kaufhäusern auf die Lösung von Betriebskonflikten auswirken kann. Die ITBLAV wird die Situation weiterverfolgen, um sicherzustellen, dass alle Beteiligten von der guten Arbeitsbeziehung profitieren«, meinte Neil Kearney, Generalsekretär der Internationalen Textilgewerkschaft. G. M.

Australien:

Hoher Preis für Protest

Mit gewerkschaftsfeindlichen Gesetzen bringt Premierminister John Howard ArbeitnehmerInnen um Existenz.

Die australische Regierung geht nun gerichtlich gegen Arbeitnehmer vor. 107 Bauarbeiter sollen rund 28.000 australische Dollar Strafe zahlen: Sie hatten im vergangenen Februar gegen die Entlassung eines Gewerkschaftsführers aus einem Bauunternehmen nahe der westaustralischen Stadt Perth protestiert. Die drohenden hohen Strafen und Gerichtskosten bringen die Arbeiter und ihre Familien an den Rand der Existenz. Viele haben Hypotheken auf ihren Wohnhäusern, die sie nun nicht zurückzahlen

können. Der Prozess könnte Monate dauern, beklagte Sharan Burrow, Präsidentin des australischen Gewerkschaftsdachverbandes (Australian Council of Trade Unions – ACTU). Die gerichtliche Klage hatte die Australischen Bau- und Errichtungskommission (ABCC) erhoben, die von der Regierung Howard zur Kontrolle ihrer gewerkschaftsfeindlichen Gesetze eingerichtet worden war. In einem Brief an den Premierminister verurteilte Guy Ryder, Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier

Gewerkschaften (IBFG), die Gesetzgebung der Regierung. Skrupellose Arbeitgeber stünde es nun frei, Löhne zu kürzen und die Arbeitsbedingungen weiter zu verschlechtern. Nunmehr wäre, so Ryder, die gesetzliche Basis gegeben, um beim geringsten »Vergehen« mit Entlassungen vorzugehen. So hatte das Unternehmen Total Corrosion Control 40 ArbeitnehmerInnen geklagt, weil sie an einer Gewerkschaftsversammlung teilgenommen hatten, die 15 Minuten länger als vorgesehen dauerte. G. M.

Indien:

Gift in Cola

In fast 60 Cola-Proben in Indien wurden Giftstoffe nachgewiesen. Coca-Cola und Pepsi-Cola dementieren.

Eine Ursache für die Verschmutzung vieler Lebensmittel in Indien ist der ständig sinkende Grundwasserspiegel und der Einsatz von Insektiziden und Pestiziden in der Landwirtschaft. Nun wurden auch in Cola-Proben Giftstoffe entdeckt, die den erlaubten Wert um das Zehn- bis Fünfzigfache übersteigen. Mehrere indische Bundesstaaten haben nach Bekanntwerden der Untersuchung die Getränke in Schulen, Spitälern und Behörden verboten. Im südindischen Bundesstaat Kerala wurden die Abfüllanlagen von Coca-Cola und Pepsi-

Cola geschlossen. In einigen indischen Städten wurde heftig protestiert und Cola-Werbungen abgerissen. Aussagen des Unternehmens, dass in Indien die Verschmutzung so hoch sei, dass die Reinheit ihrer Getränke auch keine Rolle mehr spiele, heizten die Proteste zusätzlich an.

Die beiden Konkurrenten Coca-Cola und Pepsi-Cola gingen nun in die Offensive. Sie schlossen in Indien eine Allianz und gründeten eine gemeinsame Organisation mit dem klingenden Namen »Zentrum für Verstand und Ausgewogenheit im öffent-

lichen Leben«. Die erste öffentliche Erklärung lautete, dass das Getränk keineswegs gesundheitsschädlich sei. In Indien waren Coca Cola und Pepsi Cola schon von 1977 bis 1993 verboten. Damals verlangte die Regierung die Veröffentlichung der Zutaten, was beide Unternehmen verweigerten. Auch aus anderen Regionen gibt es immer wieder Vorwürfe: In Kolumbien sollen Studierende bei Demonstrationen gegen das Unternehmen entführt worden sein. Bis 2002 wurden neun kolumbianische Coca-Cola-Gewerkschafter ermordet. G. M.

Kommentar

Von einer
namenlosen Frau

mit Flüchtlingsstatus



Ist es mein Schicksal?

**Weiblich, Asylwerberin, mittellos, zwei Kinder;
sucht Deutschkurs, um Alltagssituationen in den Griff zu bekommen.**

Ist es mein Schicksal, dass ich in einem Land geboren wurde und leben musste, in dem ein brutaler Diktator herrscht? Dass er meinen mutigen Mann erschießen ließ, der liebevoll für uns, meine zwei Kinder und mich sorgte? Ich werde mein Leben lang den Tag, an dem er abgeholt wurde, nicht vergessen.

Im Morgengrauen, als noch wenig Menschen in den Straßen und Gassen verkehrten, kamen drei schwarz gekleidete Männer und nahmen ihn mit. Sein letzter Blick, der einen Hauch eines Lächelns in sich barg und seine tiefe Liebe zu uns ausstrahlte, ist mir allgegenwärtig. Er hat noch sagen können, »pass auf die Kinder auf!« Nach einer Woche erfuhr ich, dass mein Mann erschossen wurde, weil er Mitglied einer verbotenen Partei war, die für die Demokratisierung der Gesellschaft kämpfte.

Chaos und Anarchie

Ist es mein Schicksal, dass Teile der sogenannten freien, demokratischen Welt unser Land überfielen und alles bombardierten, was Generationen Stein für Stein aufgebaut hatten. dass Großmächte die herrschenden Kräfte in meiner Heimat bis vor kurzem bis an die Zähne bewaffnet hatten?

Wegen fehlender demokratischer Strukturen wurde mein Land in Chaos und Anarchie gestürzt. In diesem Chaos blieb ich mit meinen beiden Kindern al-

lein zurück. Ohne Hoffnung! Alles blieb zurück, auch meine Sprache.

Seit drei Jahren bin ich in Österreich, wohne in einem Flüchtlingsheim und habe nach wie vor keine Perspektive. Aufgrund eines schwierigen und endlos erscheinenden Asylverfahrens habe ich keine Möglichkeit, legal eine Arbeit anzunehmen. Wegen meines Flüchtlingsstatus und fehlender finanzieller Mittel bin ich von allen Kursmaßnahmen ausgeschlossen.

Hoffnungsschimmer

In diesen dunklen Zeiten sehe ich einen Hoffnungsschimmer. Das UKI-Schulung wurde beauftragt, aufgrund einer privaten Initiative einen Deutschkurs für alleinstehende Frauen durchzuführen, die von allen staatlichen Kursmaßnahmen ausgeschlossen sind.

Herr Elsbacher, der sich seit Jahren in diesem Bereich engagiert, wollte einen persönlichen Beitrag leisten und einen Kurs finanzieren. Gut versorgt, wollte er anlässlich seiner 50. Geburtstagsfeier keine Geschenke annehmen und hat vielmehr seine Gäste gebeten, ihn bei der Finanzierung dieses Kurses zu unterstützen.

Die Differenz zu den vollen Kosten von rund 8000 Euro wurden von ihm persönlich eingebracht. Im Bewusstsein, dass diese Spende ein Tropfen auf den heißen Stein der hoffnungslosen Fremden

in unserem Land ist, besteht die Hoffnung, dass ein wichtiges Zeichen gesetzt wurde und auch andere Menschen, die viel besitzen, diesem Beispiel folgen.

Zahlreiche Frauen haben sich gemeldet, die in Diakonie, Caritas, Volkshilfe und LeFo Notunterkünfte gefunden haben und auf einen Asylbescheid warten und ohne Deutschkenntnisse abhängig sind. Frauen, die dem kriegerischen Konflikt in Tschetschenien entkommen sind, Opfer des Frauenhandels waren oder aus dem Iran geflüchtet sind. Alle wollten Deutsch lernen, sich integrieren. Ihr Leben in die Hand nehmen. Jede zweite dieser Frauen mussten wir wegen der beschränkten Teilnehmerzahl in diesem Kurs abweisen. Abweisen bedeutet hier ein Stück Hoffnung nehmen.

Jedes Licht ist eine Helligkeit, auch wenn es noch so klein leuchtet!

Allein kann ich die Welt nicht verändern, aber für 15 alleinstehende Frauen und deren Kinder wird sich in den nächsten drei Monaten eine Hoffnung erfüllen.

INFO

UKI-Schulung

Felbigergasse 38, 1140 Wien

Telefonnummer 01/914 88 70/25

Spendenkonto Nr. 02210768630 bei der Bawag, BLZ 60000

Tabulose Diskussion zur ÖGB-Reform

Regionalkonferenzen: Wichtige Bausteine

Im September und Oktober führen die Gewerkschaften in ganz Österreich 27 Regionalkonferenzen zur Einbeziehung der Mitglieder in den ÖGB-Reformprozess durch.

»Nicht nur die Veränderungen in der Arbeitswelt machen Reformen im ÖGB dringend notwendig«, so die Initiatoren des Reformprozesses:

»Nach dem Verkauf der BAWAG P.S.K. stehen dem ÖGB nur mehr die Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen zur Verfügung.«

Daher soll alles hinterfragt, Doppelgleisigkeiten und veraltete Strukturen durch eine neue Kompetenzverteilung beseitigt werden, so das offizielle ÖGB-Vorhaben.

»Alle Mitglieder und Interessierten«, so **geschäftsführender ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer**, »sollen offen und ehrlich ihre Meinung sagen und damit die Gewerkschaftsbewegung der Zukunft mitgestalten! Diese Möglichkeit gibt es zum ersten Mal in 60 Jahren ÖGB.«

Die Regionalkonferenzen haben keinen klassischen Ablauf: Es soll keine Frontreden, sondern Diskussionen in überschaubaren Gruppen in drei Themenstationen geben, die alle TeilnehmerInnen durchlaufen.

pro.ge

Für die Gewerkschaften Bau-Holz (GBH), Chemie (GdC) und Metall-Textil-Nahrung (GMTN), die nun unter dem Namen »pro.ge« kooperieren, besteht nicht erst seit verganginem März Reformbedarf im ÖGB.

»Weltweit tätige Unternehmen einerseits und immer unsicherere Arbeitsverhältnisse andererseits schreien förmlich nach neuen Methoden, die gewerkschaftliche Arbeit zu organisieren. ... Wir müs-

sen unseren Mitgliedern auch abseits der Gremien die Möglichkeit bieten, ihre Ideen einzubringen.«

vida

vida – der Zusammenschluss aus den Gewerkschaften der Eisenbahner (GdE), »Handel, Transport, Verkehr« (HTV) sowie »Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst« (HGPD) – hat vom Juli bis September in allen Bundesländern im Rahmen von »Open Space-Veranstaltungen« ihre Mitglieder zum »ÖGB neu« befragt.

Insgesamt haben sich österreichweit daran rund 1300 InteressentInnen beteiligt. »Eine Zusammenarbeit der Gewerkschaften, mehr Transparenz und mehr Demokratie sind die wichtigsten Forderungen«, so die Vorsitzenden Wilhelm Haberzettl (GdE), Rudolf Kaske (HGPD) und Willibald Steinkellner (HTV).

»Für uns ein klarer Arbeitsauftrag ist, dass 86,5 Prozent an einen Wiederaufstieg des ÖGB glauben. Darum müssen wir uns kümmern.«

Prolongierte Krise?

»Eine Gewerkschaft für Österreich – alle bisherigen (Teil-) Gewerkschaften in Österreich sollten zu einer zusammenwachsen. Auch ein ÖGB mit mehreren Blöcken ist nicht finanzierbar ... Die Lösung der Finanzmisere, verbunden mit der bloßen Neudefinition von Kompetenzen sowie die Blockbildung durch Fusionierung, ohne dabei den Grundwiderspruch zu lösen, könnte möglicherweise die Kri-

se prolongieren«, so **GPA-Vorsitzender Wolfgang Katzian zum Start der Reformdebatte vor 700 GPA-BetriebsrätInnen.**

Kontrolle!

Für Wolfgang Springer, Betriebsrat der Siemens AG Österreich, »müssen die Kontrollmechanismen der neuen Gewerkschaft so ausgestaltet sein, dass Vorgänge wie in der Vergangenheit nie wieder möglich sind.

Die Gewerkschaft ist für ihn eine solidarische Kampforganisation für die Schwächsten, weil deren Erpressbarkeit früher oder später auch die besser Abgesicherten unter Druck setzt. Daher sind insbesondere atypisch Beschäftigte, Leiharbeitskräfte, Arbeitslose, illegal Beschäftigte usw. die wichtigsten Zielgruppen.

Die ArbeitnehmerInnen brauchen eine Gewerkschaft, die mit gebündelter Kraft agiert. Die Gewerkschaft darf sich nicht nur ausschließlich auf die Betriebsräte abstützen. Mitarbeit und Mitentscheidung müssen für alle Mitglieder gleichberechtigt möglich sein.«

Eine Gewerkschaft pro Betrieb!

Für Wolfgang Gratzner, Zentralbetriebsratsvorsitzender AUVA, soll innerhalb eines gestärkten ÖGB künftig Synergien zwischen den (Fach-)Gewerkschaften besser genutzt und die Zusammenarbeit verbessert werden.

Am Ende des Reformprozesses sollten die Fachgewerkschaften innerhalb des



Diskussionen bei der ÖGB-Regionalkonferenz in der Steiermark.

ÖGB zusammengeführt und in fachspezifische Wirtschaftsbereiche aufgeteilt werden.

»Nur so erscheint mir das Prinzip – dass nur eine Gewerkschaft (nämlich der ÖGB) pro Betrieb zuständig ist – realisierbar.

Da sich in den letzten Jahren das Gesamtvermögen zugunsten weniger und zu Lasten sehr vieler ArbeitnehmerInnen immer stärker verschiebt, sollte sich der ÖGB wieder stärker mit seiner Position als Kampforganisation auseinandersetzen. Politische Arbeit – durchaus und sogar vor allem in politischen Gremien in Bund, Länder und Gemeinden – ist sinnvoll und notwendig.«

Distanz zu Parteien

Sonja Rauter, Betriebsratsvorsitzende der Kärntner Gebietskrankenkasse, fordert unter anderem einen ÖGB ohne

Doppelgleisigkeiten und »übergeordneter« Struktur, mit mehr öffentlicher Präsenz und kämpferischem Auftreten, Distanz zu Parteien, Einbeziehung der Basis bei größeren Entscheidungen, personelle Erneuerung der ÖGB-Spitze, Einkommensobergrenzen sowie keinen Klubzwang bei Entscheidungen in politischen Gremien für GewerkschaftsfunktionärInnen, sondern Entscheidung im Interesse der ArbeitnehmerInnen.

Konkurrenz zwischen Gewerkschaftsblöcken

Alois Hofer, ÖGB-Bezirksvorsitzender in Eferding, sprach sich bei der Regionalkonferenz in Linz-Hörsching für einen einheitlichen ÖGB ohne Fachgewerkschaften aus.

»Das ist die einzige Möglichkeit, die Probleme der ArbeitnehmerInnen zu lösen. Fachabteilungen sind natürlich

notwendig, aber die Konkurrenz zwischen Gewerkschaftsblöcken nur hinderlich.«

Bei den vier Tiroler Regionalkonferenzen in Imst, Innsbruck, Wörgl und Lienz mit insgesamt über 200 TeilnehmerInnen wurden weit über 1000 Reformanregungen gesammelt.

Vorrang für die Vertretung

Die Vorarlberger ÖGB-Mitglieder und Interessierten wollen unter anderem die Mitbestimmung der Mitglieder stärken, keine bezahlten Doppelfunktionen, schlankere Gremien, Vorrang für die Vertretung der ArbeitnehmerInnen-Interessen vor Fraktionen, mehr Schulungen, eine personelle Erneuerung, mehr Mitsprache der Länder und BetriebsrätInnen, mehr Transparenz nach außen und den Idealismus wieder in den Vordergrund stellen.

Bringschuld in Wien?

Erschüttert zeigten sich viele TeilnehmerInnen bei den vier Konferenzen in Wien von der geringen Beteiligung. Sie führten dies darauf zurück, dass es kaum öffentliche Einladungen dazu gab und bewerteten dies zum Teil sogar als gewollte Vorgangsweise der Organisatoren. Wollte man die Mitglieder erreichen, hätte der ÖGB eine Bringschuld.

Bei der Regionalkonferenz Wien-West fühlten sich nach entsprechendem Zuruf aus dem Publikum und der darauf folgenden Frage vom Podium über den Ablauf der Konferenz einige Anwesenden außer das Tagungspräsidium »verarscht«.

Hinterfragt wurde von einer Kollegin auch das Vorhaben, dass ein ÖGB neu verstärkt mit NGO's zusammenarbeiten wolle. »Warum ist nicht der ÖGB selbst die größte NGO?«

Beim Thema BAWAG gingen nach wie vor die Wogen hoch. »BAWAG mit

dem Geld der Gewerkschaftsmitglieder gerettet – ÖGB dafür fast im Konkurs bzw. stehend K. O.«, war einer der vehementen Vorwürfe auch an die jetzige ÖGB-Spitze.

Deshalb wurden neben der Forderung nach einer personellen Erneuerung der ÖGB-Spitze beim kommenden Bundeskongress auch Stimmen laut, die für eine Absage an die Sozialpartnerschaft, für Urabstimmungen in allen wichtigen Fragen, für einen Durchschnittslohn für Hauptamtliche und – um Vorgängen wie in der Vergangenheit (BAWAG, keine Kontrolle, Finanzdebakel) vorzubeugen – für die jederzeitige Abwählbarkeit von FunktionärInnen eintraten.

Gefahr für Sozialpolitik?

Für Sylvia Gartner, Landesvorsitzende des ÖGB-Burgenland, herrscht beim Reform-Prozess leider keine Einheit. Anstatt Kräfte zu bündeln, verfolge jeder Einzelne seine eigenen Interessen, das

große Ganze sei für viele Beteiligten zweitrangig. »Ich bin nicht ganz sicher, dass uns mit dem Reform-Prozess der große Wurf gelingt. Es besteht die Gefahr, dass die großen sozialpolitischen Themen auf der Strecke bleiben.«

Feuer am Dach?

Dass die Vorgänge im ÖGB die Mitglieder verunsichern und in die Defensive treiben und sogar um die »Herzstücke« der Gewerkschaftspolitik bangen lassen, zeigt unter anderem die Wortmeldung der Kindergartenleiterin Roswitha Waas aus Micheldorf bei der Regionalkonferenz in Lenzing: »Die Kollektivvertragspolitik sowie Weiterbildung für Mitglieder und BetriebsrätInnen sind Herzstücke, die unbedingt erhalten werden müssen.«

Wenn es nur »kosmetische Reformen gibt«, wie ein Teilnehmer auf einer Wiener Regionalkonferenz befürchtet, »dann ist Feuer am Dach.« *W. Leisch*



© Plattmann

EXISTENZGRÜNDER, OBACHT!!! - GESCHÄFTSIDEEN GENAU PRÜFEN!

Tabulose Diskussion:

Unsere Gewerkschaft – unsere Zukunft

MitarbeiterInnen der GPA-Jugend haben sich aktiv in die ÖGB-Reformdebatte eingebracht. Mit einem offenen Diskussionspapier mit vielen Fragen.

»Unsere Gewerkschaftsbewegung hat in ihrer Geschichte Großartiges geleistet ... Die derzeitige Krise in Folge des BAWAG-Skandals ist sicherlich ein Tiefpunkt unserer Entwicklungsgeschichte und kommt einer schweren Niederlage für die gesamte ArbeiterInnenbewegung und alle Lohnabhängigen in Österreich gleich. Doch wir brauchen auch in Zukunft eine starke Gewerkschaftsbewegung. Deshalb dürfen wir trotz der schwierigen Situation nicht resignieren, können aber auch nicht so weitermachen wie bisher ...

Nicht mehr Arzt am Krankenbett des Kapitalismus sein ...

... Wir brauchen auch in Zukunft eine starke Gewerkschaftsbewegung ... Die heutige Krise unserer Bewegung ist keineswegs nur aus dem Fehlverhalten einiger weniger Personen zu erklären. Es handelt sich vielmehr um grundsätzliche strukturelle Mängel und Probleme des Selbstverständnisses und der politischen Perspektive ... Unsere Gewerkschaftsbewegung hat sich ... immer weiter weg von einer Kampforganisation, hin zu einer Ordnungsmacht entwickelt. Doch die Zeiten haben sich geändert ...

Wir werden in Zukunft verstärkt mit sozialen Konflikten konfrontiert sein. Wir werden wieder mehr Arbeitskämpfe auszutragen haben ... Die gute alte Sozialpartnerschaft kommt nicht mehr zurück ... Wir haben jahrzehntelang das System des Kapitalismus gestützt und mit kaschierenden Maßnahmen dessen Auswirkungen auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu mindern versucht. Spätestens jetzt ... müssen wir das System hinterfragen und Alternativen entwickeln ...

Ein Hauptproblem dabei ist, dass wir kaum Möglichkeiten der Partizipation vorfinden. Mitglieder die nicht fraktioniert sind bzw. die keine BetriebsrätInnen sind, haben wenige Möglichkeiten der



Einwirkung auf das Geschehen in der Gewerkschaftsbewegung ... Wichtig erscheint hierbei jedoch nicht nur die Möglichkeit der Partizipation, sondern auch die Möglichkeit etwas verändern zu können. Projekte, die Offenheit suggerieren, aber tatsächlich nichts verändern, rütteln höchstens an unserer Glaubwürdigkeit ...

Einkommen und Lebensstil

Führende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müssen sich nicht in Lumpenhüllen, aber ihr Einkommen und Lebensstil muss dem derjenigen entsprechen, die sie vertreten. Es muss uns auch endlich allen klar sein, dass die Einkommen von Repräsentanten der Wirtschaftskammern oder Managern aus der Wirtschaft nicht das Vergleichskriterium sein können. Niemand wird gezwungen, eine Karriere im ÖGB zu beginnen. Wer reich werden will, ist bei uns fehl am Platz. Es gilt festzustellen, was als angemessenes Einkommen (Pension) bezeichnet werden kann ... und es müssen alle Gehälter und Einkommen im ÖGB offen gelegt werden.

Darüber, dass Frauen in Gesellschaft und Arbeitswelt benachteiligt werden, herrscht Einigkeit. Ebenso, dass sie in unserer Bewegung viel zu schwach ver-

treten sind und dass wir das ändern müssen ...«

Desgleichen gilt für die Verfasser für Atypische, Arbeitslose und MigrantInnen.

Wie reformieren?

»Offensichtlich herrscht inzwischen Einverständnis darüber, dass sich der ÖGB radikal verändern muss. Die Bestrebungen dahingehend wirken jedoch nur zum Teil wie eine seriöse Auseinandersetzung mit der Krise. Auch scheinen bei manchen Beteiligten die alten Machtspiele schon wieder begonnen zu haben. Die Frage ist natürlich auch, wie die angekündigte Reform vonstatten geht. Denn eine Veränderung, die innerhalb alter Strukturen und Denkmuster von sich geht, kann nur scheitern. Wenn wir also einen demokratischen und offenen ÖGB haben wollen, so muss der Weg dorthin auch demokratisch und offen sein ...

*Edgar Wolf (Redaktion), Mitarbeiter
GPA-Bundesjugendabteilung
Kathrin Niedermoser, Frauenbeauftragte
der GPA-Jugend
Martin Reiter, stellvertretender GPA-
Bundesjugendvorsitzender
Andreas Kolm, GPA-Bundesjugendsekretär*

Fehlkonstruktion Kombilohn

Die scheidende Regierung hat ein arbeitsmarktpolitisches Desaster hinterlassen. Das Kombilohn-Modell und die für Unternehmen vollsubventionierte Wiedereinstiegshilfe sind deutliche Beispiele.

Nach langen Diskussionen war am 1. Februar 2006 der sogenannte Kombilohn eingeführt worden. Zielgruppe für das bis Ende des Jahres befristete Modell sind Jugendliche unter 25 und Ältere ab 45 Jahren. Vorausgesetzt, sie sind länger als ein Jahr beim Arbeitsmarktservice (AMS) arbeitslos gemeldet. Die ArbeitnehmerInnen erhalten die Hälfte des zuletzt gebührenden Arbeitslosengeldes bzw. der Notstandshilfe.

Bezuschusst

Die gesamte Entlohnung für die – meist niedrig qualifizierten – Tätigkeiten, die vorrangig im Handel- oder Dienstleistungsbereich stattfinden, darf höchstens 1000 Euro betragen. Davon »bezuschusst« das staatliche AMS den Arbeitgeberanteil mit 15 Prozent des Bruttogehalts. (Bei schwer integrierbaren Personen, die mehr als 20 Stunden arbeiten, kann die staatliche Arbeitgebersubvention bis zu 66 Prozent betragen.)

Laut AMS gebe es ein Potential von rund 5000 Stellen, die nicht besetzt werden könnten, weil dort zu wenig Lohn bezahlt wird, hatte Wirtschafts- und Arbeitsminister Martin Bartenstein bei der Vorstellung des Projekts zu Jahresbeginn verkündet. Arbeitslose hätten angegeben, von diesen Jobs »entweder nicht leben zu können« oder die »Differenz der Passivleistung der Arbeitslosenversicherung« sei zu gering, um zur Aufnahme einer Beschäftigung zu motivieren.

Geringe Akzeptanz

Mehr als ein halbes Jahr später zeigt sich, dass die Motivation weiterhin gering ist, unqualifizierte Arbeit für wenig Geld zu verrichten. Bis Mitte August jedenfalls wurden 213 »Kombilohnfälle« im AMS registriert. Die magere Akzeptanz zeigt auch ein deutliches Ost-West-Gefälle: So waren zur Jahresmitte in Wien 63, in Oberösterreich neun, in Tirol und Vorarlberg gar nur ein Kombilohn-Bezieher bzw. Bezieherinnen registriert. Bundes-

weit aber hätten es 3000 bis Jahresende werden sollen. (Im »Fortsetzungsfall« der abgewählten Regierung waren insgesamt 5000 subventionierte Billigarbeitsplätze geplant gewesen.)

»Der Kombilohn wird nicht angenommen, weil er von Anfang an ein Konstruktionsfehler war, auf den wir auch hingewiesen haben«, meinte AMS-Chef Herbert Buchinger gegenüber der Tageszeitung »Der Standard«. So ziele die Einkommensgrenze von 1000 Euro auf eine typische Teilzeitbeschäftigung ab. Die definierte Zielgruppe – nämlich langzeitbeschäftigungslose Jugendliche bis 25 und Ältere als 45 – suche aber in der Regel keine Teilzeitjobs, sondern vollwertige Tätigkeiten.

Geschönte Wahlstatistik

Kurz vor den Wahlen wurde eine geschönte Arbeitslosenstatistik veröffentlicht, in der Personen in Qualifikations- oder Schulungskursen nicht erwähnt wurden. Nicht erwähnt wurde auch, dass im ersten Quartal 2006 zwar der Grad der Beschäftigung gestiegen, gleichzeitig aber auch immer mehr Arbeitslose gemeldet waren. So gab es gegenüber dem Vorjahr 64.000 mehr Beschäftigte, die Zahl der Arbeitslosen aber erhöhte sich um 16.000 Personen. (2006 betrug die Arbeitslosigkeit 5,5 Prozent gegenüber 5,2 Prozent im Jahr 2005.) Die schwächste Gruppe auf dem Arbeitsmarkt bleiben weiterhin Frauen, Jugendliche und AusländerInnen. Die Jugendarbeitslosigkeit lag bei 10,1 Prozent (2005: 9,2 Prozent). Konstant hoch blieb der Frauenanteil in Teilzeitjobs mit über 83 Prozent, berichtete die Statistik Austria.

Gratis-Urlaubsvertretung

Eine arbeitsmarktpolitisch sehr bedenkliche Maßnahme, um Frauen den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben zu ermöglichen, löste im Sommer heftige Kritik bei Arbeiterkammer und ÖGB aus. Im Rahmen des »Jobpakets« der Regierung 2005,

bei dem das AMS heuer 285 Millionen Euro zur Vermittlung Arbeitsloser ausgeben darf, wurde – neben dem Kombilohn-Modell – auch ein Programm für Wiedereinsteigerinnen geschaffen. Die Supermarktketten Billa, Interspar und Merkur bekamen in den Urlaubsmonaten kostenfrei Urlaubsvertretung zur Verfügung gestellt. Ohne Garantie auf einen späteren, längerfristigen Arbeitsplatz durften die Frauen an der Kassa, in der Regalbetreuung oder im Lager »schnuppern«, was Werkätigkeit bedeutet. Die Dauer der Verträge ist mit einem Monat oder fünf Wochen befristet. In Wien beschäftigte Billa zwischen 24. Juli und 31. August 70 Mitarbeiterinnen, die das AMS schickte. Die Entlohnung für den 20-Stunden-Job betrug 640 Euro brutto bzw. 525 Euro netto. Alle Lohn- und Lohnnebenkosten wurden vom AMS bezahlt.

Insgesamt ein Volltreffer für die Arbeitgeber. Schließlich ist die Subvention der Gehälter aus öffentlichen Geldern mit hundert Prozent ungewöhnlich hoch. (In Niederösterreich werden »nur« 66 Prozent vom AMS bezahlt.)

»Dass sich das Arbeitsmarktservice für Wiedereinsteigerinnen engagiert, entspricht einer langjährigen Forderung der Arbeitnehmervertretung«, kommentierte Renate Csörgits, Vorsitzende des AK-Frauenausschusses und ÖGB-Vizepräsidentin. »Die Vermittlung von Urlaubsvertretungen im Handel für vier oder fünf Wochen ist aber keine ernsthafte Perspektive.« Der Aufwand, die Kinderbetreuung zu organisieren bedürfe eines gewissen Vorlaufs und stünde in keinem Verhältnis zu einem Vier-Wochen-Job.

Der arbeitsmarktpolitische Effekt einer Vollsubventionierung von Arbeitsplätzen, die von den Unternehmen ohnehin abgedeckt werden müssen, ist nicht nachvollziehbar. Dass das Arbeitsmarktservice hundert Prozent der Lohnkosten für Urlaubsvertretung zahle, sei reine Unternehmenssubvention und nicht Arbeitsmarktpolitik, meint die Arbeitnehmervertreterin. »Diese Aktion dient lediglich

der statistischen Zielerreichung ohne dass den Wiedereinsteigerinnen geholfen wird«, kritisiert Renate Csörgits. »Die dafür verwendeten Geldmittel werden dringend für Beratung, hochwertige Ausbildung und Beschäftigung benötigt.

Arbeit statt Unternehmenssubvention

Eine Wirtschaftspolitik, die Arbeit schafft, anstelle durch Kombilohn oder Billigjobs Unternehmen zu fördern, fordert auch die Arbeiterkammer. So sollen vor allem im Handel mehr Möglichkeiten eingerichtet werden, von Teilzeit in Vollbeschäftigung zu wechseln, anstelle den Unternehmen Anreize zur Aufsplittung in Teilzeitarbeit zu bieten. Zusätzliche 46.000 Kinderbetreuungsplätze sollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern.

Einig sind sich die Arbeitnehmervertreter- und GewerkschafterInnen, dass es an der Zeit ist, einen Schlussstrich unter die gescheiterten Modelle Kombilohn und voll subventionierte Billigjobs zu ziehen.

Schon im Vorjahr hatte Rudolf Kaske, Vorsitzender der Gewerkschaft Hotel,

Gastgewerbe, Persönlicher Dienst (HGPD), vor den negativen Folgen des Projekts gewarnt, die nun auch eingetreten sind. »Dieses Mittel gegen Arbeitslosigkeit kann nur den Unternehmen schmecken, für Arbeitnehmer in den Niedriglohnbranchen ist es eine bittere Pille mit bestenfalls kurzfristigen Placebo-Effekten.« Mittels Kombilohn würden billige Arbeitnehmer durch Zuschüsse noch billiger gemacht. Gerade der Tourismus ist besonders »anfällig« für Lohndumping. So wurde – nach dem Projekt subventionierte Urlaubsaushilfe – seitens des AMS auch schon neues Potential in der Wintersaison im Fremdenverkehr geortet.

ÖGB-Forderungen

»Angedacht« gewesen war auch eine Ausweitung auf Leasing-Firmen (die Arbeitskräfte für alle möglichen Bereiche – von Reinigung zu Pflegediensten – zur Verfügung stellen), auf Call Center oder die Müllabfuhr.

Die Arbeitnehmervertretungen wünschen eine tiefgreifende Reform der Ar-

beitsmarktpolitik statt weitere Förderung von Billigjobs und Teilzeitarbeit. Im Forderungskatalog an die künftige Bundesregierung besteht der geschäftsführende ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer auf mehr Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik, eine Milliarde Euro Lohnsteuersenkung für Klein- und MittelverdienerInnen als Sofortprogramm und die Definition eines einheitlichen ArbeitnehmerInnenbegriffes. »Der Anteil derer, die unfreiwillig Teilzeit arbeiten müssen, steigt ständig an«, so Hundstorfer. Eine neue Synthesis-Studie, die das AMS in Auftrag gegeben hat, bestätigt, dass der Großteil des Beschäftigungszuwachses auf Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen ist. Und: Der Schutz des Arbeitsrechts soll auch für atypisch Beschäftigte gelten. So sei ein neuer ArbeitnehmerInnenbegriff zu schaffen, der auch im Sozialversicherungs- und Einkommensteuerrecht Anwendung findet und alle arbeitenden Menschen in Österreich, die wirtschaftlich von einer Person oder Firma abhängig sind, in die Schutzbestimmungen des Arbeitsrechts und der Kollektivverträge einbezieht.

Gabriele Müller



Sozialpolitik in den USA ...

Die Zufriedenheit mit der Politik von Präsident Bush ist in der Mitte seiner zweiten Amtszeit auf dem Tiefstand. Gewählt wird in den USA am 7. November 2006.

Nicht nur Außen- und Kriegspolitik werden stärker kritisiert, auch die sozialpolitische Bilanz der US-Regierung wird immer stärker hinterfragt. Ob sich die in einem Umstrukturierungsprozess befindlichen Gewerkschaften diese Stimmung zu Nutzen machen können, bleibt abzuwarten. Durch die Sozialpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika zieht sich ein großes Grundproblem. Die größte Abdeckung sozialer Risiken erfolgt über private Versicherungen und betriebliche Leistungen größerer Unternehmen. Vor allem die Unternehmensleistungen dienen in der Regel dazu, hochqualifizierte Mitarbeiter an den Betrieb zu binden. Weniger qualifizierte Arbeitnehmer sind nur sehr mangelhaft von Pensions- oder Krankenversicherungen erfasst.

Umverteilung

Unter der Präsidentschaft des Republikaners George W. Bush stieg zwar das Durchschnittseinkommen der Amerikaner kontinuierlich an, allerdings nahm auch die Ungleichheit in der Einkommensverteilung zu. Vor allem die jüngsten Steuerreformen, durch die höhere Einkommen begünstigt wurden, führten zu einer Umverteilung öffentlicher Mittel von unten nach oben. Private Versicherungen, Ausgaben für Kinderbetreuung oder die Inanspruchnahme privater Bildungsangebote sind steuerlich absetzbar. Davon profitieren freilich fast ausschließlich Angehörige der Mittel- und Oberschicht.

Dabei hatte alles unerwartet vielversprechend begonnen. Bereits kurz nach seinem knappen Wahlsieg über Al Gore setzte George Bush eine Kommission für Sozialpolitik ein. Er trat auch an die Demokratische Partei heran, um sich für diverse Sozialprogramme deren Unterstützung zu sichern. Berühmtestes Beispiel hierfür war der sogenannte »No Child Left Behind«-Act (»Kein Kind zurücklassen«-Gesetz), der Ende 2001 verabschiedet wurde. Dieses Gesetz gilt als größte Bildungsreform seit den Sechzigerjahren.

Ursprünglich plante Bush vor allem die Einführung regelmäßiger flächendeckender Leistungstests für Schüler und Schulen, um das schlechte Niveau der öffentlichen Schulen zu heben, sowie Fördergutscheine für den Besuch von frei wählbaren Privatschulen. Letzterer Vorschlag wurde als weitere finanzielle Austrocknung des öffentlichen Schulsystems heftig kritisiert. George Bush ließ daraufhin gegen die Opposition seiner konservativen Parteifreunde mit den Demokraten unter Führung ihres sozialpolitischen Experten Edward Kennedy einen Kompromiss ausarbeiten. Die Fördergutscheine wurden ad acta gelegt. Dafür gab es massive Aufstockungen der Bundesbeihilfen für die Bildungsprogramme der Einzelstaaten. Das Gesetz wurde mit überwältigender Mehrheit in beiden Häusern (Senat und Repräsentantenhaus) angenommen.

Gesundheit und Kostenwahrheit

Bei der Einführung der heiklen Medikamentenzusatzversicherung für Pensionisten wandte sich George Bush ein weiteres Mal an die Demokraten. Das öffentliche Gesundheitssystem garantierte älteren Amerikanern zwar schon bisher kostenlose medizinische Versorgung, klammerte aber Medikamente, deren Preise von der Pharmaindustrie völlig frei festgesetzt werden können, komplett aus dem Leistungsspektrum aus.

Die Geschichten von Busladungen voller US-amerikanischer Senioren, die über die Grenze nach Kanada fuhren, um leistbare Medikamente zu kaufen, sind legendär. Die geplante Zusatzversicherung sollte hier deutliche Verbesserungen ermöglichen. Sie wird von privaten Anbietern getragen, welche für jeden Versicherten Subventionen vom Staat erhalten. Konservative Republikaner forderten eine Kopplung an eine Strukturreform bzw. deutliche Kosteneinsparungen. Dagegen verzichtete Bush auf beides und führte darüber hinaus sogar seine eigenen republikanischen Parteifreunde hinter das Licht. Er verschwieg die tatsächlichen Kosten bzw. veranschlagte

diese als viel zu niedrig. Die Strategie ging auf, Bush gewann sowohl die Stimmen eines erheblichen Teiles der konservativen Republikaner als auch die von 16 demokratischen Abgeordneten.

Etatistischer Konservatismus

Söhnke Schreyer vom Zentrum für Nordamerika-Forschung der Goethe-Universität in Frankfurt bezeichnet diese Politik Bushs als »etatistischen Konservatismus«. Dieser orientiert sich statt an rein neoliberalen Verhaltensmustern der Reagan-Ära an den Strategien der Nixon-Administration (1969–74). Das heißt: Erhöhung des Sozialbudgets und Bereitschaft, neue Bundesprogramme auch mit finanziell höheren Belastungen zu verankern. Tatsächlich sind die Sozialausgaben unter George Bush von 11,5 Prozent im Jahr 2000 innerhalb von vier Jahren auf 13,1 Prozent des Bruttosozialproduktes im Jahr 2004 gestiegen. Auch der Anteil der Sozialausgaben am Gesamthaushalt ist sichtbar höher als unter Amtsvorgänger Bill Clinton.

Dies ist natürlich nur eine Seite der Bush-Medaille. Auf der anderen Seite ist es dem Präsidenten nicht gelungen, die Anzahl der Menschen ohne Krankenversicherung zu reduzieren. Derzeit sind etwa 15,6 Prozent der amerikanischen Bevölkerung (= 45 Millionen Menschen) nicht versichert. Die öffentlichen Gesundheitsprogramme Medicaid und Medicare umfassen nur Niedrigstlohnbezieher, Sozialhilfeempfänger und Pensionisten. Viele Kleinverdiener fallen aus der öffentlichen Versicherung heraus und können sich keine Privatvorsorge leisten. Doch auch wer das Glück hat, von den staatlichen Systemen erfasst zu sein, muss mit Schwierigkeiten rechnen. Zum einen nimmt die Anzahl der Ärzte, die sich aus finanziellen Gründen weigern, rein öffentlich versicherte Patienten zu behandeln, zu. Zum anderen sind die Serviceleistungen für solche Patienten generell schlechter.

Bereits vor einigen Jahren wurde beispielsweise aufgedeckt, dass sich trotz ein-

deutiger gesetzlicher Vorgaben viele Spitäler weigerten, durch Medicaid versicherten hochschwangeren Frauen effektive Schmerzmittel zu verabreichen. Die öffentliche Versicherung hat nicht die Mittel, um den Spitälern die selben hohen Sätze zu zahlen wie private Versicherungsanstalten. So weigerten sich Anästhesisten sogar, den OP zu betreten, solange die kurz vor der Geburt stehenden Patientinnen nicht eine Vorauszahlung in der Höhe von 400 Dollar für Schmerzmittel bezahlten. Konnten sie aufgrund ihrer finanziellen Situation oder aus Zeitmangel das Geld nicht aufreiben, werden nur billige Mittel eingesetzt, deren Wirksamkeit nur in geringfügigem Ausmaß gegeben ist.

Empörung verursachte folgende Aussage eines Arztes, der diese Praxis rechtfertigte: »Arme Leute können ja auch nicht erwarten, einen Rolls-Royce zu fahren oder in einem feinen französischen Restaurant zu essen, also warum sollten sie erwarten, den Cadillac der Analgetika umsonst zu bekommen?«

Kein Wunder, dass in einer kürzlich durchgeführten Umfrage der Washington Post nur 17 Prozent der befragten Amerikaner der Meinung waren, dass das Gesundheitssystem gut arbeite. Sechs von zehn Befragten gaben an, dass sie besorgt darüber seien, ob sie sich in Zukunft noch eine Krankenversicherung leisten werden können.

Bei den Pensionen besteht ebenfalls einiger Reformbedarf. Zwar bezogen 2004 91 Prozent aller über 65-Jährigen staatliche Pensionsleistungen, doch betrug die

Netto-Ersatzrate bei Durchschnittsverdienern bloß um die 40 Prozent. Niedriglohnbezieher erreichen bestenfalls 56 Prozent ihres ursprünglichen Einkommens als staatliche Pensionsleistung. Wegen dieser geringen öffentlichen Rente besitzen 40 Prozent der im Privatsektor Beschäftigten, so fern sie es sich leisten können, eine zusätzliche Altersvorsorge durch Pensionsfonds. Diese sind freilich oft dem Risiko des freien Marktes ausgeliefert.

Die Gewerkschaften weisen neben den Defiziten im Gesundheits- und Pensionsbereich auch auf die problematische arbeitsrechtliche Situation in den USA hin. In der Praxis beruhen die meisten Beschäftigungsverhältnisse auf mündlichen Vereinbarungen. Die Beschäftigten bekommen in der Regel bloß zwei Wochen bezahlten Urlaub. Es gibt in den USA weder gesetzliche Regelungen zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall noch irgendeine Form der Rechtsschutzversicherung. Kündigungsschutz gibt es höchstens aufgrund von Diskriminierungen.

Change to Win

Die amerikanischen Gewerkschaften konnten zu Beginn dieses Jahres nur mehr einen Organisationsgrad von 12,5 Prozent aufweisen, das ist der niedrigste Stand seit 1935. Weil der Dachverband AFL-CIO (American Federation of Labour – Congress of Industrial Organizations) dem rasenden Mitgliederschwund nicht Einhalt gebieten konnte, haben sich im September 2005 sieben US-Gewerkschaften zusammengeschlossen, um eine

eigene Föderation zu gründen. Dieser sechs Millionen Arbeitnehmer oder 40 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder umfassende Verband mit dem vielversprechenden Namen »Change to Win« (»Verändern um zu siegen«) umfasst auch die legendäre Transportarbeitergewerkschaft »Teamsters« und die linksgerichtete SEIU/Service Employees International Union. Letztere ist die Gewerkschaft der Dienstleistungsindustrie und des öffentlichen Dienstes und die größte der neuen Teilorganisationen. Sie stellt mit Anna Burger auch die Vorsitzende des neuen Dachverbandes.

»Change to Win« hat mit ihren neuen Taktiken bereits von sich reden gemacht. Zum einen organisierte die neue Gewerkschaft Sympathie- und Solidaritätsstreiks, was es seit den Dreißigerjahren in den USA nicht mehr gegeben hat, zum anderen wurden Bündnisse mit christlichen Gruppen geschlossen und gezielt unter Immigranten geworben.

Sollten diese Ansätze erfolgreich sein, könnten die Gewerkschafter ein wichtiger Bündnispartner bei der Durchsetzung einiger Forderungen der wieder gestärkten Demokraten sein, wie z. B. Lohnerhöhungen, Senkung der Arzneimittelpreise oder verbesserte Sozialleistungen. Ob es dieser erhöhte Druck ermöglichen kann, George Bush an seine anfängliche Bereitschaft zu sozialpolitischen Initiativen zu erinnern, wird sich zeigen. In den letzten beiden Amtsjahren eines US-Präsidenten, der nicht mehr um seine Wiederwahl kämpfen muss, ist zumindest theoretisch vieles möglich. *Martin Bolkovac*

Einkommensbericht der USA

Er zeigt auch für das Jahr 2005 jenes Bild, an das sich die Weltöffentlichkeit nunmehr zu gewöhnen scheint.

Zwar sind im Vorjahr die Einkommen im Durchschnitt weiter angestiegen (+1,1 Prozent auf 46.326 \$). Niederschmetternd mutet jedoch die Verteilung der Einkommen an: die Vollzeitarbeits-Einkommen der Männer fielen im US-Schnitt um 1,8 Prozent, jene der Frauen um 1,4 Prozent. Nur die obersten 20 Prozent in der Einkommenspyramide erzielten im Vorjahr Einkommenszuwächse, der Rest verdiente weniger als im Jahr zuvor. Zusätzlichen sozialen Zündstoff liefern die gro-

ßen Einkommensdifferenzen zwischen den ethnischen Gruppen – so verdienen beispielsweise Weiße im US-Durchschnitt fast zweimal so viel als Afro-Amerikaner. Ein Achtel der amerikanischen Bevölkerung – das sind 37 Millionen Menschen – liegt unterhalb der Armutsrate. Der Anteil der US-Bevölkerung ohne Krankenversicherung stieg von 15,6 auf 15,9 Prozent (46,6 Millionen) und der Anteil der Bevölkerung, der vom Arbeitgeber krankenversichert ist, fiel neuerlich von 59,8

auf 58,5 Prozent. Folglich stieg die Zahl derjenigen, die öffentliche Hilfsprogramme beanspruchen müssen, von 79,4 Millionen auf 80,2 Millionen (27,3 Prozent der Gesamtbevölkerung). Aber: Die Amerikaner haben immerhin einen US-Einkommensbericht – die Europäer hingegen nicht. Die europäische Bevölkerung weiß nicht, ob sich ihre Situation nach eineinhalb Dekaden neoliberaler Wirtschaftspolitik verbesserte – auch in fünf Jahren nicht. *Ernst Tüchler*

Analgetika: schmerzstillende Medikamente; Einzahl: Analgetikum. (Seite 45)

Blog: auch: Weblog, Online-Tagebuch; Webseite, auf der – nach der Art eines Tage- oder Logbuches – laufend neue Einträge zu sehen sind. Dabei stehen die neuesten Einträge an erster Stelle. (Seite 22)

Bolkestein, Frits: liberaler, niederländischer Politiker, geb. 1933, von 1999–2004 EU-Kommissar für Binnenmarkt, Steuern und Zollunion, entwarf 2004 die nach ihm benannte Europäische Dienstleistungsrichtlinie. Damit sollten »archaische, übertrieben aufwändige Vorschriften«, welche die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit behindern, so rasch wie möglich abgeschafft werden. Von dieser Deregulierung betroffen waren Post, Telekommunikation, Verkehr, Bildungseinrichtungen etc. Durch das Herkunftslandprinzip (egal in welchem Staat ein Unternehmen tätig wird, es gelten immer die Vorschriften des Landes, wo das Unternehmen seinen Sitz hat) würden soziale Errungenschaften, Konsumenten- und Umweltschutz etc. nach unten reguliert. Nach heftigen Protesten einigten sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten auf eine Entschärfung der Richtlinien. Denn das entsprechende Gesetz müsse sowohl eine Marktöffnung ermöglichen als auch das Europäische Sozialmodell erhalten. (Seite 22 und 32)

Cecchini-Bericht: berechnete Ende der 1980er-Jahre den gesamtwirtschaftlichen Nutzen durch die Umsetzung des Binnenmarktes unter anderem mit 4,5 Prozent Wirtschaftswachstum, 1,8 Millionen neuen Arbeitsplätzen sowie einer Senkung der Verbraucherpreise um 6,1 Prozent. (Seite 34)

Empathie (griechisch): die Empathie ist die Fähigkeit, sich in andere hineinzuversetzen (empathisch) (Seite 4)

Etatismus: 1.: Form der Planwirtschaft, in der die staatliche Kontrolle nur in den wichtigsten Industriezweigen wirksam wird; 2.: ausschließlich auf das Staatsinteresse ausgerichtete Denkweise. (Seite 44)

Europäischer Sozialfonds: errichtet 1961, um die Chancen der Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. In Österreich standen aus Mitteln des ESF für den Zeitraum 2000–2006 insgesamt 761 Millionen Euro zur Verfügung. Diese fließen in die drei Programmziele (Ziel 1: Abbau regionaler wirtschaftlicher Ungleichheiten, Ziel 2: Förderung von Gebieten, die sich wirtschaftlich und sozial neu orientieren wollen, Ziel 3: Förderung von Menschen mit besonderen Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche) sowie in die Gemeinschaftsinitiative Equal. www.esf.at (Seite 22)

Fiskalpolitik: Überbegriff für sämtliche Maßnahmen eines Staates, um seine Einnahmen und Ausgaben zu gestalten wie Steuern, Gebühren, Kredite etc. (Seite 35)

Gore, Albert: US-Politiker, geb. 1948, 1984 bis 1993 Senator des Bundesstaates Tennessee, von 1993 bis 2001 Vizepräsident unter Bill Clinton. Im Jahre 2000 verlor er die Präsidentschaftswahl gegen George W. Bush aufgrund des komplizierten US-amerikanischen Wahlsystems, obwohl er insgesamt rund 250.000

Stimmen mehr hatte als sein republikanischer Gegenkandidat. (Seite 44)

IMF: International Monetary Fund = Internationaler Währungsfonds; gegründet 1944, Sitz in Washington, 184 Mitgliedstaaten. Im Rahmen jährlicher Konsultationen analysiert der IWF die nationale Wirtschaftsentwicklung und -politik, überprüft die Auswirkungen der Politik der Mitgliedstaaten auf deren Zahlungsbilanzen. Außerdem begutachtet er unter anderem halbjährlich die Weltwirtschaftslage. (Seite 17)

Just-in-Time: Zulieferung von Produkten (Produktkomponenten) zu genau jenem Zeitpunkt, wo sie gebraucht werden. (Seite 9)

Keynesianismus: Wirtschaftstheorie, die auf den Ideen des englischen Mathematikers und Ökonomen John Maynard Keynes (1883–1946) fußt. Keynes befürwortete eine korporatistische Wirtschaftsform, die auf Kartellen, Absprachen und halbautonomen Staatskonzernen beruht. Diese sollten von der Regierung finanziert werden und dem Parlament verantwortlich sein, aber im Tagesgeschäft autonom handeln. Für Keynes ist die Zukunft nicht berechenbar, private Investitionen sind sowohl von subjektiven als auch von objektiven Faktoren abhängig. Dieser Unsicherheit wollte er durch langfristige und permanente staatliche Investitionen, etwa in Infrastruktur und Wohnungsbau begegnen. (Seite 14)

Kodifizierung: systematische Erfassung von Daten, Normen usw. eines bestimmten Fachgebietes (Seite 12)

Lefö: Verein für Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen (Seite 37)

lukrieren: gewinnen (Seite 34)

Mediator: professioneller Vermittler zwischen zwei Konfliktparteien, z. B. bei Scheidungen, Nachbarschaftsstreitigkeiten etc. (Seite 13)

Mergers & Acquisitions: (englisch; sprich: mörderisch änd ekwisichns): übersetzt: Fusionen und Übernahmen, Sammelbegriff für sämtliche Unternehmenstransaktionen bei denen sich Unternehmen zusammenschließen oder die Besitzer wechseln. M&A bezeichnet dabei sowohl den Vorgang an sich als auch Unternehmen wie Investmentbanken, Wirtschaftsjuristen etc., die in diesem Bereich tätig sind. (Seite 35)

Neoklassische Theorie: Überbegriff für wirtschaftswissenschaftliche Theorien, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden sind und Adam Smiths klassische Nationalökonomie ablösen. Diese gingen davon aus, dass Menschen rational die für sie besten Entscheidungen treffen. Als reine Ökonomielehre wollte die Neoklassik die Politik bewusst ausgrenzen. (Seite 16)

Nettoersatzrate: gibt an, wie viel Prozent des Letztbezugs die Pension ausmacht. (Seite 45)

Nixon, Richard: US-Politiker (1913–1994), stammte aus einer Quäker-Familie, 1951 wurde der studierte Jurist republikanischer Senator von Kalifornien, den Spitznamen »Tricky Dick« erhielt er in diesem Wahlkampf, weil er seine Herausforderer als Kommunisten

diffamierte. 1968 zum Präsidenten gewählt, 1972 begann seine zweite Amtsperiode, die 1974 durch die Watergate-Affäre vorzeitig beendet wurde. Schon einige Monate vor den Präsidentschaftswahlen 1972 waren fünf Männer beim Einbruch in die Zentrale der Demokraten erwischt worden, die unter anderem auch »Wanzen« installieren wollten. Im Zusammenhang damit deckte das FBI mehrere Verbrechen und Vergehen auf, die teilweise direkt vom Weißen Haus angeordnet worden waren. In der Folge trat Nixon im August 1974 zurück. (Seite 44)

OeNB: Österreichische Nationalbank (Seite 30)

Paradigmen: Mehrzahl von Paradigma = Richtschnur, Leitlinie (Seite 16)

Paritätische Kommission: seit 1957 wichtiger Bestandteil der Sozialpartnerschaft, in dem die Spitzenrepräsentanten der Regierung und die vier großen Interessensverbände (Wirtschaftskammer, Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern, Arbeiterkammer und ÖGB) vertreten sind. Sie befasste sich ursprünglich mit Inflationsbekämpfung und Preiskontrolle, heute dient sie vor allem als Gesprächsforum, wo zu wichtigen Anlässen und bei Konflikten Strategien und Maßnahmen diskutiert werden. (Seite 13)

Placebo-Effekt: Bezeichnung für die Tatsache, dass Schein-Medikamente, die in Aussehen und Geschmack einem echten gleichen (Placebos), aber keinen entsprechenden Wirkstoff enthalten, trotzdem einen positiven Effekt erzielen. (Seite 43)

Planifikation: staatlich organisierte Planung der Volkswirtschaft; private Unternehmungen werden z. B. durch steuerliche Erleichterungen, Kreditmöglichkeiten, Zinsverbilligungen oder Subventionen und Investitionsprämien veranlasst, mit ihrer Produktion staatliche Planungsziele zu verfolgen. Dieses System dient in Frankreich vor allem der Realisierung staatlicher Vorhaben auf dem Agrarsektor und im Wohnungsbau. (Seite 14)

Protagonist: Hauptdarsteller, zentrale Person (Seite 18)

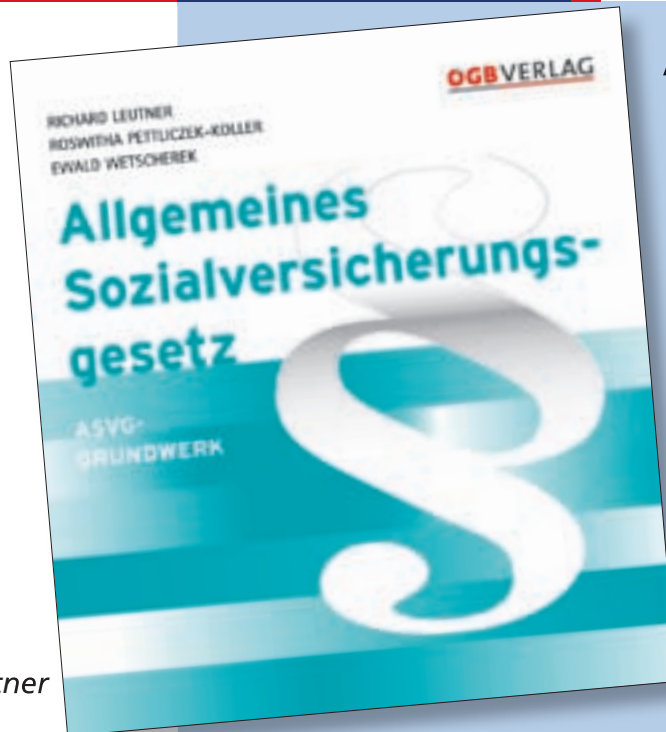
Protektionismus: Schutz der heimischen Produktion gegen ausländische Konkurrenz mit Hilfe außenpolitischer Maßnahmen (Seite 33)

rezent: in der heutigen Zeit lebend; jung, kürzlich (Seite 34)

Schimäre: Trugbild; nach Chimära, einem Ungeheuer der griechischen Sage (Seite 34)

Sklerose: krankhafte Verhärtung (Seite 19)

Weißbuch: ursprünglich eines der internationalen Farb- oder Buntbücher, vom Staat veröffentlichte Dokumentensammlungen bzw. diplomatische Akte zu einem bestimmten Thema, wobei jeder Staat dafür Umschläge unterschiedlicher Farbe hatte (z. B. rot für Österreich). Die Weißbücher der EU enthalten Vorschläge für ein gemeinsames Vorgehen in einem bestimmten Bereich, sie knüpfen zum Teil an Grünbücher an, die einen Konsultationsprozess auf europäischer Ebene einleiten. (Seite 13)



Richard Leutner
Roswitha
Pettliczek-Koller
Ewald Wetscherek
**Allgemeines
Sozialversiche-
rungsgesetz**
Lose-Blatt-Ausgabe
€ 128,-

Allgemeines Sozial- versicherungsgesetz

Die in 2 Ringordnern angebotene Lose-Blatt-Ausgabe enthält auf rund 1.600 Seiten nicht nur eine Novellenübersicht und den kompletten Gesetzestext des ASVG, sondern auch die zum Teil recht komplizierten Übergangs- und Schlussbestimmungen, die einen umfangreichen Anhang bilden.

Die Ergänzungslieferungen werden je nach Bedarf (Novellen seitens des Gesetzgebers),

zumindest jedoch einmal im Jahr produziert. Mit der Austauschlieferung September (Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2006, Sozialrechtsänderungsgesetz 2006, Zahnärztereform-Begleitgesetz, Betrugsbekämpfungsgesetz 2006) ist das Werk auf aktuellem Stand.

Dr. Richard Leutner, Leitender Sekretär des ÖGB
Mag. Roswitha Pettliczek-Koller, Hauptverband
österreichischer Sozialversicherungsträger
Hofrat Dr. Ewald Wetscherek, Generaldirektor Pensionsversicherung

GARANTIERT GUT INFORMIERT
www.oegbverlag.at

Bestellung:

per Fax: 01/534 44/136
per Mail: buchmedia@oegbverlag.at oder
im Web: www.oegbverlag.at

BESTELLSERVICE

In jeder Buchhandlung
oder direkt beim ...

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH

Buch-Media-Service
Wipplingerstraße 37, A-1010 Wien

Telefon: 01/534 44/132, Fax: 01/534 44/136
E-Mail: buchmedia@oegbverlag.at

Ja, ich bestelle ____ Exemplar/e von **Allgemeines Sozialversicherungsgesetz** à € 128,-

Name

Firma/Institution

PLZ	Ort	Anschrift
-----	-----	-----------

Telefon, E-Mail

Datum, Unterschrift

Ja, ich möchte den ÖGB-Verlag-Newsletter bis auf Widerruf per Mail an oben angeführte E-Mail-Adresse erhalten. Eigentumsvorbehalt. Zahlbar bei Erhalt der Rechnung. Gemäß § 24 Datenschutzgesetz machen wir Sie darauf aufmerksam, dass Ihre Daten zum Zweck der Kundenbetreuung und Verrechnung automationsgestützt verarbeitet werden. Zahlungsverzugskosten übernimmt der Besteller. Satz- und Druckfehler vorbehalten. Preis inkl. USt., zuzügl. € 3,90 Versandkosten. AW 10/06



November 2006:

Für 190 Millionen Gewerkschaftsmitglieder aus mehr als 150 Staaten dieser Welt entsteht ein neuer Gewerkschaftsbund, der international mit einer Stimme spricht!



Eine Stimme für alle!

www.oegb.at

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

AW

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank

02Z031759M

P. b. b. Erscheinungsort Wien VERLAGSPOSTAMT 1230 WIEN